

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1985

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

INHALT

Schulentlassungen von allgemeinbildenden Schulen 1974 bis 1999 – Ergebnisse der regionalen Schülerprognose –	201	Die Prognose der Entlaßschüler und ihrer Qualifikation ist neben der Vorausschätzung der Schülerzahlen ein wesentlicher Bestandteil der regionalen Schülerprognose.
Kommunaler Finanzausgleich seit 1978	206	Der kommunale Finanzausgleich und seine Wirkungen auf die Finanzausstattung der Kommunen werden dargestellt.
System der Preisstatistiken	211	Die Preisstatistiken sind in den letzten Jahrzehnten systematisch und relativ umfassend ausgebaut worden. Preisindizes werden für die Güterströme auf fast allen Stufen des Wirtschaftsablaufs berechnet.
Landwirtschaftlicher Grundstücksmarkt 1984	215	Die Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke liefert detaillierte Daten über Marktpreise, ihre regionalen Unterschiede und ihre Abhängigkeit von den natürlichen Ertragsbedingungen.
Flächenbedarf für Hochbauten	220	Es wird die Entwicklung des gebäudespezifischen Bauflächenbedarfs erläutert.
Standortschwerpunkte des verarbeitenden Gewerbes	224	Es wird die regionale Verteilung der Industriebetriebe und ihrer Beschäftigten untersucht.
Anhang	65*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	71*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Rückgang der Schulentlassungen hält bis in die 90er Jahre an

Die Zahl der Schulentlassungen mit einer bestimmten Qualifikation wird weitgehend durch die Entwicklung des Schülerbestandes der jeweils maßgeblichen Schulart determiniert. Lediglich die Zahl der Entlassungen ohne Hauptschulabschluß ist in der Vergangenheit weit überproportional gesunken; darin wird das Bestreben sichtbar, durch einen erfolgreichen Abschluß die individuellen Chancen am Lehrstellenmarkt zu verbessern.

Die Zahl der Entlaßschüler wird bis etwa 1993/94 erheblich zurückgehen. Unter den Annahmen der Prognose ist zu erwarten, daß in den letzten Jahren des bis zum Schuljahr 1998/99 reichenden Prognosezeitraums jährlich etwa 2 600 Schüler ihre Schulzeit ohne Hauptschulabschluß beenden, während rund 15 000 Schüler den Hauptschulabschluß und etwa 10 000 Schüler den qualifizierten Sekundarabschluß I erreichen. Die Zahl der Abiturienten wird voraussichtlich bei rund 7 000 liegen. Da aber bis zum Schuljahr 1988/89 noch über 10 000 Abiturienten jährlich die Schule verlassen werden, ist bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre hinein mit erheblichen Belastungen für die Hochschulen zu rechnen. Die Zahl der Schulabgänger (ohne Abiturienten) wird zwar bis 1989 im Durchschnitt um jährlich 8% sinken. In den letzten Jahren ist aber ein erheblicher Rückstau von Lehrstellenbewerbern entstanden, so daß eine spürbare Entspannung am Lehrstellenmarkt möglicherweise erst zu Beginn der 90er Jahre eintreten wird. *ly*
Mehr über dieses Thema auf Seite 201

1985 erhalten Kommunen 970 Mill. DM Schlüsselzuweisungen

Im Rahmen des Steuerverbundes stellt das Land den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Haushaltsjahr 1985 insgesamt 1 925 Mill. DM zur Verfügung. Davon entfallen 1 214 Mill. DM oder 63,1% auf die allgemeinen Finanzzuweisungen. Ihr Gewicht hat seit 1981, als nahezu 70% der Finanzausgleichsmasse auf die allgemeinen Finanzzuweisungen entfielen, kontinuierlich zugunsten der zweckgebundenen Zuweisungen abgenommen, nachdem es in den davorliegenden Jahren zugenommen hatte.

An den im Jahre 1985 verteilten Schlüsselzuweisungen partizipieren die Landkreise mit 38,7%, die Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden mit 41%, die kreisfreien Städte mit 14,7% und die verbandsfreien Gemeinden mit 5,6%. Gegenüber 1978 hat sich die Verteilungsstruktur verändert, überwiegend bedingt durch die Entwicklung der Berechnungsgrundlagen, teilweise aber auch durch Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes. Neben den Landkreisen, die 6,7 Prozentpunkte dazugewannen, hat sich der

Anteil der kreisfreien Städte erhöht. Diese Entwicklung vollzog sich in erster Linie zu Lasten der Ortsgemeinden, deren Quote sich um 11,2 Prozentpunkte verringerte. Ursachen dieses Rückgangs sind vor allem das Auslaufen von Übergangsregelungen und das verringerte Steuerkraftgefälle, das eine Verminderung des Steuerkraftausgleichs durch die Schlüsselzuweisungen A zur Folge hatte.

Die Schlüsselzuweisungen sollen die eigenen Steuereinnahmen der kommunalen Gebietskörperschaften ergänzen. Ihre Bedeutung als Einnahmequelle wird ersichtlich, wenn sie in Relation zu den Bruttoeinnahmen des Verwaltungshaushalts gesetzt werden. Im Jahre 1984 waren 11,9% der laufenden Bruttoeinnahmen Schlüsselzuweisungen, 1978 waren es 11,5%. Eine Aufschlüsselung nach Gebietskörperschaftsgruppen zeigt, daß im Jahre 1984 21% der Einnahmen der Landkreise Schlüsselzuweisungen waren, gefolgt von den Verbandsgemeinden (18,1%), den Ortsgemeinden (9,9%), den verbandsfreien Gemeinden (6,3%) und den kreisfreien Städten (6,2%). Ein Vergleich mit den entsprechenden Werten für das Jahr 1978 verdeutlicht, daß nur die verbandsfreien Gemeinden und Ortsgemeinden damals höhere Quoten erreichten, wobei das Gewicht der Schlüsselzuweisungen als Einnahmequelle für die Ortsgemeinden am deutlichsten zurückging. *la*

Mehr über dieses Thema auf Seite 206

382 Mill. DM für die Jugendhilfe

Von den 41 rheinland-pfälzischen Jugendämtern und dem Landesamt für Jugend und Soziales als überörtlichem Träger der Jugendhilfe wurden im Jahre 1984 über 382 Mill. DM für Maßnahmen der Jugendhilfe ausgegeben. Das sind 6,6 Mill. DM oder 1,8% mehr als im Vorjahr. Rund 42% der Aufwendungen wurden als Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe gewährt.

Die Einnahmen der Jugendhilfe stiegen gegenüber 1983 um 1,4 Mill. DM oder 5,7% auf 27,5 Mill. DM an. Sie deckten die Ausgaben zu 7,2%. *ki*

565 Adoptionen – 2 120 freie Adoptionsstellen

Die Zahl der adoptierten Minderjährigen blieb im Jahre 1984 gegenüber dem Vorjahr fast konstant. Sie erhöhte sich lediglich um 4 auf 565 Fälle (+ 0,7%). 84% der Adoptierten waren deutsche, 16% ausländische Kinder.

Die Zahl der zur Adoption vorgemerkten Kinder nahm gegenüber 1983 um fast 50% auf 38 ab. Dagegen lag am Jahresende 1984 die Zahl der noch ohne Adoptionsvorschlag verbliebenen Bewerber mit 2 120 Familien oder Einzelpersonen um nahezu ein Viertel über dem entsprechenden Vorjahreswert. *ki*

Gemüse und Obst billiger Verbraucherpreise im August

Im August konnten in Rheinland-Pfalz Gemüse und Obst preiswerter als vor einem Jahr eingekauft werden. Die Preisänderungen betrugen bei den Kohlarten bis zu - 20%, bei Zwiebeln - 15, bei Möhren - 7,2, bei Tomaten - 26 und bei Kartoffeln sogar - 33%. Auch die Preise für Birnen, Äpfel und Bananen lagen deutlich unter denen des Vorjahres. Teurer angeboten wurden Apfelsinen (+ 10%) und Kopfsalat (+ 2,1%). Ebenfalls stiegen die Preise für einige Gemüse- und Obstkonserven wie Delikateßgurken (+ 10%), Grüne Bohnen (+ 5,1%), Ananas (+ 5,5%) und Pfirsiche (+ 4,7%).

Unter den sonstigen Lebensmitteln verteuerten sich im Vergleich zum August 1984 insbesondere frisches Rotbarschfilet (+ 25%), Kabeljau (+ 6%), Pflanzenöl (+ 6,4%) und Margarine (+ 5,8%). Billiger angeboten wurden Butter (- 4,3%), Zucker (- 2,5%), Joghurt (- 1,5%) und Weizenmehl (- 1,3%). br

Landwirtschaftliche Grundstücke in Mainz am teuersten

Im Jahre 1984 wechselten in Rheinland-Pfalz 6 444 landwirtschaftliche Grundstücke mit einer Fläche von mehr als 3 500 Hektar und einem Wert von nahezu 100 Mill. DM den Eigentümer. 47% dieser Kauffälle betrafen Grundstücke von 0,25 bis zu 1 ha, 39% lagen in der Größenklasse 0,10 bis 0,25 Hektar und nur 0,3% waren größer als 5 ha. Die Flächengröße pro Kauffall belief sich im Mittel auf 0,55 ha.

Gegenüber 1983 stieg der durchschnittliche Kaufwert je Hektar um 0,7% auf 28 300 DM. Am teuersten sind landwirtschaftliche Grundstücke in Mainz (148 000 DM), Ludwigshafen (145 000 DM) und Frankenthal (108 000 DM). Hohe Hektarpreise wurden auch in Speyer (79 000 DM), im Landkreis Ludwigshafen (78 000 DM), in Neustadt (77 000 DM) und in Koblenz (74 000 DM) bezahlt. Am billigsten waren landwirtschaftliche Grundstücke in den Landkreisen Kusel (8 000 DM), Westerwald (8 500 DM), Birkenfeld (9 000 DM) und Bernkastel-Wittlich (11 000 DM). br

Mehr über dieses Thema auf Seite 215

Umsatz und Beschäftigung im Handwerk rückläufig

Im Zeitraum April bis Juni 1985 waren der Umsatz (- 0,3%) und die Zahl der Beschäftigten (- 4,2%) der rheinland-pfälzischen Handwerksbetriebe niedriger als im entsprechenden Vorjahresquartal.

Im ersten Halbjahr 1985 wiesen die Umsätze einen Rückgang um 4,2% und die Beschäftigten eine Abnahme um 4,1% im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum auf. hw

Umsätze im Juli gestiegen

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetriebe lagen im Juli 1985 um 7,6% höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Überdurchschnittliche Umsatzzunahmen verzeichneten das Investitionsgüter produzierende Gewerbe (+ 13%) und der Verbrauchsgüter produzierende Bereich (+ 11%). hel

Handwerker verdienen 14,79 DM in der Stunde

Im Mai 1985 verdienten die rheinland-pfälzischen Arbeiter im Handwerk durchschnittlich 14,79 DM brutto in der Stunde. Das sind 2,4% mehr als im Mai 1984. Die Stundenverdienste der Vollgesellen stiegen um 2% auf 15,56 DM, die der Junggesellen um 2,1% auf 11,73 DM.

Den höchsten Stundenlohn erreichten mit 15,99 DM die Vollgesellen im Fleischerhandwerk, den niedrigsten mit 15,03 DM die Kraftfahrzeugmechaniker. Die bezahlten Wochenstunden aller Handwerker reduzierten sich innerhalb Jahresfrist um 0,5% auf 40,7 Stunden. ze

Auftragseingänge im Juli weiter angestiegen

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz stiegen von Juni auf Juli 1985 um 9,1% an. Die Inlandsbestellungen nahmen um 11%, die Auslandsorder um 5,7% zu. Mit Ausnahme des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes (- 5,8%) verzeichneten die Grundstoff- und Produktionsgüter- sowie die Investitionsgüterbereiche Zuwächse von 12 bzw. 13%. Besonderen Anteil an diesem Zuwachs hatten wiederum die chemische Industrie (+ 12%) sowie der Maschinenbau einschließlich Büromaschinen und ADV-Geräte (+ 41%).

Auch gegenüber Juli des Vorjahres nahmen die Aufträge zu, und zwar um 14% (Inland: + 20%, Ausland: + 5,8%). Hier konnten die Hauptbereiche des verarbeitenden Gewerbes Zuwächse zwischen 5,1 und 22% registrieren.

In den ersten sieben Monaten des Jahres erhöhten sich die Aufträge um 5% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Nachfrage aus dem Inland verbesserte sich um 3,1%, aus dem Ausland um 7,9%. fu

Großhandelsumsätze stiegen um 2,1%

Im ersten Halbjahr 1985 nahmen die Umsätze des rheinland-pfälzischen Großhandels im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2,1% zu. Die höchsten Steigerungen erzielten der Vertrieb von Nahrungs- und Genußmitteln (+ 8%) sowie von pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln (+ 4,1%). Beim Holz- und Baustoffhandel gingen die Umsätze um fast 12% zurück. pe

Schulentlassungen von allgemeinbildenden Schulen 1974 bis 1999

- Ergebnisse der regionalen Schülerprognose -

Die Vorausschätzung der Schulentlassungen erfolgt im Rahmen der regionalen Schülerprognose nicht nur aus rechnerischen Gründen zur Ermittlung der künftigen Schülerzahlen¹⁾, sie soll vor allem auch Angaben über die Qualifikation der Schulabgänger liefern. Sie bildet damit die Grundlage für die Prognose der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, ein Studium anstreben oder ihre Ausbildung an einer Schule fortsetzen, die an den bisher absolvierten Bildungsweg anknüpft. Zahl und Qualifikation der Schulabgänger sind außerdem wichtige Orientierungsdaten zur Beurteilung des regionalen Arbeitsmarktes. Zur Information über künftige Schulentlassungen gehört daher insbesondere die Unterscheidung nach der Art des Entlassungszeugnisses.

Als Schulentlassene werden alle Schüler bezeichnet, die entweder den für die jeweilige Schulart typischen Abschluß erreichen oder nach Erfüllung der Schulpflicht mit einer geringeren als der ursprünglich angestrebten Qualifikation den Bereich der allgemeinbildenden Schulen verlassen. Zahlenmäßig bedeutsam sind unter diesen „vorzeitigen“ Abgängen vor allem die Hauptschüler, die kein Abschlußzeugnis erhalten (im Schuljahr 1982/83 etwa 2 600 Schüler), sowie die Gymnasiasten, die den Schulbesuch mit dem qualifizierten Sekundarabschluß I beenden. Die letztgenannte Gruppe umfaßt immer noch etwa 2 500 Entlaßschüler, obwohl nach dem Ausbau des Realschulbereichs der früher durchaus übliche und oft von vornherein angestrebte Abgang mit der „Mittleren Reife“ nur noch in wenigen Gebieten des Landes eine größere Rolle spielen dürfte.

Einfluß der Kurzschuljahre

Die Analyse der Entwicklung seit 1974, vor deren Hintergrund die Prognoseergebnisse gesehen werden müssen, wird durch die Auswirkungen der sogenannten Kurzschuljahre beeinträchtigt. Bei der Umstellung des Schuljahresbeginns auf den 1. August wurden in den Jahren 1966 und 1967 zwei Schülerjahrgänge eingeschult, deren Stärke gegenüber einem normalen Jahrgang jeweils um etwa ein Viertel reduziert war. Dieser Einbruch wiederholte sich mit der entsprechenden zeitlichen Verzögerung bei den Schulentlassungen, und zwar an den Haupt-

schulen in den Schuljahren 1974/75 und 1975/76, an den Realschulen in den Schuljahren 1975/76 und 1976/77 und an den Gymnasien in den Schuljahren 1978/79 und 1979/80. Aus den in diesen Jahren zu beobachtenden Tendenzen dürfen daher keine weitergehenden Schlüsse gezogen werden.

Annahmen für den Prognosezeitraum

Die prognostizierte künftige Entwicklung wird fast ausschließlich von den vorausgeschätzten Schülerzahlen determiniert. Veränderte Präferenzen für bestimmte Bildungsabschlüsse werden mit der Prognose des Übergangsverhaltens berücksichtigt. Weitere Verhaltensänderungen nach Antritt der gewählten Schullaufbahn werden nicht angenommen, obwohl es durchaus denkbar sein könnte, daß beispielsweise die Neigung, das Gymnasium mit dem qualifizierten Sekundarabschluß I zu verlassen, künftig zurückgeht. Derartige Tendenzen sind jedoch in der Zukunftsperspektive kaum abzuschätzen, so daß der aktuelle Zustand unverändert fortgeschrieben wird. Prognosetechnisch findet diese Hypothese konstanten Verhaltens ihren Ausdruck in der Konstanz der Schulentlassungsquoten, die für die einzelnen Schularten, differenziert nach Klassenstufen und der Art des Entlassungszeugnisses, ermittelt und in den Prognosezeitraum übernommen werden.

Eine Ausnahme bilden die Entlassungen von der Hauptschule, da hier aus dem Übergangsverhalten keine Präferenz für eine der möglichen Abschlußarten (Abschlußzeugnis, Abgangszeugnis oder qualifizierter Sekundarabschluß I) herzuleiten ist. Gerade in dieser Hinsicht haben sich aber in der Vergangenheit erhebliche Veränderungen ergeben. Das Bestreben, die individuellen Chancen am Lehrstellenmarkt zu erhöhen, zeigt sich in dem deutlichen Trend zu einer besseren Qualifikation, der durch das Angebot spezieller Fördermaßnahmen, wie die Einrichtung des freiwilligen 10. Schuljahres und der besonderen Abschlußklassen zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses, verstärkt wurde. Der Anteil der Hauptschüler, die ohne Abschluß die 9. Klassenstufe verlassen, hat sich seit Anfang der 70er Jahre etwa halbiert. Aber auch die Quote der Entlassungen mit Hauptschulabschluß ging zurück, weil ein wachsender Teil der Schüler das freiwillige 10. Schuljahr besuchte, um den qualifizierten Sekundarabschluß I zu

¹⁾ Vgl. hierzu H. Libowitzky: Schüler an allgemeinbildenden Schulen 1973 bis 1998. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jahrgang 38, Heft 8, August 1985.

erlangen. Es kann angenommen werden, daß die Motive, die hinter dieser Entwicklung stehen, auch in Zukunft wirksam bleiben. Die rückläufige Tendenz der Entlassungsquoten der 9. Klassenstufe wird daher, wenn auch in abgeschwächter Form, in den Prognosezeitraum extrapoliert.

Entlassungen ohne Hauptschulabschluß stark rückläufig

Die Zahl der Schulentlassungen ohne Hauptschulabschluß, zu denen hier auch die Entlassungen mit Abgangs- oder Abschlußzeugnis der Schule für Lernbehinderte gerechnet werden, hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als halbiert; sie ging von 9 900 im Schuljahr 1973/74 auf 4 500 im Schuljahr 1982/83 zurück. Bei den Entlassungen von Sonderschulen blieb die Veränderung über diesen Zeitraum gering, der Schülerzahl folgend war vorübergehend ein deutlicher Anstieg zu beobachten. Ähnliches gilt bei den Hauptschulen für die Schülerzahlen der Klassenstufen 7 bis 9, die den größten Teil der Schüler stellen, die den Schulbesuch ohne Abschluß beenden. Der Rückgang der Entlassungen ohne Hauptschulabschluß ist daher überwiegend in den bereits erwähnten Bestrebungen begründet, die Hauptschüler so weit möglich zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen. Im Prognosezeitraum wird die Zahl der Entlassungen ohne Hauptschulabschluß nochmals um etwa 40% zurückgehen, wobei dann allerdings der rückläufige Schülerbestand an Hauptschulen und

Schulen für Lernbehinderte die entscheidende Rolle spielt. Vom Schuljahr 1989/90 bis zum Ende des Prognosezeitraums wird die Zahl der Entlassungen ohne Hauptschulabschluß voraussichtlich nur geringfügig schwanken und bei etwa 2 600 Schülern liegen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Schulentlassungen, der im Schuljahr 1973/74 noch 17,9% betragen hatte, ging bis zum Schuljahr 1982/83 auf 7,5% zurück und wird sich in der Prognoseperiode nicht mehr wesentlich ändern.

Zahl der Hauptschulabschlüsse künftig fast halbiert

Bei allen anderen Qualifikationen ist schon in der Vergangenheit die Entwicklung der Schülerzahl in der jeweils maßgeblichen Schulart der ausschlaggebende Faktor gewesen, während Verhaltensänderungen weniger ins Gewicht fielen. Die Zahl der Entlassungen mit Hauptschulabschluß stieg zunächst auf über 32 000 in den Schuljahren 1976/77 bis 1979/80 und erreichte im Schuljahr 1982/83 mit 28 400 Schülern wieder den Stand von 1973/74. Für den Prognosezeitraum ist damit zu rechnen, daß sich die Zahl der Hauptschulabschlüsse fast halbiert. Das im Schuljahr 1989/90 erreichte Niveau von etwa 15 000 Schülern bleibt auch in den 90er Jahren weitgehend unverändert. Der Anteil der Hauptschulabschlüsse an den Schulentlassungen wird von über 50% in den 70er Jahren auf weniger als 40% sinken, gegen Ende des Prognosezeitraums aber wieder auf etwa 42% ansteigen.

Schulentlassungen von allgemeinbildenden Schulen¹⁾ am Schuljahresende nach der Art des Entlassungszeugnisses 1973/74 - 1998/99

Schuljahr	Ins- gesamt	Ohne Haupt- schul- abschluß 2)	Mit Haupt- schul- abschluß	Mit quali- fiziertem Sekundar- abschluß I	Mit Abitur	Ohne Haupt- schul- abschluß 2)	Mit Haupt- schul- abschluß	Mit quali- fiziertem Sekundar- abschluß I	Mit Abitur
	1 000					Anteil an den Schulentlassungen insgesamt in %			
1973/74	55,4	9,9	28,5	10,0	6,9	17,9	51,5	18,0	12,5
1974/75	45,3	7,2	21,6	10,2	6,3	16,0	47,7	22,5	13,9
1975/76	47,8	6,8	22,3	10,4	8,3	14,1	46,6	21,8	17,5
1976/77	60,9	8,3	32,5	10,8	9,3	13,6	53,4	17,7	15,3
1977/78	63,6	8,3	32,3	14,3	8,7	13,1	50,8	22,5	13,7
1978/79	61,6	6,9	32,5	14,2	8,0	11,2	52,7	23,0	13,1
1979/80	61,7	6,4	32,4	14,7	8,3	10,3	52,5	23,8	13,4
1980/81	61,8	6,1	30,2	14,6	10,8	9,9	48,9	23,6	17,6
1981/82	60,5	5,5	28,9	14,9	11,3	9,0	47,7	24,6	18,7
1982/83	59,5	4,5	28,4	15,1	11,6	7,5	47,7	25,3	19,5
1983/84	57,7	4,3	25,6	15,6	12,1	7,5	44,4	27,1	21,0
1984/85	54,0	3,9	23,5	15,3	11,2	7,3	43,6	28,3	20,8
1985/86	50,4	3,5	21,3	14,4	11,2	7,0	42,2	28,7	22,2
1986/87	46,5	3,2	19,0	13,1	11,2	6,9	40,8	28,1	24,2
1987/88	43,5	2,9	17,2	12,4	10,9	6,7	39,6	28,5	25,2
1988/89	40,0	2,7	15,6	11,2	10,5	6,8	39,0	27,9	26,3
1989/90	37,9	2,6	15,1	10,4	9,8	6,9	39,8	27,5	25,9
1990/91	36,7	2,6	14,8	10,1	9,2	7,0	40,2	27,6	25,2
1991/92	35,3	2,6	14,5	9,9	8,3	7,3	41,1	28,1	23,5
1992/93	34,6	2,6	14,5	9,8	7,6	7,5	41,9	28,4	22,1
1993/94	34,4	2,6	14,6	9,9	7,3	7,7	42,3	28,7	21,3
1994/95	34,8	2,7	15,0	10,0	7,2	7,7	43,0	28,7	20,6
1995/96	35,4	2,7	15,3	10,3	7,0	7,7	43,4	29,0	19,9
1996/97	35,6	2,7	15,3	10,6	7,1	7,5	42,9	29,7	19,9
1997/98	35,2	2,6	14,8	10,7	7,1	7,4	42,0	30,2	20,3
1998/99	34,8	2,6	14,4	10,4	7,3	7,5	41,5	30,0	21,0

1) Sonderschulen: nur Schulen für Lernbehinderte. - 2) Einschl. Abgangs- und Abschlußzeugnis der Schule für Lernbehinderte.

Anteil der Entlaßschüler mit Sekundarabschluß I nimmt weiter zu

Die Zahl der Entlassungen mit qualifiziertem Sekundarabschluß I nahm in den letzten zehn Jahren um etwa 50% zu. Von dem gegenwärtig mit über 15 000 Schülern erreichten Höchststand wird sie voraussichtlich wieder auf das Ausgangsniveau von 1973/74 zurückgehen. Ab 1989/90 stabilisiert sich die Entwicklung, so daß in den 90er Jahren etwa 10 000 Schüler jährlich den qualifizierten Sekundarabschluß I erreichen werden. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Entlaßschüler, der im Schuljahr 1973/74 noch 18% betragen hatte und zuletzt bei etwa 25% lag, wird auf 30% am Ende des Prognosezeitraums steigen.

Nach 1989 deutlich sinkende Abiturientenzahlen

Die relativ stärkste Zunahme war bei der Zahl der Abiturienten zu beobachten. Am Ende des Schuljahres 1974/75 erwarben 6 300 Schüler die Hochschulreife, im Schuljahr 1982/83 wurden 11 600 Abiturienten aus Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen entlassen. In der Prognoseperiode ist zu erwarten, daß ihre Zahl etwa ab dem Schuljahr 1988/89 wieder stärker zurückgeht. Das Mitte der 90er Jahre erreichte Niveau von jährlich etwa 7 000 Abiturienten ändert sich in der Folgezeit nur geringfügig. Der Anteil der Abiturienten an den Entlaßschülern wird sich von 12,5% im Schuljahr 1973/74 auf über 25% in den Schuljahren 1987/88 bis 1990/91 verdoppeln. Diese hohe Quote ist allerdings teilweise Folge eines technischen Effekts, der sich aus den unterschiedlichen Jahrgangsstärken und der längeren Schulzeit ergibt. Der Schülerbestand der 13. Klassenstufe wird in diesen Jahren nur wenig zurückgehen, während die Schülerzahlen der 9. und 10. Klassenstufe, die hauptsächlich die übrigen Abschlußarten bestimmen, schon stärker abnehmen. Trotz dieser Einschränkung ist festzuhalten, daß sich der Abiturientenanteil nachhaltig erhöht. Die gegenwärtige Quote von etwa 20% wird auch gegen Ende des Prognosezeitraums erreicht, wenn sich die Verhältnisse aufgrund der ausgeglicheneren Jahrgangsstärken wieder stabilisieren.

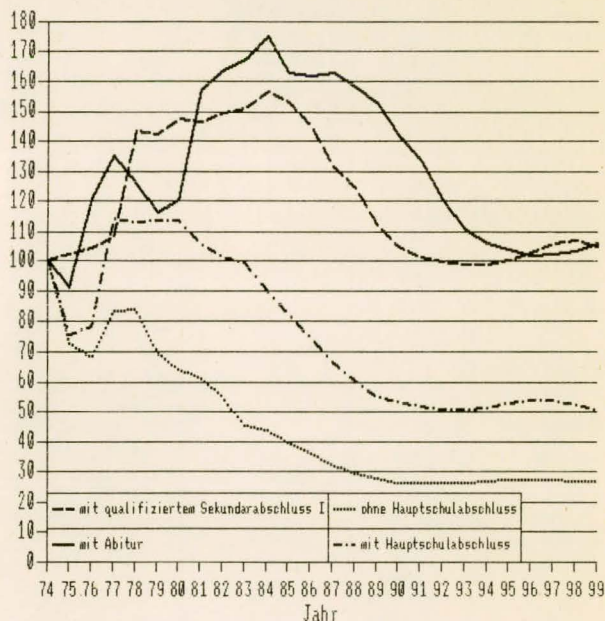
Anhaltende Belastungen für die Hochschulen

Anschlußprognosen für den tertiären Bildungsbereich, die auf der Vorausschätzung der Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen aufbauen, sind bisher noch nicht entwickelt worden. Trotzdem soll versucht werden, anhand der prognostizierten Schulentlassungen einige Tendenzen für die nachgelagerten Bereiche des Bildungswesens aufzuzeigen.

Für die Hochschulen von Bedeutung ist der Umstand, daß bis zum Ende der 80er Jahre über 10 000 Abiturienten jährlich die Schule verlassen werden. Diese Prognose kann als gut gesichert gelten, da diese Schüler bereits im Basisschuljahr die Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen besuchten. Zwar ist die Neigung zur Aufnahme eines Hochschulstudiums in den letzten Jahren zurückgegangen, bedingt teils durch Zulassungsbeschränkungen, teils durch schlechte Berufsaussichten für bestimmte Studiengänge. Wird die durchschnittliche Studiendauer mit etwa fünf bis sechs Jahren angenommen, so muß aber selbst bei Anhalten dieses Trends damit ge-

Schulentlassungen von allgemeinbildenden Schulen 1)
am Schuljahresende nach d. Art des Entlassungszeugnisses
1973/74 - 1998/99

Messzahlen : 1973/74 = 100



1) Sonderschulen: nur Schulen für Lernbehinderte.

75/85

rechnet werden, daß die immer noch hohe Nachfrage nach Studienplätzen an den Hochschulen bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre hinein erhebliche Belastungen verursachen wird.

Entspannung am Lehrstellenmarkt könnte sich verzögern

Die Zahl der Schulabgänger mit bzw. ohne Hauptschulabschluß sowie mit qualifiziertem Sekundarabschluß I wird bis zum Ende der 80er Jahre um rund 40% sinken. In den 90er Jahren ergeben sich nur noch geringe Schwankungen, jährlich werden dann voraussichtlich etwa 26 000 bis 27 000 Jugendliche ihre Schulzeit beenden. Als Schulabgänger gelten hier die Schüler, die den Bereich der allgemeinbildenden Schulen endgültig verlassen. Die Differenz zu den Schulentlassungen entsteht dadurch, daß Hauptschüler (in relativ kleiner Zahl) und vor allem Realschüler (annähernd 10%) nach erfolgreichem Abschluß den Schulbesuch am Gymnasium mit dem Ziel der Hochschulreife fortsetzen und damit im Bereich der allgemeinbildenden Schulen verbleiben.

Obwohl die Schulabgänger (ohne Abiturienten) somit die potentiellen Nachfrager von Ausbildungsplätzen darstellen, kann aus dem absehbaren Rückgang nicht ohne weiteres auf eine rasche Entspannung am Lehrstellenmarkt geschlossen werden. Da ein Teil dieser Jugendlichen berufsbildende Vollzeitschulen besucht oder aus anderen Gründen keine Lehre anstrebt, ist die Zahl der Lehrstellenbewerber im Regelfall kleiner als die Zahl der Schulabgänger. In den letzten Jahren hat sich diese Differenz aber stetig

Schulabgänger (ohne Abiturienten) aus allgemeinbildenden Schulen¹⁾ am Schuljahresende nach der Art des Entlassungszeugnisses 1973/74 - 1998/99

Schuljahr	Schulabgänger							Erwerbs- tätige (am Ar- beitsort) 3)	Relation Schul- abgänger/ Erwerbs- tätige
	ins- gesamt	ohne Haupt- schul- abschluß 2)	mit Haupt- schul- abschluß	mit quali- fiziertem Sekundar- abschluß I	ohne Haupt- schul- abschluß 2)	mit Haupt- schul- abschluß	mit quali- fiziertem Sekundar- abschluß I		
	1 000				Anteil an den Schulabgängern insgesamt in %			1 000	0/00
1973/74	47,5	9,9	28,5	9,1	20,9	60,0	19,1	.	.
1974/75	38,2	7,2	21,6	9,5	18,9	56,4	24,7	1 399,8	27,3
1975/76	38,7	6,8	22,2	9,7	17,4	57,4	25,1	1 399,0	27,7
1976/77	50,8	8,3	32,5	10,0	16,3	63,9	19,8	1 393,8	36,5
1977/78	54,0	8,3	32,2	13,5	15,4	59,6	25,0	1 389,6	38,9
1978/79	52,5	6,9	32,4	13,2	13,2	61,7	25,2	1 406,1	37,3
1979/80	52,0	6,4	32,3	13,4	12,2	62,0	25,7	1 423,7	36,6
1980/81	49,4	6,1	30,2	13,2	12,4	61,0	26,6	1 416,9	34,9
1981/82	47,9	5,5	28,8	13,7	11,4	60,1	28,5	1 388,7	34,5
1982/83	46,9	4,5	28,3	14,1	9,5	60,4	30,1	1 372,0	34,2
1983/84	44,3	4,3	25,6	14,4	9,8	57,8	32,5	1 368,0	32,4
1984/85	41,5	3,9	23,5	14,1	9,4	56,7	33,9	1 365,0	30,4
1985/86	38,1	3,5	21,2	13,3	9,3	55,7	35,0	1 362,2	28,0
1986/87	34,2	3,2	18,9	12,1	9,4	55,3	35,3	1 359,6	25,2
1987/88	31,5	2,9	17,2	11,4	9,2	54,5	36,2	1 360,0	23,2
1988/89	28,6	2,7	15,6	10,3	9,6	54,5	36,0	1 357,7	21,1
1989/90	27,3	2,6	15,1	9,6	9,5	55,2	35,3	1 354,7	20,1
1990/91	26,6	2,6	14,7	9,3	9,7	55,3	35,0	1 352,2	19,7
1991/92	26,2	2,6	14,5	9,1	9,8	55,3	34,9	1 349,9	19,4
1992/93	26,1	2,6	14,5	9,0	10,0	55,4	34,6	1 346,7	19,4
1993/94	26,3	2,6	14,5	9,1	10,0	55,4	34,6	1 343,5	19,5
1994/95	26,8	2,7	14,9	9,2	10,0	55,7	34,2	1 340,9	20,0
1995/96	27,5	2,7	15,3	9,4	9,9	55,8	34,4	1 338,7	20,5
1996/97	27,7	2,7	15,3	9,7	9,7	55,2	35,1	1 335,7	20,7
1997/98	27,2	2,6	14,8	9,8	9,6	54,4	36,0	1 334,5	20,4
1998/99	26,6	2,6	14,4	9,6	9,8	54,2	36,0	.	.

1) Sonderschulen: nur Schulen für Lernbehinderte. - 2) Einschl. Abgangs- und Abschlußzeugnis der Schule für Lernbehinderte. - 3) Bezogen auf das Jahr der Schulentlassung.

verringert, 1984 gab es sogar mehr Lehrstellenbewerber als Schulabgänger. Selbst wenn berücksichtigt wird, daß außer einem wachsenden Teil der Schulabgänger aus der Sekundarstufe I in jüngster Zeit auch Abiturienten und Absolventen der weiterführenden berufsbildenden Schulen Ausbildungsplätze nachfragen, ist dieses Phänomen nur so zu erklären, daß durch die starke Anspannung am Lehrstellenmarkt ein erheblicher Rückstau von Bewerbern entstanden ist. Während also die Zahl der Neubewerber deutlich zurückgeht, könnte dieser Bestand von Altbewerbern den Lehrstellenmarkt noch einige Jahre belasten, so daß eine spürbare Entspannung möglicherweise erst zu Beginn der 90er Jahre eintreten wird. Auch für die berufsbildenden Schulen wäre somit kurzfristig noch keine Entlastung zu erwarten.

Langfristig Mangel an Nachwuchskräften denkbar

Die Frage, ob die Zahl der Schulabgänger auf längere Sicht ausreichen wird, den Bedarf an Nachwuchskräften in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung zu decken, ließe sich zuverlässig nur anhand einer Prognose des Ausbildungsplatzangebots klären, deren Datenbasis und modelltheoretische Struktur noch nicht näher untersucht wurden. Als Indikator für die verfügbaren Arbeitsplätze kann die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort herangezogen werden. Während 1983 auf 1 000 Erwerbstätige etwa 34 Schulabgänger (ohne Abiturienten) entfielen, wird für die

90er Jahre ein Wert von nur noch etwa 20 prognostiziert. Überlegungen, die die Lebensarbeitszeit und die geringere Erwerbsbeteiligung der Frauen einbeziehen, führen zu dem Ergebnis, daß im langfristigen Durchschnitt jährlich etwa 25 Schulabgänger je 1 000 vorhandene Arbeitsplätze zur Deckung des Bedarfs an Auszubildenden erforderlich sein könnten. Allerdings ist dies eine sehr globale Betrachtung, die weder die Struktur des Angebots und der Nachfrage am Lehrstellenmarkt noch den ungleichmäßigen Altersaufbau der Erwerbsbevölkerung berücksichtigt.

Überdurchschnittlicher Rückgang im Regierungsbezirk Koblenz

In allen Landesteilen wird die Zahl der Schulentlassungen im Prognosezeitraum erheblich zurückgehen. Regionale Unterschiede resultieren dabei allein aus der jeweiligen Entwicklung der Schülerzahlen. Zwar sind die Schulentlassungsquoten teilweise bis zur Ebene der Kreise oder der Schulorte regionalisiert, diese Abweichungen werden aber im Prognosezeitraum konstant gehalten, so daß daraus keine regionalen Divergenzen in der Entwicklung der Entlassungszahlen entstehen können.

Die Entlassungen ohne bzw. mit Hauptschulabschluß lassen in der Prognoseperiode regional nur geringfügig abweichende Trends erkennen. Etwas stärker rückläufig als im Landesdurchschnitt ist die Zahl der Entlassschüler dieser Qualifikationen im Re-

Schulentlassungen von allgemeinbildenden Schulen¹⁾ am Schuljahresende nach der Art
des Entlassungszeugnisses sowie Schulabgänger (ohne Abiturienten)
in den Regierungsbezirken 1973/74 - 1998/99

Art des Entlassungszeugnisses	1973/74	1977/78	1980/81	1983/84	1986/87	1989/90	1992/93	1995/96	1998/99
1 000									
Insgesamt									
Ohne Hauptschulabschluß ²⁾	9,9	8,3	6,1	4,3	3,2	2,6	2,6	2,7	2,6
Hauptschulabschluß	28,5	32,3	30,2	25,6	19,0	15,1	14,5	15,3	14,4
Qualifizierter Sekundar- abschluß I	10,0	14,3	14,6	15,6	13,1	10,4	9,8	10,3	10,4
Abitur	6,9	8,7	10,8	12,1	11,2	9,8	7,6	7,0	7,3
I n s g e s a m t	55,4	63,6	61,8	57,7	46,5	37,9	34,6	35,4	34,8
dar.: Schulabgänger ³⁾	47,5	54,0	49,4	44,3	34,2	27,3	26,1	27,5	26,6
Regierungsbezirk Koblenz									
Ohne Hauptschulabschluß ²⁾	3,7	3,0	2,3	1,7	1,2	1,0	1,0	1,0	1,0
Hauptschulabschluß	10,6	12,5	11,8	10,1	7,4	5,8	5,6	5,9	5,5
Qualifizierter Sekundar- abschluß I	3,9	5,5	5,5	5,8	4,7	3,7	3,5	3,7	3,7
Abitur	2,6	3,0	3,7	4,3	3,8	3,3	2,6	2,3	2,4
Zusammen	20,7	23,9	23,3	21,9	17,1	13,8	12,6	12,9	12,6
dar.: Schulabgänger ³⁾	17,7	20,6	19,1	17,1	13,0	10,3	9,7	10,3	9,9
Regierungsbezirk Trier									
Ohne Hauptschulabschluß ²⁾	1,3	1,1	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Hauptschulabschluß	4,1	4,9	4,5	3,4	2,7	2,1	2,0	2,2	2,0
Qualifizierter Sekundar- abschluß I	1,5	2,5	2,5	2,5	2,1	1,7	1,6	1,6	1,7
Abitur	1,0	1,4	1,7	1,8	1,7	1,4	1,1	1,0	1,1
Zusammen	8,0	9,9	9,2	8,2	6,8	5,5	5,0	5,1	5,1
dar.: Schulabgänger ³⁾	6,8	8,4	7,2	6,1	4,9	3,9	3,7	3,9	3,8
Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz									
Ohne Hauptschulabschluß ²⁾	4,9	4,2	3,2	2,2	1,7	1,4	1,4	1,4	1,4
Hauptschulabschluß	13,9	14,9	13,9	12,1	8,9	7,1	6,9	7,2	6,9
Qualifizierter Sekundar- abschluß I	4,6	6,3	6,7	7,3	6,2	5,0	4,8	4,9	5,1
Abitur	3,3	4,3	5,5	6,1	5,8	5,1	4,0	3,7	3,9
Zusammen	26,7	29,7	29,2	27,7	22,6	18,6	17,1	17,3	17,2
dar.: Schulabgänger ³⁾	23,1	25,1	23,2	21,0	16,3	13,1	12,7	13,2	12,9

1) Sonderschulen: nur Schulen für Lernbehinderte. - 2) Einschl. Abgangs- und Abschlußzeugnis der Schule für Lernbehinderte. - 3) Ohne Abiturienten.

gierungsbezirk Koblenz. Die Zahl der Entlassungen mit Hauptschulabschluß wird im Regierungsbezirk Trier nur um knapp 41% sinken gegenüber etwa 44% auf Landesebene.

Kaum deutlicher ausgeprägt sind die regionalen Entwicklungsunterschiede auf der Ebene der Regierungsbezirke bei den anderen Abschlußarten. Die Zahl der Entlassungen mit qualifiziertem Sekundarabschluß I wird im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz voraussichtlich nur um etwa 31% zurückgehen (Land: - 33%). Eine überdurchschnittliche Abnahme ergibt sich wiederum für den Regierungsbezirk Koblenz (- 36%). Auch die Zahl der Abiturienten wird hier am stärksten schrumpfen (- 44%). Während der Rückgang im Regierungsbezirk Trier etwa dem Landesdurchschnitt (- 40%) entspricht, wird im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz die Zahl der Schulabgänger mit Hochschulreife nur um knapp 37% sinken.

Die Zahl der Schulabgänger (ohne Abiturienten), die als potentielle Nachfrager von Ausbildungsplätzen anzusehen sind, wird im Landesdurchschnitt um etwa 40% abnehmen. Mit jeweils rund 38% ist der Rückgang in den Regierungsbezirken Trier und Rheinhessen-Pfalz etwas geringer. Stärker wird die Zahl der Schulabgänger im Regierungsbezirk Koblenz sinken (- 42%). Der Entwicklungsverlauf im Prognosezeitraum entspricht weitgehend dem Landestrend. Nach einem kräftigen Rückgang in den 80er Jahren tritt eine Stabilisierung auf dem Anfang der 90er Jahre erreichten Niveau ein. Bis zum Schuljahr 1998/99 ändert sich die Zahl der Schulabgänger nicht mehr wesentlich. Geringfügigen regionalen Abweichungen, die in den 90er Jahren erkennbar sind, sollte keine größere Bedeutung zugemessen werden.

Diplom-Volkswirt H. Libowitzky

Kommunaler Finanzausgleich seit 1978

Der kommunale Finanzausgleich wurde durch das Landesgesetz über den kommunalen Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz vom 28. Oktober 1977 neu geregelt. Das neue Gesetz wurde erstmals bei der Verteilung der Finanzausgleichsmasse für das Jahr 1978 angewandt. Seither ist das Finanzausgleichsgesetz mehrfach novelliert worden, zuletzt durch das Änderungsgesetz vom 6. April 1984, mit dem vor allem einige für die Verteilung der Schlüsselzuweisungen wichtige Größen neu festgelegt wurden.

Die kommunalen Gebietskörperschaften erhalten vom Land nach dem Finanzausgleichsgesetz allgemeine und zweckgebundene Finanzausweisungen innerhalb des Steuerverbundes und zweckgebundene Finanzausweisungen außerhalb des Steuerverbundes. Gegenstand der folgenden Betrachtung sind nur die Leistungen innerhalb des Steuerverbundes.

1985 beträgt Verbundmasse 8 467 Mill. DM

In den Steuerverbund sind einbezogen der Landesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Umsatzsteuer, die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer und der Vermögensteuer, die Zuweisungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs und Ergänzungszuweisungen des Bundes. Die Einnahmen aus dieser Verbundmasse belaufen sich im Jahre 1985 auf 8 467 Mill. DM, das sind 43,1% mehr als 1978. Die Entwicklung wird entscheidend durch die Landesanteile an den Gemeinschaftssteuern bestimmt. Auf die Verbundmasse wirken sich damit auch alle Änderungen der Steuerverteilung aus. Neben der periodischen Neufestsetzung der Umsatzsteueranteile sind hier im Haushaltsjahr 1980 die Verringerung des Landesanteils an der Einkommensteuer um einen halben Prozentpunkt und die höheren Einnahmen aus der Vermögensteuer zu nennen, deren Aufkommen dem Land seither ungeschmälert zufließt, während bis 1979 ein Anteil von 25% an den Lastenausgleichsfonds abzuführen war. Darüber hinaus wirken sich alle Steuerrechtsänderungen aufkommenserhöhend bzw. -mindernd aus.

Zuweisungen an die Kommunen in Höhe von 1 925 Mill. DM

Aus der Verbundmasse steht ein bestimmter Prozentsatz für den Finanzausgleich zur Verfügung. Nachdem der Verbundsatz im Zuge der Reform des Finanzausgleichs von 21 auf 21,5% angehoben worden war, wurde er 1980 auf 23% festgelegt, um den Mehraufwand der kreisfreien Städte und Landkreise abzudecken, der diesen durch die Übertragung des Schülertransports als Selbstverwaltungsaufgabe entstanden ist.

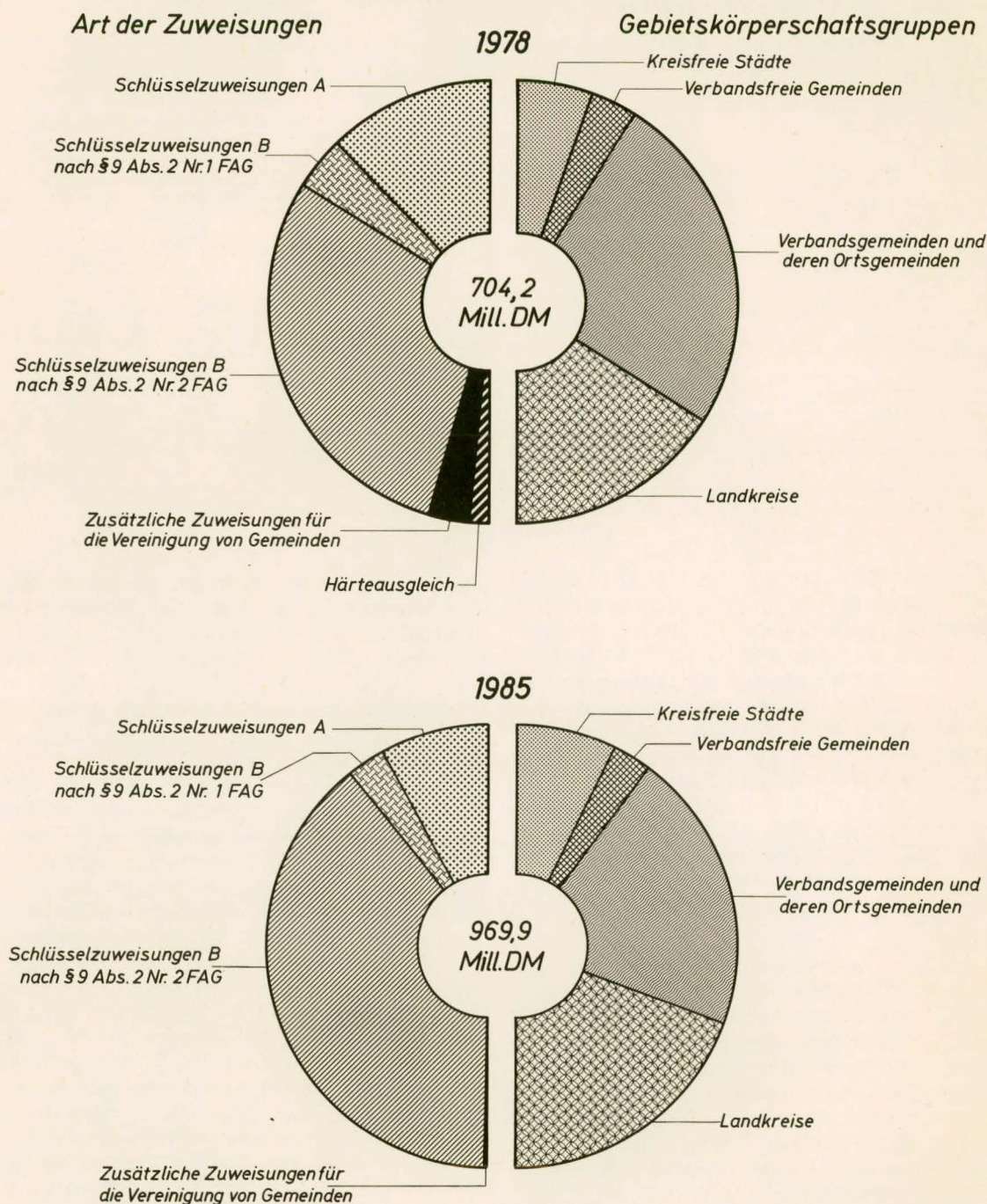
Die Aufteilung der Finanzausgleichsmasse auf allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen ist nicht im Gesetz festgeschrieben, sondern kann den wechselnden praktischen Bedürfnissen entsprechend variieren, indem die Unterteilung dem jeweiligen Haushaltsplan überlassen bleibt. Damit wird sichergestellt, daß die für eine Reihe kommunaler Investitionen nach wie vor unverzichtbaren zweckgebundenen Finanzausweisungen bedarfsgerecht bereitgestellt werden können. Mit ihrer Hilfe können sowohl das Volumen als auch die Struktur kommunaler Investitionen beeinflußt werden.

Im Rahmen des Steuerverbundes stellt das Land im Haushaltsjahr 1985 insgesamt 1 925 Mill. DM zur Verfügung. Davon entfallen 1 214 Mill. DM oder 63,1% auf die allgemeinen Finanzausweisungen. Ihr Gewicht hat seit 1981, als nahezu 70% der Finanzausgleichsmasse auf die allgemeinen Finanzausweisungen entfielen, zugunsten der zweckgebundenen Zuweisungen kontinuierlich abgenommen, nachdem es in den davorliegenden Jahren zugenommen hatte. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die seit 1984 zusätzlich gewährte Zuwendung für die kommunale Beteiligung an der überörtlichen Sozialhilfe, die eigentlich den allgemeinen Zuweisungen zugerechnet werden muß, im Haushaltsplan als dritte Zuweisungsart veranschlagt wird. Unter Einrechnung der für 1985 vorgesehenen 88 Mill. DM erhöht sich der Anteil der allgemeinen Zuweisungen um 4,5 Prozentpunkte auf 67,6%.

Verbundmasse und Zuweisungen an die Gemeinden (Gv.) nach dem Landeshaushaltsplan 1978 - 1985

Jahr	Verbundmasse	Finanzausgleichsmasse insgesamt		darunter			
				Allgemeine Finanzausweisungen		Zweckgebundene Finanzausweisungen	
				Mill. DM	DM je Einwohner	Mill. DM	DM je Einwohner
1978	5 918,2	1 220,2	335	799,2	219	421,0	115
1979	6 121,8	1 332,5	367	901,3	248	431,3	119
1980	6 985,6	1 626,1	448	1 127,3	310	498,8	137
1981	7 077,5	1 682,0	462	1 173,2	322	508,8	140
1982	7 306,2	1 715,6	471	1 157,4	318	558,2	153
1983	7 673,0	1 721,1	473	1 140,8	314	580,3	159
1984	8 099,0	1 852,8	510	1 179,5	325	610,4	168
1985	8 467,0	1 925,4	531	1 214,0	335	623,7	172

Gliederung der Schlüsselzuweisungen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach der Art der Zuweisungen und Gebietskörperschaftsgruppen



77/85

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

Von den 1985 für zweckgebundene Zuweisungen vorgesehenen 623,7 Mill. DM werden 225,6 Mill. DM oder 36,2% für Vorhaben der Wasserwirtschaft einschließlich Abfallbeseitigung verwandt. Dies bedeutet gegenüber 1978 eine Erhöhung um 64,7%. Gesunken sind dagegen die Zuweisungen für Schulbauten einschließlich deren Erstausrüstung, Turnhallen und anderen Sportanlagen um 34,8% auf 90 Mill. DM, weil

die demographische Entwicklung und der erreichte hohe Ausrüstungsstand eine Reduzierung der Mittel ermöglichten. Einen bedeutenden Anteil der zweckgebundenen Zuweisungen beansprucht 1985 das Krankenhauswesen, für das 110 Mill. DM veranschlagt wurden, während es im Jahre 1978 noch 27,5 Mill. DM waren. Die zweckgebundenen Straßenzuweisungen unterlagen im Zeitablauf nur geringen

Schlüsselzuweisungen nach Gebietskörperschaftsgruppen 1978 - 1985

Gebietskörperschaftsgruppe 1)	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Mill. DM								
Kreisfreie Städte	77,2	95,7	115,1	121,5	115,6	132,3	136,8	142,2
Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise	627,0	675,3	767,7	801,4	807,0	757,0	796,2	827,7
Verbandsfreie Gemeinden	48,8	51,6	53,2	52,1	53,7	51,0	56,6	54,6
Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden	353,7	366,2	383,5	403,9	387,0	355,7	378,6	397,7
Verbandsgemeinden	132,6	143,2	169,1	177,9	185,7	181,9	192,8	201,6
Ortsgemeinden	221,1	223,0	214,4	226,0	201,3	173,9	185,8	196,1
Landkreise 2)	224,5	257,5	330,9	345,5	366,3	350,3	361,0	375,4
I n s g e s a m t	704,2	770,9	882,8	923,0	922,7	889,3	933,0	969,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Kreisfreie Städte	10,3	24,0	20,3	6,1	- 4,9	13,8	3,8	3,6
Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise	21,8	7,7	13,7	4,3	0,7	- 6,2	5,2	4,0
Verbandsfreie Gemeinden	6,1	5,7	3,1	- 1,9	3,8	- 5,6	11,8	- 3,5
Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden	33,2	3,5	4,7	5,2	- 4,2	- 8,0	6,5	5,0
Verbandsgemeinden	34,2	8,0	18,1	5,3	4,5	- 2,2	6,0	4,7
Ortsgemeinden	32,6	0,9	- 3,9	5,6	- 11,1	- 13,4	6,9	5,4
Landkreise 2)	10,5	14,7	28,5	4,2	6,1	- 4,4	3,1	3,9
I n s g e s a m t	20,5	9,5	14,5	4,5	- 0,1	- 3,6	4,9	4,0

1) Abgrenzung nach dem Gebietsstand vom 1.1.1985. - 2) Ohne Zuweisungen nach § 15 FAG.

Schwankungen. 1985 sind hierfür 74 Mill. DM vorgesehen, nur 1 Million DM weniger als 1978. Die für den Investitionsstock reservierten Mittel haben in den einzelnen Jahren ein stark unterschiedlich hohes Niveau. Nachdem 1984 hierfür 53,2 Mill. DM verwandt wurden, ergab sich für 1985 ein Betrag von 39,3 Mill. DM. Darüber hinaus werden 1985 zweckgebundene Zuweisungen geleistet an kommunale Träger von Kindergärten (26,3 Mill. DM), für Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen (21 Mill. DM), für kommunale Theater und Orchester (17 Mill. DM), für Dorferneuerungen (11,5 Mill. DM), für Fremdenverkehrsanlagen (6 Mill. DM) und an die Stadt Mainz im Hinblick auf ihre besonderen Aufgaben als Landeshauptstadt (3 Mill. DM).

Von den allgemeinen Finanzzuweisungen in Höhe von 1 214 Mill. DM entfallen 1985 970 Mill. DM oder nahezu 80% auf die Schlüsselzuweisungen. Die Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung und der Beförderung zu den Kindergärten nehmen 145 Mill. DM in Anspruch, während für die allgemeinen Straßenzuweisungen 44,8 Mill. DM, für die Zuweisungen an die Kreisverwaltungen als untere Behörden der allgemeinen Landesverwaltung 26,5 Mill. DM, für den Ausgleichsstock 17,5 Mill. DM und für die Anteile an den Verwaltungskosten der Ausgleichsämter 11 Mill. DM zur Verfügung stehen.

1985 erhalten Kommunen 970 Mill. DM Schlüsselzuweisungen

Im Haushaltsjahr 1985 erhalten die Gemeinden (Gv.) 970 Mill. DM Schlüsselzuweisungen. Dies sind 4% mehr als im Vorjahr. Seit 1978 haben sie um 37,7% zugenommen, wobei die Steigerungsrate für die allgemeinen Finanzzuweisungen mit 51,9% deutlich größer war. Dies bedeutet, daß sich der Anteil

der Schlüsselzuweisungen an den allgemeinen Finanzzuweisungen verringert hat; allerdings ist dies allein auf die 1980 erfolgte Einbeziehung des Schülertransports in den Finanzausgleich zurückzuführen.

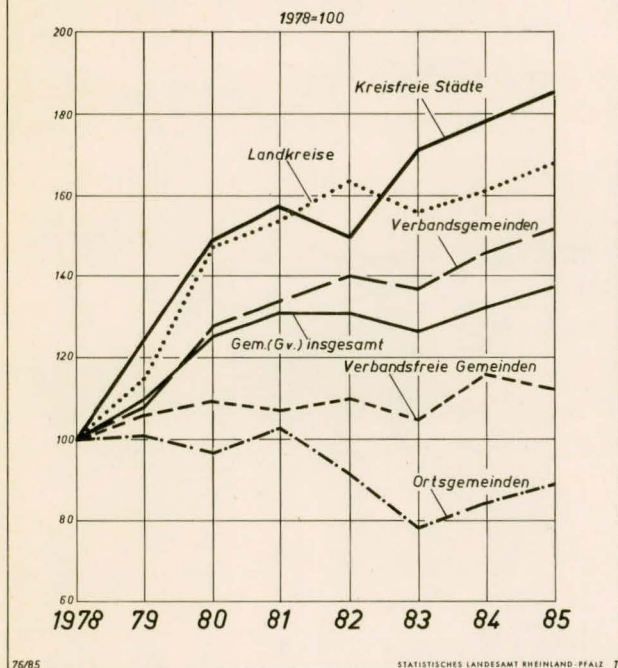
An den im Jahre 1985 verteilten Schlüsselzuweisungen partizipierten die Landkreise mit 38,7%, die Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden mit 41%, die kreisfreien Städte mit 14,7% und die verbandsfreien Gemeinden mit 5,6%. Gegenüber 1978 hat sich die Verteilungsstruktur, überwiegend bedingt durch die Entwicklung der Berechnungsgrundlagen, aber auch durch geänderte Regelungen im Finanzausgleichsgesetz, deutlich verändert. Neben den Landkreisen, die 6,7 Prozentpunkte dazugewannen, hat sich der Anteil der kreisfreien Städte erhöht. Diese Entwicklung vollzog sich in erster Linie zu Lasten der Ortsgemeinden, deren Quote sich um 11,2 Prozentpunkte verringerte. Ursache dieses Rückgangs ist neben dem Auslaufen von Übergangsregelungen (Zuweisungen für die Vereinigung von Gemeinden, Härteausgleich) vor allem das verringerte Steuerkraftgefälle. Dadurch verminderte sich tendenziell der Ausgleichsbedarf bei den Schlüsselzuweisungen A, die den größten Teil der Schlüsselzuweisungen an Ortsgemeinden ausmachen.

Diese Strukturveränderung zeigt sich auch an der Entwicklung der Pro-Kopf-Beträge. Je Einwohner stehen 1985 an allgemeinen Finanzzuweisungen 335 DM zur Verfügung, davon werden 267 DM als Schlüsselzuweisungen gezahlt. Der höchste Pro-Kopf-Betrag entfällt mit 146 DM auf die kreisfreien Städte, die damit fast doppelt so viel bekommen wie 1978. Im Schnitt erhalten die Landkreise für jeden Einwohner 141 DM, zwei Drittel mehr als 1978. Im Jahre 1985 werden den verbandsfreien Gemeinden (94 DM), den Ver-

Steuerkraftmeßzahlen, Finanzkraftmeßzahlen und Schlüsselzuweisungen B
nach Verwaltungsbezirken 1978 und 1985

Verwaltungsbezirk	Steuerkraftmeßzahl (einschließlich Grunderwerbsteuer)		Finanzkraftmeßzahl		Schlüsselzuweisung B		Finanzkraftmeßzahl und Schlüsselzuweisung B	
	1978	1985	1978	1985	1978	1985	1978	1985
	DM je Einwohner							
<u>Kreisfreie Städte</u>	861	1 039	861	1 039	63	146	924	1 185
Koblenz	873	1 022	873	1 022	39	156	912	1 177
Trier	722	838	722	838	94	236	816	1 075
Frankenthal (Pfalz)	776	1 028	776	1 028	46	114	822	1 142
Kaiserslautern	690	853	690	853	106	225	796	1 078
Landau in der Pfalz	671	872	671	872	108	223	779	1 095
Ludwigshafen am Rhein	1 396	1 511	1 396	1 511	16	16	1 412	1 527
Mainz	841	1 103	841	1 103	16	76	857	1 179
Neustadt a.d.Weinstraße	598	790	598	790	154	247	752	1 037
Pirmasens	755	992	755	992	97	179	852	1 172
Speyer	686	904	686	904	85	171	771	1 075
Worms	709	926	709	926	71	161	780	1 087
Zweibrücken	682	714	682	714	136	316	818	1 030
<u>Landkreise</u>	486	689	550	748	154	251	704	999
darunter:								
Große kreisangeh. Städte	806	979	242	294	37	79	279	372
RB Koblenz	507	694	565	752	146	248	711	1 000
Ahrweiler	484	670	523	713	167	266	690	979
Altenkirchen (Ww.)	487	655	542	720	150	254	692	973
Bad Kreuznach	540	681	610	746	125	254	735	1 000
Bad Kreuznach, St	827	913	248	274	44	109	292	383
Birkenfeld	574	679	626	741	133	268	758	1 009
Idar-Oberstein, St	755	874	227	262	34	85	261	348
Cochem-Zell	410	611	501	699	182	284	683	983
Mayen-Koblenz	543	806	581	836	134	203	716	1 039
Andernach, St	977	1 021	293	306	15	66	308	372
Mayen, St	562	810	169	243	71	112	240	355
Neuwied	550	791	599	822	130	211	729	1 033
Neuwied, St	675	903	202	271	42	74	245	345
Rhein-Hunsrück-Kreis	412	657	499	732	189	281	689	1 013
Rhein-Lahn-Kreis	463	602	528	677	161	281	689	958
Lahnstein, St	618	673	185	202	51	106	237	308
Westerwaldkreis	507	656	574	739	135	247	709	986
RB Trier	375	564	495	683	192	296	687	979
Bernkastel-Wittlich	420	654	503	734	181	267	684	1 001
Bitburg-Prüm	376	550	533	719	203	307	736	1 025
Daun	406	589	506	687	188	302	694	989
Trier-Saarburg	319	486	456	613	195	310	652	923
RB Rheinhessen-Pfalz	501	728	553	766	149	239	702	1 006
Alzey-Worms	450	633	488	667	176	280	665	947
Bad Dürkheim	514	766	546	783	146	222	692	1 005
Donnersbergkreis	449	625	522	706	172	280	694	986
Germersheim	689	982	737	1 005	78	146	815	1 152
Kaiserslautern	416	616	475	662	202	320	676	982
Kusel	374	543	482	646	183	299	666	945
Südliche Weinstraße	444	717	506	752	166	236	672	988
Ludwigshafen	466	745	492	749	161	229	654	979
Mainz-Bingen	647	849	691	879	83	181	775	1 060
Bingen am Rhein, St	859	1 073	258	322	17	53	275	375
Ingelheim am Rhein, St	1 433	1 760	430	528	15	15	445	543
Pirmasens	431	618	494	681	173	275	667	956
I n s g e s a m t	589	783	636	826	129	223	765	1 049

Schlüsselzuweisungen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Gebietskörperschaftsgruppen



bandsgemeinden (97 DM) und den Ortsgemeinden (95 DM) nahezu die gleichen Pro-Kopf-Beträge als Schlüsselzuweisungen gezahlt, während die Verhältnisse 1978 wesentlich differenzierter waren. Damals erhielten die Ortsgemeinden 107 DM je Einwohner und damit 22 DM mehr als die verbandsfreien Gemeinden und sogar 43 DM mehr als die Verbandsgemeinden.

Die Schlüsselzuweisungen sollen die eigenen Steuereinnahmen der kommunalen Gebietskörperschaften ergänzen. Ihre Bedeutung als Einnahmequelle wird ersichtlich, wenn sie in Relation zu den Bruttoeinnahmen des Verwaltungshaushalts gesetzt werden. Im Jahre 1984 waren 11,9% der laufenden Bruttoeinnahmen Schlüsselzuweisungen, 1978 waren es 11,5%. Eine Aufschlüsselung nach Gebietskörperschaftsgruppen zeigt, daß im Jahre 1984 21% der Einnahmen der Landkreise Schlüsselzuweisungen waren, gefolgt von den Verbandsgemeinden (18,1%), den Ortsgemeinden (9,9%), den verbandsfreien Gemeinden (6,3%) und den kreisfreien Städten (6,2%). Ein Vergleich mit den entsprechenden Werten für das Jahr 1978 verdeutlicht, daß nur die verbandsfreien Gemeinden und Ortsgemeinden damals höhere Quoten erreichten, wobei das Gewicht der Schlüsselzuweisungen als Einnahmequelle für die Ortsgemeinden am deutlichsten zurückging.

Steuerkraftgefälle kleiner geworden

Durch die Schlüsselzuweisungen sollen die durch die örtlich unterschiedliche Wirtschaftskraft bedingten Steuereinkünfte Unterschiede einen teilweisen Ausgleich finden. Die Steuereinkünfte, die aus dem Aufkommen an Grundsteuer A und B, an Gewerbe-

steuer nach Ertrag und Kapital und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer berechnet werden, sowie die hier ebenfalls berücksichtigten Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer lassen die Unterschiede in der Steuereinkünfte zwischen den Verwaltungsbezirken erkennen. Allerdings muß dabei hingenommen werden, daß die Zahlen für die Landkreisbereiche bereits Durchschnittswerte darstellen und damit die unterschiedlichen Wirkungen für die einzelne Gebietskörperschaft nicht erkennen lassen.

Bei einer durchschnittlichen originären Steuereinkünfte von 783 DM je Einwohner zeigt sich 1985 ein Gefälle zwischen 1 511 DM (Stadt Ludwigshafen) und 468 DM Landkreisbereich Trier-Saarburg), also eine Abweichung von 1 043 DM. Die Spannweite wird noch größer, wenn die großen kreisangehörigen Städte in den Vergleich einbezogen werden, da Ingelheim eine Steuereinkünfte von 1 760 DM je Einwohner hat. Gegenüber 1978 ist der Abstand zwischen der Stadt Ludwigshafen (1 396 DM) und dem Landkreisbereich Trier-Saarburg (319 DM) jedoch kleiner geworden. Aber nicht nur die Spannweite hat sich verringert, sondern auch die Streuung der Verteilung des Jahres 1985 ist gegenüber der von 1978 geringer, das heißt, die Unterschiede in der Steuereinkünfte sind zwischen den Verwaltungsbezirken niedriger geworden. Dies kann auch als Ursache dafür angesehen werden, daß der für Schlüsselzuweisungen A notwendige Betrag seit 1978 um 8% gesunken ist. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der die finanzielle Mindestausstattung garantierende Schwellenwert ab 1984 um 1 Prozentpunkt auf 74% der landesdurchschnittlichen Steuereinkünfte gemessen wurde, wodurch ceteris paribus ein Minderbedarf an Schlüsselzuweisungen A ausgelöst wird.

Durch Schlüsselzuweisungen Abbau der Steuereinkünfteunterschiede

Nach Aufstockung der Steuereinkünfte durch die Schlüsselzuweisungen A steigt der Landesdurchschnitt im Jahre 1985 auf 826 DM, während die Spannweite auf 898 DM sinkt, weil der Landkreisbereich Trier-Saarburg 127 DM je Einwohner in Form von Schlüsselzuweisungen A erhält, so daß sich seine Meßzahl auf 613 DM erhöht. Da Schlüsselzuweisungen A nur den Kommunen gewährt werden, deren Steuereinkünfte höchstens 74% derjenigen im Landesdurchschnitt erreicht, und somit nur den besonders finanzschwachen Gemeinden zukommen, führen sie automatisch zu einer Angleichung der Finanzkraft.

Der kräftige Zuwachs der Schlüsselzuweisung B kam vollständig der Schlüsselzuweisung B zugute, die sich seit 1978 um 72,5% auf 809 Mill. DM erhöhte. Für jeden Einwohner wurden im Schnitt 223 DM gezahlt. Pro Kopf steht für die Landkreisbewohner (251 DM) wesentlich mehr zur Verfügung als für die kreisfreien Städte (146 DM). An der Erhöhung partizipierten die kreisfreien Städte deutlich stärker als die Landkreise, da sie im Vergleich zu 1978 erheblich mehr Schlüsselzuweisungen B erhalten.

Durch die Schlüsselzuweisungen B erhöht sich die Finanzausstattung auf 1 049 DM je Einwohner. Der

Landkreis Trier-Saarburg bleibt zwar auch unter Einbeziehung der Schlüsselzuweisungen finanzschwächster Kreis. Er liegt jedoch nur noch um 12% unter dem Landesdurchschnitt, während der ursprüngliche Abstand 37,9% beträgt. Auch die Abweichung nach oben, zur kreisfreien Stadt Ludwigshafen, ist erheblich geringer geworden, und zwar geht sie von 93% auf 45,6% zurück. Ein Vergleich der entsprechenden Daten von 1978 zeigt, daß die Werte damals höher waren. Es hat also nicht nur ein interregionaler, sondern auch ein intertemporaler Abbau der Differenzen stattgefunden.

Wie stark die Schlüsselzuweisungen dahin wirken, das regionale Steuerkraftgefälle zu reduzieren, zeigt sich aber nicht nur an der Verringerung extremer Abweichungen, sondern vor allem auch an der Ein-

engung des Streubereichs. Eine Möglichkeit, Streuungen mehrerer Verteilungen untereinander zu vergleichen, stellt der Variationskoeffizient dar, der angibt, wie stark eine Verteilung um den Mittelwert streut. Für das Jahr 1985 errechnet sich ein Variationskoeffizient von 25,6% bei der Steuerkraftmeßzahl, nach Berücksichtigung der Schlüsselzuweisungen reduziert er sich auf 10,2%, das heißt, die Standardabweichung beträgt 25,6% des Mittelwertes bei der originären Steuerkraftverteilung, und sie sinkt um mehr als die Hälfte infolge der Schlüsselzuweisungen. Somit werden die Steuerkraftunterschiede zwischen den einzelnen Verwaltungsbezirken durch die Schlüsselzuweisungen erheblich gemildert.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

System der Preisstatistiken

Aufgabe der Preisstatistik ist es, zuverlässige Daten über die Preisentwicklung auf den verschiedenen Märkten, und zwar meist mittels Stichproben, bereitzustellen. Die Auswahl der berichtenden Betriebe ist auf Landesebene nur bei wenigen Statistiken hinreichend groß, um einen vollständigen Überblick aufgrund einer ausreichend großen Zahl erhobener Preise zu geben. Die Auswertung der meisten Preisstatistiken, vor allem die Berechnung von Preisindizes, erfolgt daher und wegen der oft gleichlaufenden Preisentwicklung nur für das gesamte Bundesgebiet und einige große Bundesländer, nicht jedoch für Rheinland-Pfalz. Die Bundesergebnisse können durchweg auch für Rheinland-Pfalz Gültigkeit beanspruchen, da das Bundesgebiet räumlich gesehen im großen und ganzen einen einzigen Markt bildet. Zumindest aber besteht zwischen etwaigen räumlichen Teilmärkten eine enge Kommunikation. Einer regional unterschiedlichen Preisentwicklung sind deshalb enge Grenzen gesetzt, insbesondere auf den Großhandelsmärkten, die sich in der Regel durch hohe Markttransparenz auszeichnen.

Die veröffentlichten absoluten Durchschnittspreise können im allgemeinen nur als Anhaltspunkte für das Preisniveau der betreffenden Waren und Dienstleistungen angesehen werden, da die amtliche Preisstatistik vor allem auf den Nachweis von Preisveränderungen ausgerichtet ist. Deswegen sind, abgesehen von den als Totalerhebungen erfolgenden Statistiken der Kaufwerte für Bauland und landwirtschaftlichen Grundbesitz, ihre wichtigsten Ergebnisse Preisindizes und Preismeßzahlen und nicht etwa Durchschnittspreise. Zuverlässige Angaben über das absolute Preisniveau würden vor allem eine viel größere Anzahl von Einzelpreisen voraussetzen.

Statistik der Verbraucherpreise und Preisindizes für die Lebenshaltung

Nach dem Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1956 (BGBl. I S. 605), das die Rechtsgrund-

lage für die meisten preisstatistischen Erhebungen ist, werden in Rheinland-Pfalz zur Ermittlung des preisstatistischen Materials für den Preisindex für die Lebenshaltung monatlich von 17 Preisermittlern in elf ausgewählten Berichtsgemeinden über 20 000 Einzelpreise für rund 750 Waren und Dienstleistungen bei einem möglichst gleichbleibenden Kreis von rund 2 300 Berichtsstellen (Einzelhandel, Handwerk, Versorgungsunternehmen, Inhaber von Mietwohnungen, Vermieter) erfragt. Die Berichtsstellen in den Gemeinden werden so ausgewählt, daß einerseits Geschäfts- und Wohnviertel, andererseits die verschiedenen Handels- und Betriebsformen des Einzelhandels (Fachgeschäfte, Filialbetriebe, Warenhäuser, Supermärkte) in angemessener Weise repräsentiert werden.

Je nach Größe der Berichtsgemeinde sind für jede zum sogenannten Warenkorb gehörende Ware oder Leistung vier, sechs oder acht Verbraucherpreise zu ermitteln. In Mainz werden beispielsweise die Preise für im einzelnen bezeichnete Fleisch- und Wurstwaren nur in acht Fleischerläden erfragt. Da Waren- und Leistungsbeschreibungen in der Regel weit gefaßt sind und den Berichtsfirmen ein gewisser Spielraum gegeben ist, sind die für Rheinland-Pfalz veröffentlichten absoluten Durchschnittspreise nicht unbedingt für die gesamte Ware oder Leistung im Lande repräsentativ. Die monatlich ermittelten Preise sind effektive Endverbraucherpreise (keine Listenpreise) einschließlich Umsatzsteuer sowie einschließlich Verbrauchsteuern (Mineralölsteuer) und anderer gesetzlicher Abgaben (Ausgleichsabgaben bei elektrischem Strom). Die ermittelten Gemeinde- und Landesdurchschnittspreise der ausgewählten Waren und Leistungen – auf Landesbasis werden monatlich ausgewählte Verbraucherpreise veröffentlicht – werden zusammen mit den Preisen der anderen Bundesländer im Statistischen Bundesamt zur Errechnung der Bundesindizes benötigt.

Derzeit werden für das Bundesgebiet monatlich folgende Preisindizes für die Lebenshaltung berechnet und veröffentlicht:

- Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
(Basisjahre 1962, 1970, 1976, 1980)
- Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen
(Basisjahre 1913/14, 1938, 1950, 1958, 1962, 1970, 1976, 1980)
- Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen
(Basisjahre 1962, 1970, 1976, 1980)
- Preisindex für die Lebenshaltung von Zwei-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern
(Basisjahre 1958, 1962, 1970, 1976, 1980)
- Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes
(Basisjahre 1962, 1970, 1976, 1980)

Alle Indizes werden außer in der Darstellung für die Lebenshaltung insgesamt für eine große Zahl von Gütergruppen verschiedener Aggregationsstufen ermittelt und veröffentlicht, vor allem nach Hauptgruppen des Verwendungszweckes. Der über eine Sonderrechnung aus dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ermittelte Index für die Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung, auch Kraftfahrer-Preisindex genannt, zeigt die Preisveränderungen der durchschnittlich aufzubringenden Beträge für die Anschaffung und Unterhaltung von Personenkraftwagen und Motorrädern. Dem ebenfalls monatlich errechneten Index der Einzelhandelspreise liegt die Umsatzstruktur des Einzelhandels zugrunde.

Statistik der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise

Die Statistik der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise, die ebenso wie die meisten anderen Preisstatistiken als Stichprobe erfolgt, wendet sich an die auf den Großhandelsmärkten als Anbieter und Nachfrager tätigen Firmen oder an die mit der Marktorganisation betrauten Stellen. In Rheinland-Pfalz melden monatlich rund 320 Berichtsstellen die Erzeugerpreise und rund 70 Berichtsstellen die Großhandelsverkaufspreise. Erfaßt werden die wichtigsten land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie industrielle Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren. Aus diesen Angaben werden für Rheinland-Pfalz monatlich ausgewählte Erzeugerpreise publiziert, für das Bundesgebiet der Index der Grundstoffpreise, der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte, der Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte, der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte und der Index der Großhandelsverkaufspreise berechnet.

Wegen der hohen Reagibilität der Erzeugerpreise sind die Ergebnisse dieser Erhebung vor allem für die Konjunkturbeobachtung von erheblicher Bedeutung. Die Indizes werden nicht nur als Gesamtreihen, sondern auch für verschiedene Aggregationsstufen bis

hin zu ausgewählten Preisrepräsentanten veröffentlicht. Für längerfristige Vergleiche können bei den Indizes, ebenso wie bei den Indizes für die Lebenshaltung, durchlaufende Reihen durch Verkettung der gegenwärtigen Berechnungsergebnisse auf Basis 1980 mit den Indexwerten auf früherer Basis für die Zeit vor 1980 gebildet werden.

Statistik der Bauleistungspreise

Die Statistik der Bauleistungspreise erfaßt in Rheinland-Pfalz bei rund 450 ausgewählten Baufirmen die Marktpreise (nicht Angebotspreise) der verschiedenen Bauleistungen. Die Erhebung erfolgt vierteljährlich in den Monaten Februar, Mai, August und November, wobei nur solche Bauleistungen ausgewählt werden, die als typisch und repräsentativ für die einzelnen Arten von Bauarbeiten anzusehen sind. Sie bilden den Ausgangspunkt für die Berechnung von Preisindizes für das Bundesgebiet, welche die Entwicklung der Preise für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Tiefbaus sowie für Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden aufzeigen. Sie können als Erzeuger-Verkaufspreisindizes betrachtet werden. Aus der Sicht der Käufer dieser Erzeugnisse, also der Bauherren, können sie zugleich als Einkaufspreisindizes gelten.

Dem Index einer jeden Bauwerksart liegt eine Reihe von Bauwerkstypen zugrunde, wie sie für das Baugeschehen im Basisjahr 1980 kennzeichnend waren. Die Bauwerke sind regelmäßig konventionell, jedoch unter Einbeziehung der marktüblichen Fertigteile gebaut. Beim konventionellen Neubau von Wohngebäuden ist die wichtigste Nachweisung der Baupreisindex für Wohngebäude insgesamt. Er wird ergänzt durch Indizes für die Wohngebäudearten Ein-, Mehrfamilien- und gemischt genutzte Gebäude. Ein besonderer Preisindex für Fertighäuser, der ab 1968 vorliegt, zeigt die Preisentwicklung bei Einfamiliengebäuden, die aus Fertigteilen montiert sind. Für die Wohngebäude insgesamt steht außerdem ein Baupreisindex für Bauleistungen insgesamt zur Verfügung, der über die Bauleistungen am Bauwerk hinaus drei weitere Hauptleistungsgruppen einbezieht. Für Wohngebäude wird auch die Preisentwicklung bei Instandhaltungsarbeiten nachgewiesen. Entsprechende Indizes liegen für Ein- und Mehrfamiliengebäude jeweils mit Schönheitsreparaturen vor, für Mehrfamiliengebäude auch ohne dieselben. Die Baupreisindizes für die verschiedenen Bauwerksarten werden auch in der Aufgliederung nach den Bauabschnitten, Roh- und Ausbau sowie nach Gewerken berechnet.

Für den Neubau konventionell gefertigter Nichtwohngebäude werden besondere Indizes für Bürogebäude, landwirtschaftliche Betriebsgebäude sowie gewerbliche Betriebsgebäude ermittelt. Unter der Bezeichnung sonstige Bauwerke wird die Preisentwicklung im Straßenbau, bei Brücken im Straßenbau, Ortskanälen und Staudämmen indexmäßig nachgewiesen. Für längerfristige Vergleiche sind die Indizes auf Basis 1980 ausgewählter Bauwerksarten in der Beschränkung auf die Werte einschließlich Umsatzsteuer über den Februar 1980 mit ihren Vorgängern,

Preisindizes für die Lebenshaltung im Bundesgebiet 1950 bis August 1985

Jahr Monat		Preisindizes für die Lebenshaltung												
		aller privaten Haushalte			4-Personen- Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen			4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen			2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern			einfache Lebens- haltung eines Kindes
		Basisjahr (= 100)												
1980	1976	1970	1980	1976	1970	1980	1976	1970	1980	1976	1970	1980		
1950	.	.	.	39,8	46,2	64,5	
1951	.	.	.	42,9	49,7	69,6	
1952	.	.	.	43,8	50,8	71,0	
1953	.	.	.	43,0	49,9	69,8	
1954	.	.	.	43,1	50,0	69,9	
1955	.	.	.	43,8	50,8	71,0	
1956	.	.	.	44,9	52,1	72,8	
1957	.	.	.	45,9	53,2	74,4	.	.	.	43,8	50,5	71,5	.	
1958	.	.	.	46,8	54,3	75,9	.	.	.	44,8	51,6	73,0	.	
1959	.	.	.	47,3	54,8	76,7	.	.	.	45,2	52,1	73,8	.	
1960	.	.	.	48,0	55,6	77,8	.	.	.	45,9	52,9	74,9	.	
1961	.	.	.	49,1	56,9	79,6	.	.	.	47,1	54,3	76,8	.	
1962	49,7	58,1	81,6	50,5	58,6	81,9	50,0	58,5	82,2	48,7	56,1	79,3	47,2	
1963	51,2	59,8	84,0	52,1	60,3	84,4	51,2	60,0	84,3	50,4	58,0	82,1	48,5	
1964	52,4	61,2	85,9	53,3	61,8	86,4	52,2	61,1	85,9	51,8	59,7	84,4	49,7	
1965	54,1	63,2	88,7	55,1	63,8	89,3	53,5	62,7	88,1	53,8	62,0	87,8	51,7	
1966	56,0	65,4	91,9	57,0	66,1	92,4	55,3	64,8	91,0	56,1	64,6	91,4	53,5	
1967	56,9	66,5	93,4	57,8	67,0	93,8	56,5	66,2	93,0	56,8	65,5	92,7	53,9	
1968	57,8	67,6	94,9	58,6	67,9	95,0	57,8	67,7	95,1	57,7	66,5	94,0	54,5	
1969	58,9	68,9	96,7	59,8	69,3	96,9	58,8	68,9	96,8	59,4	68,4	96,8	56,8	
1970	61,0	71,2	100,0	61,7	71,5	100,0	60,8	71,2	100,0	61,3	70,7	100,0	58,7	
1971	64,1	74,9	105,3	64,8	75,2	105,1	64,1	75,1	105,4	64,2	74,0	104,7	61,7	
1972	67,7	79,1	111,1	68,3	79,2	110,7	67,5	79,1	111,1	67,8	78,1	110,6	65,6	
1973	72,4	84,6	118,8	72,9	84,6	118,2	72,1	84,5	118,7	72,7	83,8	118,5	70,7	
1974	77,4	90,5	127,1	77,9	90,3	126,3	77,2	90,5	127,1	77,5	89,3	126,3	75,9	
1975	82,0	95,9	134,7	82,6	95,8	134,0	81,8	95,9	134,7	82,6	95,2	134,7	81,7	
1976	85,6	100,0	140,4	86,3	100,0	139,9	85,3	100,0	140,4	86,8	100,0	141,5	87,0	
1977	88,7	103,7	145,6	89,3	103,5	144,8	88,5	103,7	145,6	89,8	103,5	146,5	89,4	
1978	91,1	106,5	149,5	91,6	106,1	148,4	91,0	106,7	149,8	91,8	105,7	149,6	91,4	
1979	94,9	110,9	155,7	95,0	110,2	154,0	94,8	111,1	156,1	94,9	109,3	154,7	95,0	
1980	100,0	116,9	164,1	100,0	115,9	162,1	100,0	117,2	164,6	100,0	115,2	163,1	100,0	
1981	106,3	124,3	174,5	106,3	123,3	172,3	106,6	124,9	175,4	106,1	122,3	173,0	105,8	
1982	111,9	130,8	183,7	112,0	129,8	181,5	112,2	131,5	184,7	112,1	129,1	182,7	111,0	
1983	115,6	135,1	189,7	115,6	134,0	187,4	116,0	135,9	191,0	115,9	133,5	188,9	114,1	
1984	118,4	138,3	194,3	118,4	137,2	191,9	118,7	139,1	195,5	118,7	136,8	193,6	117,0	
1983 Januar	114,4	133,7	187,8	114,4	132,6	185,4	114,8	134,5	189,0	114,5	131,9	186,7	112,3	
Februar	114,5	133,8	187,9	114,5	132,7	185,6	114,9	134,6	189,1	114,7	132,2	187,0	112,7	
März	114,4	133,7	187,8	114,4	132,6	185,4	114,8	134,5	189,0	114,9	132,4	187,4	112,9	
April	114,7	134,0	188,3	114,8	133,1	186,1	115,1	134,9	189,5	115,3	132,9	188,0	113,9	
Mai	115,0	134,4	188,8	115,1	133,4	186,5	115,4	135,2	190,0	115,6	133,2	188,5	114,5	
Juni	115,4	134,9	189,4	115,5	133,9	187,2	115,9	135,8	190,8	116,0	133,7	189,2	115,0	
Juli	115,8	135,3	190,1	115,9	134,4	187,8	116,3	136,3	191,4	116,3	134,0	189,6	114,6	
August	116,2	135,8	190,7	116,2	134,7	188,3	116,6	136,6	191,9	116,2	133,9	189,5	114,2	
September	116,5	136,1	191,2	116,5	135,1	188,8	116,9	137,0	192,4	116,4	134,1	189,8	114,4	
Oktober	116,5	136,1	191,2	116,5	135,1	188,8	116,9	137,0	192,4	116,4	134,1	189,8	114,4	
November	116,7	136,4	191,5	116,7	135,3	189,1	117,1	137,2	192,8	116,8	134,6	190,5	114,8	
Dezember	117,0	136,7	192,0	117,0	135,6	189,6	117,4	137,6	193,3	117,1	134,9	191,0	115,1	
1984 Januar	117,5	137,3	192,9	117,5	136,2	190,4	117,9	138,2	194,1	117,8	135,7	192,1	115,8	
Februar	117,8	137,7	193,3	117,8	136,6	190,9	118,1	138,4	194,4	118,3	136,3	192,9	116,6	
März	117,9	137,8	193,5	117,9	136,7	191,1	118,3	138,6	194,7	118,6	136,7	193,4	117,2	
April	118,1	138,0	193,8	118,1	136,9	191,4	118,4	138,7	194,9	118,7	136,8	193,6	117,6	
Mai	118,2	138,1	194,0	118,2	137,0	191,6	118,5	138,9	195,1	118,9	137,0	193,9	118,0	
Juni	118,6	138,6	194,7	118,6	137,5	192,2	118,9	139,3	195,7	119,3	137,5	194,5	118,7	
Juli	118,4	138,4	194,3	118,4	137,3	191,9	118,8	139,2	195,6	119,0	137,1	194,0	117,7	
August	118,2	138,1	194,0	118,2	137,0	191,6	118,6	139,0	195,2	118,5	136,5	193,2	116,7	
September	118,3	138,2	194,2	118,2	137,0	191,6	118,7	139,1	195,4	118,4	136,4	193,1	116,1	
Oktober	119,0	139,1	195,3	119,0	138,0	192,9	119,4	139,9	196,5	118,9	137,0	193,9	116,3	
November	119,2	139,3	195,6	119,2	138,2	193,2	119,6	140,1	196,9	119,2	137,3	194,4	116,4	
Dezember	119,3	139,4	195,8	119,3	138,3	193,4	119,7	140,3	197,0	119,3	137,5	194,5	116,5	
1985 Januar	120,0	140,2	197,0	119,9	139,0	194,3	120,5	141,2	198,4	120,1	138,4	195,8	117,4	
Februar	120,5	140,8	197,8	120,5	139,7	195,3	121,0	141,8	199,2	120,8	139,2	197,0	118,4	
März	120,9	141,3	198,4	120,8	140,0	195,8	121,4	142,3	199,8	121,2	139,7	197,6	119,1	
April	121,1	141,5	198,8	121,1	140,4	196,3	121,6	142,5	200,2	121,5	140,0	198,1	119,7	
Mai	121,2	141,6	198,9	121,3	140,6	196,6	121,8	142,7	200,5	121,7	140,2	198,5	120,2	
Juni	121,3	141,7	199,1	121,3	140,6	196,6	121,9	142,8	200,7	121,6	140,1	198,3	119,6	
Juli	121,1	141,5	198,8	121,1	140,4	196,3	121,7	142,6	200,3	121,3	139,8	197,8	118,8	
August	120,7	141,0	198,1	120,7	139,9	195,6	121,4	142,3	199,8	120,7	139,1	196,8	117,6	

Quelle: Statistisches Bundesamt.

den entsprechenden 1976er Indizes, zu durchlaufen- den Reihen verkettet worden, die bis 1958 und für Wohngebäude insgesamt bis 1913 zurückreichen.

Statistik der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Bei der Statistik der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel handelt es sich um eine monatliche Stichprobenerhebung, bei der in Rheinland-Pfalz in fünf Berichtsgemeinden rund 80 Betriebsbetriebe einbezogen sind. Die Erhebung basiert auf den von Genossenschaften, Einzelhandelsgeschäften und Handwerksbetrieben monatlich abgegebenen Meldungen über die Verbraucherpreise für wichtige Betriebsmittel und Leistungen. Die Daten werden zentral beim Statistischen Bundesamt aufbereitet und durch die Berechnung eines entsprechenden Indexes ausgewertet.

Statistik der Kaufwerte für Bauland

Das Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 sieht in § 2 Nr. 5 und § 7 die Erhebung von Preisen für Grundstücke vor. Für das Land Rheinland-Pfalz hat der § 7 insofern eine Änderung erfahren, als die vom Ministerium des Innern und für Sport und vom Ministerium der Finanzen erlassene Verwaltungsvorschrift über die Zusammenarbeit zwischen den Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse, den Finanzämtern und dem Statistischen Landesamt vom 1. Dezember 1981 vorschreibt, daß ab 1982 die Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse bei den Kataster- und Stadtvermessungsämtern im Auftrag der Finanzämter Kopien der Vorderseite der Kaufpreiskarteikarten dem Statistischen Landesamt übersenden.

In der ab 1962 als Totalerhebung durchgeführten Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte von Bauland sind alle veräußerten unbebauten Grundstücke erfaßt, die im Baugebiet einer Gemeinde liegen und deren Kaufwert mindestens 200 DM beträgt. Einer Einbeziehung auch der bebauten Grundstücke steht die Schwierigkeit entgegen, daß die Kaufverträge in der Regel keine Aufteilung zwischen dem für Grund und Boden einerseits und dem für Gebäude bzw. Gebäudereste andererseits gezahlten anteiligen Kaufpreis enthalten. Die Kaufsummen und Durchschnittswerte schließen Beträge für die Grundstückserschließung, Aufwuchs und dergleichen ein, nicht aber die Grunderwerbsnebenkosten (Vermessungskosten, Makler-, Notariats- und Gerichtsgebühren, Grunderwerbsteuer). Die veräußerten Parzellen werden nach der Person des Veräußerers oder Erwerbers sowie nach den Grundstücksarten baureifes Land, Rohbauland, Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen unterschieden. Aus der Gliederung des Baulands nach seiner Lage läßt sich ersehen, ob die veräußerten Grundstücke in einer Geschäftsgegend, in einem Wohngebiet in offener oder geschlossener Bauweise oder in einem Gebiet liegen, in dem sich Geschäfte und Wohnhäuser so mischen, daß von einem eindeutigen Charakter in der einen oder anderen Richtung nicht gesprochen werden kann. Außerdem wird unterschieden nach Industrie- und Dorfgebiet. Die Aufbereitung erfolgt viertel-

jährlich und jährlich, wobei die vierteljährlichen Zahlen nur als vorläufig angesehen werden, während die Jahreszahlen durch die in ihnen enthaltenen Nachmeldungen das Ergebnis einer Totalerhebung sind. Die Ergebnisse werden nach Kreisen und kreisfreien Städten und für alle Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern ausgewiesen.

Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz

Die ab 1974 als Totalerhebung und jährlich aufbereitete Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz gibt Aufschluß über die Höhe der Kaufwerte, ihre regionalen Unterschiede sowie ihre Abhängigkeit von den natürlichen Ertragsbedingungen. Nach der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern und für Sport und des Ministeriums der Finanzen vom 1. Dezember 1981 sind ab 1. Januar 1982 auch für diese Statistik nicht mehr die Finanzämter, sondern die Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse bei den Kataster- und Stadtvermessungsämtern berichtspflichtig.

Da der Preis eines landwirtschaftlichen Grundstücks je Flächeneinheit neben der natürlichen Ertragsfähigkeit von einer Reihe von weiteren Faktoren beeinflusst wird — ähnliches gilt für die Kaufwerte für Bauland —, können die Preisangaben je Kauffall nicht zu durchschnittlichen Kaufpreisen im Sinne einer Preisstatistik, welche die Preisangaben auf genau bezeichnete und vergleichbare Waren bezieht, sondern nur zu durchschnittlichen Kaufwerten je Einheit zusammengefaßt werden. Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß die Preisangaben ohne Berücksichtigung der den Preis des Einzelfalls beeinflussenden Eigenschaften und ohne jegliche Gewichtung der Kauffälle nach diesen Eigenschaften in die Berechnung des durchschnittlichen Kaufwertes eingehen.

Zur Erfassung der für die Statistik notwendigen Angaben wird von den zuständigen Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für jeden Kauffall, bei dem die veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung mindestens 10 Ar groß ist, eine Kaufpreiskarteikarte ausgefüllt und eine Kopie davon dem Statistischen Landesamt übersandt. Kauffälle, die neben Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung auch Flächen anderer Nutzungen bzw. anderer Nutzungsteile oder anderer Vermögensarten umfassen, werden nur dann einbezogen, wenn vom Kaufpreis mehr als 90% auf die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung entfallen. Die anfallenden Daten betreffen weiterhin die Rechtsform von Veräußerer und Erwerber, die Art des veräußerten Grundstücks (Flächen mit Gebäuden und mit Inventar, mit Gebäuden und ohne Inventar bzw. ohne Gebäude und ohne Inventar), die Größe des Grundstücks (Gesamtfläche, Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung), Höhe der Gegenleistung (Geldleistung, übernommene Hypotheken, Wert des Tauschgrundstücks) sowie die volle Ertragsmeßzahl der veräußerten Fläche. Die Ergebnisse werden nach Kreisen und kreisfreien Städten publiziert.

Nicht in die Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz einbezogen werden Verkäu-

fe von nur landwirtschaftlichen Hofstellen, Verkäufe von Inventar allein, Eigentumsübergänge aufgrund von Flurbereinigungen, Enteignungen oder Zwangsversteigerungen sowie Flächen, die als baureifes Land, Rohbauland, Industrieland, Land für Verkehrszwecke oder Freiflächen verkauft werden oder die Preise sie als solche kennzeichnen. Letztere gehören in die Statistik der Kaufwerte für Bauland.

Sonstige Preisstatistiken

Schließlich sind noch folgende, vom Statistischen Bundesamt erstellte Preisstatistiken zu nennen: Die Statistik der Grundstoffpreise erfaßt monatlich die Einkaufspreise der vom produzierenden Gewerbe bezogenen Rohstoffe und Zwischenprodukte inländischer und ausländischer Herkunft. Bei der Statistik

der Ein- und Ausführpreise werden monatlich der Einfuhrpreisindex für etwa 750, der Ausführpreisindex für etwa 500 Warengruppen und Waren, die Terms of Trade sowie absolute Einfuhrpreise für rund 120 Produkte ermittelt. Beim internationalen Vergleich der Preis für die Lebenshaltung werden monatlich Verbrauchergeldparitäten für 50 Länder und Reisegeldparitäten halbjährlich für zehn Länder dargestellt. Hinzu kommt die Statistik der Verkehrspreise, die Angaben enthält über Fahrpreise, Flugpreise und Frachtsätze des Eisenbahn-, Straßen-, Schiffs- und Luftverkehrs sowie der Spedition. Ferner werden Indizes der Seefrachten und der Gebühren des Post- und Fernmeldewesens in langfristiger Übersicht nachgewiesen.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Landwirtschaftlicher Grundstücksmarkt 1984

Seit 1974 werden im Rahmen der amtlichen Statistik die Veräußerungen von landwirtschaftlichen Grundstücken erfaßt. Bis 1981 waren die Finanzämter berichtspflichtig, ab 1. Januar 1982 sind es in Rheinland-Pfalz die Gutachterausschüsse bei den Kataster- und Stadtvermessungsämtern. Einbezogen in die Kaufwertstatistik für landwirtschaftlichen Grundbesitz werden alle Kauffälle, bei denen die veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung mindestens 10 Ar beträgt. Die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung, im folgenden kurz Landwirtschaftsfläche genannt, umfaßt im wesentlichen Acker- und Grünland und deckt sich nicht mit der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Agrarstatistik, die sich auch auf Rebflächen, Obstanlagen und Flächen des Erwerbsgartenbaus bezieht. Kauffälle, die neben Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung auch Flächen anderer Nutzungen umfassen, werden nur dann einbezogen, wenn vom Kaufpreis mehr als 90% auf die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung entfallen.

Der statistische Bogen enthält neben Daten zur Identifizierung des veräußerten Grundstücks Angaben über die Rechtsform von Veräußerer und Erwerber, über die Art des veräußerten Grundstücks (Flächen mit Gebäuden und mit Inventar, mit Gebäuden und ohne Inventar bzw. ohne Gebäude und ohne Inventar), über die Größe des Grundstücks (Gesamtfläche, Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung), über die Höhe der Gegenleistung sowie über die Ertragsmeßzahl der veräußerten Fläche.

Nicht in diese Statistik einzubeziehen sind Verkäufe von nur landwirtschaftlichen Hofstellen, Verkäufe von Inventar allein, Eigentumsübergänge aufgrund von Flurbereinigungen, Enteignungen oder Zwangsversteigerungen sowie Flächen, die als baureifes Land, Rohbauland, Industrieland, Land für Verkehrszwecke oder Freiflächen verkauft werden. Letztere gehören in die Statistik der Baulandpreise.

Da der Preis eines landwirtschaftlichen Grundstücks neben der natürlichen Ertragsfähigkeit von

einer Reihe weiterer Faktoren beeinflußt wird, können die Preisangaben nicht zu durchschnittlichen Kaufpreisen im Sinne einer Preisstatistik, die die Preisangaben auf genau bezeichnete und vergleichbare Waren bezieht, sondern nur zu durchschnittlichen Kaufwerten je Einheit zusammengefaßt werden. Das bedeutet, daß die Preisangaben ohne Berücksichtigung der den Preis des Einzelfalles beeinflussenden Eigenschaften und ohne jegliche Gewichtung der Kauffälle in die Berechnung des durchschnittlichen Kaufwertes eingehen. Gleichwohl liefert diese Statistik detaillierte Daten über Marktpreise, ihre regionalen Unterschiede und ihre Abhängigkeit von den natürlichen Ertragsbedingungen.

Ein Hektar kostet 28 300 DM

Im Jahre 1984 wechselten in Rheinland-Pfalz 6 444 landwirtschaftliche Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 3 521 ha bei einer Landwirtschaftsfläche von 3 518 ha den Eigentümer. Die in der Agrarstatistik erfaßten rheinland-pfälzischen Betriebe bewirtschafteten 1984 an Acker- und Grünland rund 654 000 ha. Demnach waren rund 0,5% dieser landwirtschaftlichen Flächen auf dem Grundstücksmarkt disponibel. Die Kaufsumme belief sich auf fast 100 Mill. DM. Der Kaufwert je Hektar betrug rund 28 300 DM (Vorjahr 28 100 DM). Gegenüber dem Vorjahr wurden 7,6% mehr Grundstücke veräußert. Die Gesamtfläche überstieg dabei die des Vorjahres um ein Zehntel, der Hektarpreis lag um 0,7% höher.

Fast die Hälfte dieser Veräußerungsfälle betraf Grundstücke mit einer Landwirtschaftsfläche von 25 Ar bis 1 ha, nicht ganz zwei Fünftel lagen in der Größenklasse 10 bis 25 Ar. Grundstücke in der Größe von einem bis zwei Hektar hatten einen Anteil von etwas mehr als 10%, die mit 2 bis 5 Hektar einen von 3,1%. Lediglich 22 Kaufverträge oder 0,3% wiesen eine Fläche von 5 und mehr Hektar aus. Je größer die Fläche des Veräußerungsfalles, desto höhere Hektarpreise wurden erzielt. Für Fälle mit einer

Verkäufe von Landwirtschaftsflächen nach Regierungsbezirken sowie nach Größenklassen der Grundstücke und ihren Ertragsmeßzahlen 1984

Regierungsbezirk Größenklasse	Ver- äußerungs- fälle	Gesamt- fläche	Fläche der landwirt- schaftlichen Nutzung (FdN)	Kaufwert		FdN je Ver- äußerungs- fall	Ertrags- meßzahl je Ar 1)
				ins- gesamt	je ha FdN		
	Anzahl	ha		1 000 DM	DM	ha	
<u>Regierungsbezirk</u>							
Koblenz	2 846	1 543	1 542	30 511	19 790	0,54	44
Trier	1 501	902	901	15 871	17 610	0,60	38
Rheinhausen-Pfalz	2 097	1 076	1 075	53 308	49 592	0,51	61
<u>Fläche der landwirtschaft- lichen Nutzung</u>							
0,1 - 0,25 ha	2 534	422	421	11 925	28 319	0,17	48
0,25 - 1 "	3 032	1 508	1 507	40 419	26 817	0,50	47
1 - 2 "	655	879	878	25 338	28 844	1,34	47
2 - 5 "	201	559	559	17 167	30 738	2,78	47
5 und mehr "	22	153	153	4 841	31 704	6,94	46
<u>Ertragsmeßzahl je Ar</u>							
unter 30	631	311	310	4 634	14 951	0,49	26
30 - 40	2 033	1 166	1 165	17 880	15 350	0,57	36
40 - 50	1 647	933	933	18 728	20 072	0,57	44
50 - 60	736	352	352	11 993	34 090	0,48	54
60 und mehr	1 397	759	758	46 455	61 264	0,54	75
Veräußerungsfälle insgesamt	6 444	3 521	3 518	99 690	28 338	0,55	47

1) Meßzahlen von 1 bis 100.

Landwirtschaftsfläche von mehr als 5 ha errechnet sich ein durchschnittlicher Hektarpreis von 31 700 DM. Die 2 bis 5 ha großen Grundstücke kosteten im Schnitt 30 700 DM, diejenigen mit einer Größe von 1 bis 2 Hektar 28 800 DM und schließlich die Flächen zwischen 0,25 und 1 Hektar 26 800 DM. Eine Ausnahme bilden die kleineren Grundstücke von 10 bis 25 Ar, für die durchschnittlich 28 300 DM umgerechnet für 1 ha bezahlt wurde. Die durchschnittliche Fläche je Veräußerungsfall stieg auf 55 Ar. Das ist der höchste Wert seit Beginn dieser Statistik im Jahre 1974.

Ein Siebtel der Fälle mit sehr gutem Boden

Die Bodengüte spielt bei den Verkäufen von landwirtschaftlichen Grundstücken eine wichtige Rolle. Gemessen wird sie an dem besten Boden des ehemaligen deutschen Reiches, der die Meßzahl 100 für 1 Ar erhielt. Fast ein Drittel der Fälle betraf Flächen, deren Ertragsmeßzahl pro Ar zwischen 30 und 40 lag. In die Klasse 40 bis 50 fielen mehr als ein Viertel der Käufe und zwischen 50 und 60 rund ein Neuntel. In der nächstbesseren Bodenkategorie (Ertragsmeßzahl zwischen 60 und 70 je Ar) fanden sich noch 7,5% der verkauften Grundstücke. Immerhin ein Siebtel der Verträge wiesen Ertragsmeßzahlen von mehr als 70 aus.

Hektarpreis wächst mit Bodengüte

Für Grundstücke mit einer Bodenwertmeßzahl von über 70 je Ar errechnet sich ein Hektarpreis von 62 700 DM, die Gruppe 60 bis 70 weist einen Betrag von 58 600 DM aus. Bedeutend billiger wurden die Grundstücke in der Ertragsmeßzahl-Klasse 50 bis 60 erworben (34 100 DM). Eine ähnliche, jedoch nicht

so starke, Verbilligung erfolgte zur nächst niedrigeren Bodenkategorie (Ertragsmeßzahl von 40 bis 50 je Ar), wo nur noch etwa 20 100 DM für den Hektar bezahlt wurde. In der Gruppe 30 bis 40 lag der Preis je Hektar bei 15 400 DM und bei den Flächen mit der Bodengüte 20 bis 30 bei 14 800 DM. Für die schlechtesten Böden (Ertragsmeßzahl unter 20) errechnet sich erstaunlicherweise ein Hektarpreis von 17 000 DM. Er liegt damit weit über den Preisen der beiden nächst höheren Bodengüteklassen. Es handelt sich hierbei überwiegend um Flächen mit einer Größe von 10 Ar bis 1 ha. Der von der Bodengüte unabhängige Wert dieser Grundstücke für die Käufer liegt möglicherweise darin, daß diese Flächen in der Marktnähe zu Ballungszentren liegen, in weiterer Zukunft Bauland werden können oder daß sie für die Käufer einen hohen Freizeitwert haben. Die im Mittel größten Grundstücke je Kauffall (0,57 ha) lagen mit ihrer Bodengüte zwischen 30 und 50 je Ar, in der Klasse unter 20 betrug die veräußerte Fläche durchschnittlich 35 Ar je Fall.

Bester Boden in Rheinhausen-Pfalz

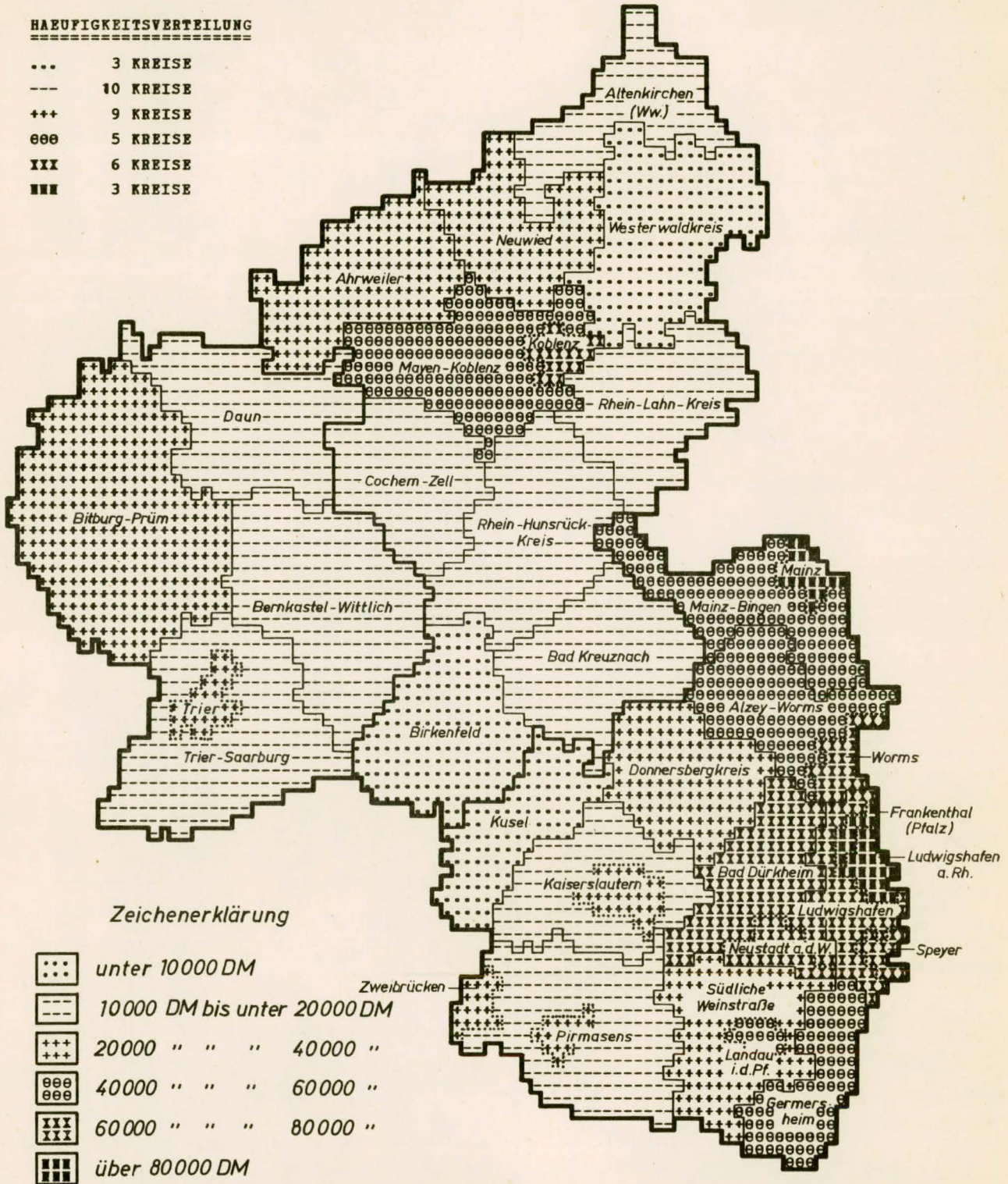
Während die durchschnittliche Ertragsmeßzahl je Ar für Rheinhausen-Pfalz bei 61 liegt, errechnet sich für den Regierungsbezirk Koblenz eine Bodengüte von 44 und für den Bezirk Trier von 38. Entsprechend sind die Hektarpreise ausgefallen. Im Regierungsbezirk Rheinhausen-Pfalz wurden durchschnittlich 49 600 DM für einen Hektar bezahlt, im Bezirk Koblenz 19 800 DM und in Trier 17 600 DM.

Auch die Relation Fläche zur Kaufsumme verdeutlicht diese Unterschiede. Bei 44% der insgesamt im Jahre 1984 veräußerten Fläche im Regierungsbezirk

Durchschnittlicher Kaufwert je Hektar Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung 1984

HÄUFIGKEITSVERTEILUNG

...	3 KREISE
---	10 KREISE
+++	9 KREISE
000	5 KREISE
XXX	6 KREISE
HHH	3 KREISE



Verkäufe von Landwirtschaftsflächen in den Verwaltungsbezirken 1984

Verwaltungsbezirk	Ver- äußerungs- fälle	Fläche der landwirt- schaftlichen Nutzung (FdlN) ha	Kaufwert		FdlN je Ver- äußerungs- fall ha	Ertrags- meßzahl je Ar 1)
			ins- gesamt	je ha FdlN		
	Anzahl	ha	1 000 DM	DM	ha	
Kreisfreie Stadt Koblenz	48	14	1 001	73 607	0,28	64
Landkreise						
Ahrweiler	253	119	3 691	31 085	0,47	45
Altenkirchen (Ww.)	237	89	1 111	12 418	0,38	43
Bad Kreuznach	295	166	2 318	13 937	0,56	51
Birkenfeld	170	139	1 236	8 893	0,82	38
Cochem-Zell	241	211	2 551	12 068	0,88	40
Mayen-Koblenz	553	275	11 699	42 572	0,50	48
Neuwied	50	26	593	23 071	0,51	43
Rhein-Hunsrück-Kreis	294	201	2 449	12 180	0,68	40
Rhein-Lahn-Kreis	250	138	2 472	17 892	0,55	48
Westerwaldkreis	455	164	1 390	8 504	0,36	38
RB Koblenz	2 846	1 542	30 511	19 790	0,54	44
Kreisfreie Stadt Trier	51	11	318	29 384	0,21	49
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	325	141	1 578	11 170	0,43	40
Bitburg-Prüm	447	380	9 119	24 015	0,85	36
Daun	344	215	2 554	11 846	0,63	37
Trier-Saarburg	334	154	2 302	14 960	0,46	39
RB Trier	1 501	901	15 871	17 610	0,60	38
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	18	13	1 397	108 417	0,72	69
Kaiserslautern	18	11	279	24 883	0,62	50
Landau i.d.Pfalz	22	8	396	48 844	0,37	80
Ludwigshafen a.Rhein	30	28	4 025	145 137	0,92	65
Mainz	38	15	2 270	147 996	0,40	66
Neustadt a.d.Weinstr.	22	4	284	76 580	0,17	53
Pirmasens	10	5	160	29 717	0,54	35
Speyer	7	2	190	78 508	0,35	67
Worms	51	29	2 047	71 019	0,57	75
Zweibrücken	27	18	402	21 908	0,68	44
Landkreise						
Alzey-Worms	268	195	10 657	54 579	0,73	73
Bad Dürkheim	80	35	2 169	61 502	0,44	67
Donnersbergkreis	207	177	6 304	35 681	0,85	48
Germersheim	206	73	3 782	51 976	0,35	69
Kaiserslautern	162	66	746	11 379	0,40	39
Kusel	184	69	551	8 034	0,37	39
Südliche Weinstraße	244	68	2 532	37 460	0,28	69
Ludwigshafen	188	94	7 306	78 085	0,50	67
Mainz-Bingen	212	128	7 297	56 775	0,61	71
Pirmasens	103	37	514	13 819	0,36	41
RB Rheinhessen-Pfalz	2 097	1 075	53 308	49 592	0,51	61
Rheinland-Pfalz	6 444	3 518	99 690	28 338	0,55	47
Kreisfreie Städte	342	158	12 769	80 612	0,46	62
Landkreise	6 102	3 360	86 921	25 873	0,55	47

1) Meßzahlen 1 bis 100.

Koblenz erreichten die dort bezahlten Beträge nur 31% der Kaufsumme. Dagegen wurden in Rheinhessen-Pfalz nicht ganz 31% der Fläche veräußert, jedoch mehr als 53% der Kaufsumme erzielt. In Trier lag diese Relation bei nicht ganz 26% der Fläche zu 16% der Kaufsumme. Die größten Grundstücke wechselten mit im Schnitt 0,6 ha je Kaufvertrag im Bezirk Trier den Eigentümer.

In Mainz und Ludwigshafen am teuersten

Am meisten bezahlt wurde für einen Hektar in Mainz (148 000 DM), Ludwigshafen (145 000 DM) und in Frankenthal (108 000 DM). Hohe Hektarpreise ergaben sich auch für Speyer (79 000 DM), den Landkreis Ludwigshafen (78 000 DM), Neustadt (77 000 DM) und Koblenz (74 000 DM). Am billigsten waren landwirtschaftliche Grundstücke in den Landkreisen Kusel (8 000 DM), Westerwald (8 500 DM), Birkenfeld (9 000 DM) und Bernkastel-Wittlich (11 000 DM).

Landau mit dem besten Boden

Die durchschnittliche Bodenwertzahl je Ar der veräußerten Ländereien lag am höchsten in Landau (80), Worms (75) sowie in den Kreisen Alzey-Worms (73) und Mainz-Bingen (71). Die niedrigsten Werte verzeichneten Pirmasens (35) sowie die Kreise Bitburg-Prüm (36), Daun (37), Westerwald und Birkenfeld (je 38). Dies läßt erkennen, daß nicht allein die Bodengüte, sondern auch ein günstiger Standort den Preis bestimmen. Wenn auch in Mainz und Ludwigshafen die landwirtschaftlichen Grundstücke am teuersten sind, so haben sie doch nicht die besten Böden, da sie nach der Ertragsmeßzahl erst an elfter und zwölfter Stelle in der Rangfolge liegen. Umgekehrt wurde im Landkreis Kusel zwar der niedrigste Hektarpreis erzielt, nach der Bodengüte nimmt Kusel jedoch den achtletzten Platz ein. Landau mit dem durchschnittlich besten Boden kommt in der Preisrangliste erst an dreizehnter Stelle, Worms an achter und Mainz-Bingen an zehnter.

Die größten Grundstücke je Kauffall wurden in Ludwigshafen (0,92 ha) veräußert. Es folgen die Kreise Cochem-Zell (0,88 ha) und Bitburg-Prüm (0,85 ha). Die kleinsten Flächen wechselten mit 17 Ar in Neustadt und mit 21 Ar in Trier den Eigentümer.

Ein Hektar kostet im Bundesdurchschnitt 10 000 DM mehr

Da die Daten für das Bundesgebiet für das Jahr 1984 noch nicht vorliegen, wird zu Vergleichszwecken auf die des Vorjahres zurückgegriffen. 1983 lag der durchschnittliche Hektarpreis der Landwirtschaftsfläche im Bundesgebiet für die Veräußerungsfälle ohne Gebäude und ohne Inventar — diese Unterscheidung ist auf Bundesebene erforderlich, da dort die Verkäufe mit Gebäuden mit und ohne Inventar ein größeres Gewicht haben — mit 38 100 DM um 10 000 DM über dem von Rheinland-Pfalz. In der Gliederung nach Ertragsmeßzahlen ist die Differenz in den meisten Klassen noch größer, in der Gruppe 40 bis 50 ist mit 36 100 DM und einem Unterschied von 17 000 DM im Bundesgebiet fast das Doppelte zu zahlen wie in Rheinland-Pfalz. Nur bei den guten Böden (Ertragsmeßzahl

Verkäufe von Landwirtschaftsflächen 1974 - 1984

Jahr	Veräußerungsfälle	Gesamtfläche	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdlN)	Kaufwert		Durchschnittliche FdlN je Veräußerungsfall
				insgesamt	je ha FdlN	
	Anzahl	ha		1 000 DM	DM	ha
1974	4 383	2 212	2 206	35 686	16 176	0,50
1975	5 325	2 792	2 781	45 943	16 520	0,52
1976	6 382	3 211	3 202	48 652	15 188	0,50
1977	6 650	3 390	3 379	59 764	17 685	0,51
1978	6 975	3 588	3 575	67 403	18 852	0,51
1979	6 579	3 343	3 329	67 592	20 302	0,51
1980	5 777	2 995	2 981	69 077	23 176	0,52
1981	5 331	2 735	2 730	73 027	26 751	0,51
1982	5 914	2 949	2 948	76 460	25 936	0,50
1983	5 988	3 201	3 200	90 016	28 129	0,53
1984	6 444	3 521	3 518	99 690	28 338	0,55

größer als 60 je Ar) liegt der Bundesdurchschnitt um 2300 DM niedriger. 1983 hatten die verkauften Grundstücke in Rheinland-Pfalz im Schnitt eine Größe von 53 Ar, im Bundesgebiet waren sie mit 121 Ar mehr als doppelt so groß.

Hektarpreis in zehn Jahren um 75% gestiegen

Seit 1974 stieg der durchschnittliche Hektarpreis für Landwirtschaftsflächen um 75%. Im Vergleich zur Entwicklung der Baulandpreise insgesamt bedeutet dies eine um 20 Prozentpunkte geringere Steigerungsrate. Baureifes Land verteuerte sich in diesem Zeitraum auf fast das Dreifache. Nahezu konstant geblieben ist der Quadratmeterpreis für Rohbauland (+ 3,9%). Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte erhöhte sich von 1974 bis 1984 um 53% und blieb damit um 22 Punkte hinter der Preisentwicklung der landwirtschaftlichen Grundstücke zurück. Im Bundesdurchschnitt stiegen allein bis 1983 die Hektarpreise für Acker- und Grünland um 129%, also erheblich stärker als in Rheinland-Pfalz.

1974 hatten in Rheinland-Pfalz rund ein Drittel weniger landwirtschaftliche Flächen als 1984 den Eigentümer gewechselt. Mit fast 7 000 Fällen wurden im Jahre 1978 die meisten Kaufverträge abgeschlossen. Bis 1981 sank die Zahl auf 5 300 und steigt seitdem wieder an. Die in diesen Zahlen enthaltenen Veräußerungsfälle mit Gebäuden mit und ohne Inventar, die schon in der Vergangenheit von geringer Bedeutung waren, gingen weiter zurück. Von 29 im Jahre 1974 verminderte sich die Anzahl dieser Fälle auf 2 im Jahre 1984 (1983: 1 Fall).

Während in den Jahren 1974 bis 1976 für Einheiten von 5 und mehr Hektar die deutlich geringsten Hektarpreise erzielt wurden, errechnen sich für 1982 und 1984 für diese Verkäufe die höchsten Durchschnittspreise. Die Umsätze pro Hektar in der Größenklasse

2 bis 5 Hektar ergaben bis auf die letzten beiden Jahre überwiegend Erträge, die sich unter denen der kleineren Parzellen befanden. 1984 lagen die Preise in den Klassen 10 bis 25 Ar sowie 25 bis 100 Ar um rund zwei Drittel, in der Gruppe 1 bis 2 Hektar um vier Fünftel höher als zehn Jahre zuvor.

Die Grundstücke, die 2 bis 5 Hektar groß waren, verteuerten sich auf mehr als das Doppelte, die größeren gar auf weit mehr als das Sechsfache. Die Entwicklung in den verschiedenen Bodengütegruppen ergibt nicht solch große Unterschiede.

Diplom-Betriebswirt (FH) E. Braun

Flächenbedarf für Hochbauten

Nach dem Bundesbaugesetz sollen die Bauleitpläne eine geordnete städtebauliche Entwicklung und eine dem Wohl der Allgemeinheit entsprechende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten und dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern. Viele Aspekte bei der Verwirklichung des komplexen Planungsrechts werden für Beteiligte und Betroffene besser verständlich, wenn eine objektiv nachvollziehbare Ableitung der Ziele und Zwecke der Planung gelingt. Gleichzeitig soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit eine intensivere Bauflächennutzung stattgefunden hat.

Die nach Gebäudearten gegliederte Entwicklung des Bauflächenbedarfs, aber mehr noch die aufgezeigten Auswertungsmöglichkeiten können den Trägern und Beteiligten der kommunalen Bauleitplanung (Gemeinden, Fachplanungsbüros, beteiligte und betroffene Bürger) als Anregung dienen, die Planungen mit statistischem Material zu fundieren.

Methodische Hinweise

Die im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik erhobenen Daten, wie sie seit der zu Beginn des Jahres

1979 in Kraft getretenen Reform vorliegen, ermöglichen Rückschlüsse auf den Bauflächenbedarf. Dabei erschien es sinnvoll, auf die genehmigten und nicht auf die fertiggestellten Bauvorhaben als Ausgangsmaterial zurückzugreifen, weil die Auswertungsergebnisse der Baufertigstellungen auf der Basis der sogenannten Reform erst seit 1983 vorliegen, andererseits aber das frühzeitige Erkennen von Entwicklungen für in die Zukunft gerichtete Planungszwecke von besonderem Interesse ist. Der Zeitraum zwischen dem Planaufstellungsbeschluß, der ein Bebauungsplanverfahren einleitet, und der Erteilung der ersten Baugenehmigung umfaßt meist mehrere Jahre. Hinzu kommt, daß verbindliche Bauleitpläne aus zuvor aufzustellenden Flächennutzungsplänen, in denen die Grundkonzeption der Planung festgelegt wurde, zu entwickeln sind. Angesichts der Verfahrensdauer kommt es darauf an, sich abzeichnende Entwicklungen so weit wie möglich planerisch vorwegzunehmen. Nur in dem Maße, in dem den Kommunen eine intensivere Bauflächennutzung gelingt, kann das Planungsverfahren befriedigen.

Genehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau nach Lage der Gebäude 1979 - 1984

Lage der Gebäude	Grundstücksfläche in neu errichteten Gebäuden							
	Ins- gesamt	1979	1980	1981	1982	1983	1984	D 1979/84
1 000 m²								%
Wohnbau								
Im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans	38 579	7 916	7 882	6 418	5 089	6 400	4 875	64,6
Innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen	19 130	4 221	4 101	3 256	2 422	2 921	2 211	32,0
Mit einfachem Bebauungsplan	3 461	1 255	833	459	284	376	254	5,8
Ohne Bebauungsplan	15 669	2 966	3 268	2 796	2 138	2 545	1 956	26,2
Im Außenbereich	1 994	495	386	366	212	320	214	3,3
I n s g e s a m t	59 703	12 631	12 368	10 040	7 723	9 641	7 300	100,0
Nichtwohnbau								
Im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans	18 170	3 401	3 765	2 875	2 344	3 111	2 674	40,8
Innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen	15 412	3 189	2 900	2 201	2 003	2 928	2 192	34,6
Mit einfachem Bebauungsplan	2 373	625	503	285	242	428	290	5,3
Ohne Bebauungsplan	13 039	2 564	2 398	1 916	1 761	2 500	1 902	29,3
Im Außenbereich	10 936	2 481	2 264	1 611	1 177	2 071	1 332	24,6
I n s g e s a m t	44 518	9 071	8 929	6 687	5 524	8 110	6 198	100,0

Durchschnittlicher Bauflächenbedarf je Gebäude nach Gebäudearten 1979 - 1984

Gebäudeart	1979	1980	1981	1982	1983	1984
m ²						
Wohnbau						
Wohngebäude mit						
1 Wohnung	736	740	743	741	723	674
2 Wohnungen	858	860	845	792	794	780
3 oder mehr Wohnungen	1 359	1 149	1 210	1 217	1 212	1 074
Wohnheime	2 135	3 162	1 659	3 517	2 300	3 350
Alle Wohngebäude	850	790	802	799	792	743
Nichtwohnbau						
Anstaltsgebäude	8 050	7 869	7 557	11 613	4 759	5 994
Büro- und Verwaltungsgebäude	2 324	2 854	3 105	2 464	2 351	3 001
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	2 619	2 535	2 242	1 895	2 671	2 237
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	3 833	3 610	3 544	3 254	4 125	3 728
Fabrik- und Werkstattgebäude	4 813	4 704	4 165	3 187	4 738	4 324
Handels- und Lagergebäude	3 982	3 407	3 658	3 853	4 419	3 729
Hotels und Gaststätten	1 778	2 107	2 235	2 060	1 825	1 879
Sonstige Nichtwohngebäude	4 081	3 491	3 387	3 049	3 672	3 082
Alle Nichtwohngebäude	3 473	3 289	3 171	2 844	3 442	3 180

Qualifizierte Bebauungspläne gewinnen an Bedeutung

Den Gemeinden als Trägern der Planungshoheit stehen zahlreiche Möglichkeiten offen, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Dies geschieht insbesondere durch das Aufstellen von Bebauungsplänen. Hier ist zunächst der qualifizierte Bebauungsplan zu erwähnen, der ein vorgeschriebenes Mindestmaß an Regelungen enthalten muß, nämlich Festsetzungen über die Art und das Maß der baulichen Nutzung, die überbaubaren Grundstücksflächen und über die örtlichen Verkehrsflächen.

In sogenannten Innenbereichen, das heißt innerhalb eines im Zusammenhang bebauten, zuvor nicht überplanten Ortsteiles, können einfache Bebauungspläne aufgestellt werden. Die darin getroffenen Fest-

setzungen werden gegebenenfalls durch weitere nach dem Gesetz ergänzt. In Innenbereichsgebieten ohne Bebauungsplan oder im Außenbereich sind gesetzliche Sonderregelungen getroffen.

Die nachfolgenden Ergebnisse dürfen nicht so interpretiert werden, als sei nur mit der Aufstellung qualifizierter Bebauungspläne das oberste Ziel der Bauleitplanung erreichbar, vielmehr haben alle Lagebereiche ihren besonderen Regelungsbedarf. Allerdings kommt für die Erschließung neuer Baugebiete dem qualifizierten Bebauungsplan das größte Gewicht zu. In dem Maße, in dem die Besiedelung bestehender Ortsteile erfolgt, werden die Innenbereichsgebiete weiter an Bedeutung für den Neubau verlieren.

Im Sechsjahresdurchschnitt liegen 55% aller Grundstücksflächen, die für Neubauten vorgesehen

Durchschnittlicher Bauflächenbedarf je Wohngebäude¹⁾ nach Gebäudearten und Haustypen 1979 - 1984

Gebäudeart Haustyp	1979	1980	1981	1982	1983	1984
m ²						
Wohngebäude mit 1 Wohnung	736	740	743	741	723	674
Einzelhaus	814	816	822	814	799	779
Doppelhaus	514	514	508	506	507	456
Gereihtes Haus	367	391	365	394	365	317
Sonstiger Haustyp	799	732	844	670	534	471
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	858	860	845	792	794	780
Einzelhaus	885	884	877	840	845	833
Doppelhaus	754	689	676	637	633	591
Gereihtes Haus	486	557	495	465	439	445
Sonstiger Haustyp	845	820	886	822	627	763
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	1 359	1 149	1 210	1 217	1 212	1 074
Einzelhaus	1 193	1 083	1 070	1 093	1 079	946
Doppelhaus	1 259	1 245	1 198	1 031	1 130	1 130
Gereihtes Haus	1 604	1 060	1 236	1 334	1 004	1 124
Sonstiger Haustyp	1 692	1 487	1 620	1 565	2 026	1 340
Alle Wohngebäude	786	786	801	796	789	739
Einzelhaus	839	841	849	835	828	804
Doppelhaus	651	631	642	644	638	608
Gereihtes Haus	459	461	467	553	506	431
Sonstiger Haustyp	1 219	1 149	1 431	1 329	1 661	1 172

1) Ohne Wohnheime.

Grundstücksflächen der genehmigten Gebäude¹⁾
nach Gebäudearten 1979 und 1984

Gebäudeart Haustyp	1979	1984
	1 000 m ²	
Wohnbau		
Wohngebäude mit 1 Wohnung	8 974	4 290
Einzelhaus	7 953	3 707
Doppelhaus	336	231
Gereihtes Haus	614	337
Sonstiger Haustyp	72	15
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	2 725	1 974
Einzelhaus	2 479	1 733
Doppelhaus	161	157
Gereihtes Haus	69	79
Sonstiger Haustyp	17	6
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	890	989
Einzelhaus	379	419
Doppelhaus	140	177
Gereihtes Haus	209	193
Sonstiger Haustyp	162	200
I n s g e s a m t	12 589	7 253
Einzelhaus	10 811	5 859
Doppelhaus	636	565
Gereihtes Haus	891	609
Sonstiger Haustyp	251	220
Nichtwohnbau		
Anstaltsgebäude	145	96
Büro- und Verwaltungsgebäude	300	309
Landwirtschaftliche Betriebs- gebäude	1 948	1 329
Nichtlandwirtschaftliche Betriebs- gebäude	5 332	3 777
Fabrik- und Werkstattgebäude	2 248	1 578
Handels- und Lagergebäude	2 548	1 786
Hotels und Gaststätten	132	98
Sonstige Nichtwohngebäude	1 347	687
I n s g e s a m t	9 071	6 198

1) Ohne Wohnheime.

waren, im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans. Dazu kommen 5,6% in Innenbereichen mit einfachem Bebauungsplan. In Gebieten ohne Bebauungsplan und im Außenbereich werden 28 bzw. 12,4% aller Neubauflächen vorgesehen. Bei der Betrachtung der prozentualen Anteile im Zeitvergleich fällt auf, daß sich Verschiebungen nur allmählich vollziehen, weil zahlreiche Baugebiete bereits vor Jahren erschlossen und noch nicht voll besiedelt sind, so daß sich gewisse Schwankungen je nach dem Verhältnis, in dem eine Bebauung in älteren bzw. jüngeren Baugebieten erfolgt, erklären lassen. Im Wohnbau sollten im Geltungsbereich qualifizierter Bebauungspläne 65% aller Wohnhausgrundstücke bebaut werden. Fünf Jahre zuvor lag diese Quote bei 63%. Im gleichen Zeitraum ging innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen der Flächenverbrauch von 33 auf 30% zurück. Insbesondere die Innenbereichsgebiete mit einfachem Bebauungsplan verloren an Bedeutung. Ihr Anteil fiel von 9,9% im Jahre 1979 auf 3,5% im Jahre 1984. Diese Verluste erhöhen aber nur zum Teil die Quoten in Bereichen qualifizierter Bebauungspläne, denn zunehmend wird die Innenbereichsbebauung nur mit Hilfe der per Gesetz vorgeschriebenen Regelungen, also ohne Bebauungsplan, vorgenommen. Dieser Anteil stieg im

Berichtszeitraum von 24 auf 27%. Die Außenbereichsbebauung machte im Sechsjahresdurchschnitt 3,3% aus.

Im Nichtwohnbau ist der Anteil der neu zum Bau vorgesehenen Flächen im Geltungsbereich von qualifizierten Bebauungsplänen deutlich geringer als im Wohnbau, obgleich auch hier eine steigende Tendenz zu erkennen ist. Wurde für 1984 ein Anteil von 43% am gesamten Nichtwohnbau registriert, waren es 1979 erst 38%. In Gebieten mit einfachem Bebauungsplan waren 4,7%, fünf Jahre zuvor 6,9% der Nichtwohnbauflächen beplant. Dieser Rückgang bewirkt auch hier in den Bereichen mit qualifiziertem Bebauungsplan und in Innenbereichen ohne Bebauungsplan Anteilserhöhungen. Die im Sechsjahresmittel zu verzeichnende Quote von Nichtwohngebäuden im Außenbereich ist mit 25% in erheblichem Umfang durch den Bau von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden bestimmt. Die Daten bestätigen, daß Gebieten mit qualifiziertem Bebauungsplan für Neubauten immer mehr Bedeutung zukommt, während solche in Innenbereichen weiter an Gewicht verlieren.

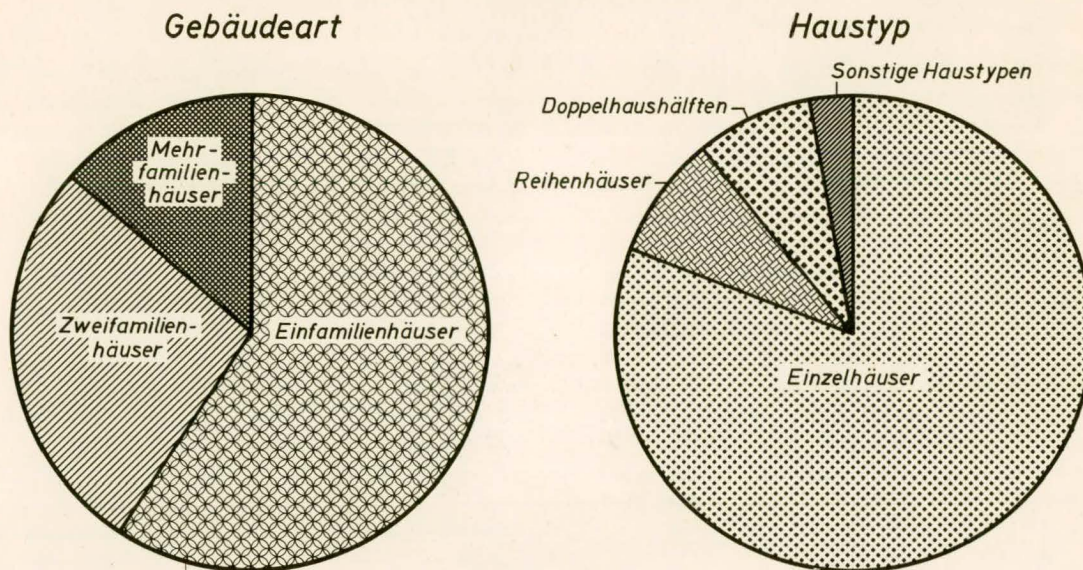
Bauflächenverbrauch nimmt ab

Im Durchschnitt der Jahre 1979 bis 1984 lag der mittlere jährliche Bauflächenverbrauch bei 17,4 km². Monatlich werden folglich Grundstücksflächen für Bauvorhaben vorgesehen, die der Größenordnung von 200 Fußballfeldern von jeweils 7 250 m² entsprechen. Für den Bau von Wohngebäuden wurden 57% aller Grundstücksflächen verbraucht, auf den übrigen 43% war der Bau von Nichtwohngebäuden vorgesehen. Allein für Ein- und Zweifamilienhäuser wurden 36 bzw. 15%, also mehr als die Hälfte der Gesamtfläche, für Mehrfamilienhäuser 5,8% geplant. Handels- und Lagergebäude wiesen einen Anteil von 12,3% auf, Fabrik- und Werkstattgebäude folgten mit 9,8%. Betriebsgebäude der Landwirtschaft erreichten 9,4%, Hotels und Gaststätten machten noch einmal 7,5% aus. Dabei ist der Flächenverbrauch rückläufig. So wurden 1984 rund 7,3 km² für Wohngebäude und 6,2 km² für Nichtwohngebäude, zusammen also 13,5 km², gebraucht. Fünf Jahre zuvor waren es 21,7 km², das sind 8,2 km² mehr als 1984. Dies ist aber weniger die Folge eines sparsameren Umgangs mit Bauland als des abnehmenden Bauens. Die tatsächlich überbaute Grundfläche der zum Bau vorgesehenen Gebäude betrug jährlich 3,1 km². Demnach wurden im Schnitt 18% der Grundstücksflächen von Gebäuden beansprucht.

Grundstücksfläche je Gebäude rückläufig

Differenziert man die Summe der von Bauwilligen ausgewählten Grundstücksflächen nach Gebäudearten, zeigt sich der Durchschnitt der Baugrundstücke. Nimmt man die Flächenergebnisse der Wohnheime und Anstaltsgebäude von der Betrachtung aus – wegen der geringen und zudem jährlich schwankenden Fallzahlen entstehen in starkem Maße zufallsbedingte Abweichungen –, läßt sich erkennen, daß der Bau von Einfamilienhäusern im Mittel des Jahres 1984 auf 674 m² großen Grundstücken vorgesehen war. Diese Grundstücksgröße geht seit 1981 zurück, und zwar auch bei Zweifamilienhäusern, während sich bei

Grundstücksflächenverbrauch nach Gebäudearten und Haustypen im Wohnbau¹⁾ 1984



¹⁾Ohne Wohnheime.

74/85

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Mehrfamilienhäusern erst 1984 eine allerdings recht erhebliche Verminderung der durchschnittlichen Grundstücksfläche zeigt. Betrachtet man die Resultate für alle Wohngebäude zusammen, erscheinen die Flächen recht niedrig. Dies ist jedoch verständlich, weil diese für die jeweiligen Gebäudearten nach ihrer Häufigkeit gewichtet zu dem Gesamtergebnis führen. Der zu beobachtende rückläufige Grundstücksflächenanteil dürfte nicht zuletzt durch die Baulandpreise stark beeinflusst sein. So erhöhte sich auf Landesebene der Quadratmeterpreis für baureifes Land seit 1979 von 52,73 DM auf zuletzt 81,50 DM (+ 55%). In den zwölf kreisfreien Städten errechnete sich für das Jahr 1984 sogar ein Preis von 202 DM je Quadratmeter Bauland, in den Landkreisen waren es 67 DM.

Die ausgewiesenen Grundstücksgrößen für Nichtwohngebäude vermitteln ein undifferenziertes Bild über den tatsächlichen Flächenbedarf in der jeweiligen Gebäudekategorie. Zu unterschiedlich sind die einzelnen Projekte, als daß man hieraus konkrete Bedarfsableitungen gewinnen könnte. Auch der Zeitvergleich liefert nur sehr verzerrte Ergebnisse, da in den verschiedenen Jahren wegen der im Vergleich zum Wohnbau deutlich stärkeren Heterogenität innerhalb einer Gebäudegruppe ausgeschlossen werden kann, daß die Verteilung der Gebäudearten, die in einer Kategorie ausgewiesen sind, gleich bleibt. Folglich differieren auch die Grundstücksflächen stark.

Der Bedarf an gemischten, gewerblichen und Sonderbauflächen ist regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. Je nach vorherrschendem Wirtschaftszweig und Infrastrukturausstattung wird eine individuelle,

die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigende Bedarfsplanung erforderlich, die nur sehr bedingt aus statistischen Durchschnittswerten abgeleitet werden kann. Deshalb muß auf eine tiefergehende Analyse des Nichtwohnbaubereichs verzichtet werden.

Freistehendes Einzelhaus beliebteste Bauform

Ein aufschlußreiches Beispiel für die vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten liefert die nach Haustypen gegliederte Grundstücksfläche. Die Ergebnisse weisen deutlich auf niedriger werdende gebäudespezifische Grundstücksgrößen hin. Bei Ein- und Zweifamilienhäusern beansprucht der Bau freistehender Einzelhäuser erwartungsgemäß die höchste Grundstücksfläche je Gebäude. Doppelhausgrundstücke werden schon erheblich intensiver genutzt. Das gereihte Haus ist der mit Abstand flächensparendste Haustyp bei den Eigenheimen. Mit dem Haustyp schwankt auch die Gebäudegröße.

In Mehrfamilienhäusern haben Einzelhäuser den geringsten Flächenverbrauch. Es folgen Doppel- und gereihte Häuser vor den sonstigen Haustypen. In einem Einzelhaus befanden sich im Jahre 1984 im Durchschnitt 6,1 Wohnungen, in Doppelhaushälften und in gereihten Häusern jeweils 7 und in sonstigen Haustypen sogar 12. Die Betrachtung des Flächenbedarfs für alle Wohngebäude zusammen (Wohnheime sind hier nicht berücksichtigt) zeigt, daß im Jahre 1984 der Bau einer Doppelhaushälfte 76% und der eines Reihenhauses lediglich 54% der Grundstücksfläche verbraucht, die im Mittel für den Bau eines freistehenden Einzelhauses beansprucht wurde.

Diplom-Betriebswirt (FH) K. Jungbluth

Standortschwerpunkte des verarbeitenden Gewerbes

Im Jahre 1968 wurde in Rheinland-Pfalz die territoriale Verwaltungsreform auf Grund der Landesgesetze über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz eingeleitet. Hinzu kamen freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden, die durch Beschlüsse der jeweiligen Bezirksregierungen Rechtskraft erhielten. Die in mehreren Stufen vollzogene Verwaltungsreform fand 1979 ihren Abschluß. Es verringerte sich die Zahl der Regierungsbezirke von fünf auf drei, die der Landkreise von 39 auf 24 und die Zahl der Gemeinden von 2 905 auf 2 303. Die Zahl der kreisfreien Städte blieb mit zwölf unverändert. Als Organisationsform der gemeindlichen Verwaltungsebene wurden für das gesamte Land Verbandsgemeinden geschaffen, welche in den früheren Regierungsbezirken Koblenz und Trier die dort bestehenden Ämter ablösten.

Im Jahre 1984 gab es in Rheinland-Pfalz 5 050 Industriebetriebe und Handwerksbetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Die Zahl der dort Beschäftigten belief sich auf 381 072 Personen. Jeder fünfte Betrieb befindet sich in einer der zwölf kreisfreien Städte bzw. in den 38 verbandsfreien Gemeinden. In den 163 Verbandsgemeinden sind 2 956 Betriebe oder

59% angesiedelt. Während ein Fünftel der Beschäftigten in Betrieben in den verbandsfreien Gemeinden arbeitete, waren es in den Verbandsgemeinden gut ein Drittel und in den kreisfreien Städten 44%. Dies spiegelt sich auch in der Beschäftigtendichte wider. So waren, auf jeweils 100 Einwohner bezogen, im Durchschnitt in den kreisfreien Städten 17,3, in den verbandsfreien Gemeinden 13,2 und in den Verbandsgemeinden 6,6 Beschäftigte tätig.

Seit 1979 kam es zu einem Rückgang der Betriebe um 3,5% und der Beschäftigten um 8,1%. In den Verbandsgemeinden nahm die Zahl der Betriebe um 1,8%, die der Beschäftigten um 9,8% ab.

Zwei Fünftel der Beschäftigten in kreisfreien Städten

Von den 381 072 Beschäftigten aller Industriebetriebe waren 1984 rund 168 000 (44%) in den kreisfreien Städten tätig. Mit einem Anteil von 37% lag Ludwigshafen an erster Stelle. Es folgen Mainz mit 14% und Kaiserslautern mit 10,3%. Bis auf Landau (1,7%) und Neustadt (1,3%) hatten die anderen sieben kreisfreien Städte Anteile zwischen 3 und 6,8%.

Betriebe und Beschäftigte nach regionalen Aktionsprogrammen¹⁾ untergliedert nach Gebietskategorien 1984
(Industriebetriebe und Handwerksbetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Regionale Aktionsprogramme	Betriebe			Beschäftigte			
	insgesamt	Anteil	Veränderung gegenüber 1980	insgesamt	Anteil	Veränderung gegenüber 1980	je 100 Einwohner
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl
<u>Mittelrhein-Lahn-Sieg</u>	1 124	22,3	- 5,1	36 635	9,6	- 11,8	7
Kreisfreie Städte	-	-	-	-	-	-	-
Verbandsgemeinden	795	15,8	- 4,6	26 278	6,9	- 11,1	6
Verbandsfreie Gemeinden	287	5,7	- 7,1	8 932	2,3	- 15,4	13
Gemeinden	42	0,8	0,0	1 425	0,4	- 0,7	7
<u>Eifel-Hunsrück</u>	659	13,0	- 4,2	37 250	9,8	- 7,1	7
Kreisfreie Städte	127	2,5	- 8,0	9 756	2,5	- 13,0	10
Verbandsgemeinden	404	8,0	- 5,2	18 532	4,9	- 9,7	5
Verbandsfreie Gemeinden	118	2,3	3,5	8 649	2,3	7,2	16
Gemeinden	10	0,2	0,0	313	0,1	2,0	6
<u>Saarland-Westpfalz</u>	1 004	19,9	- 8,1	80 965	21,2	- 8,3	10
Kreisfreie Städte	417	8,3	- 10,5	46 108	12,1	- 6,4	16
Verbandsgemeinden	532	10,5	- 5,3	31 554	8,3	- 10,5	7
Verbandsfreie Gemeinden	29	0,6	- 9,4	1 089	0,3	- 7,1	5
Gemeinden	26	0,5	- 18,8	2 214	0,5	- 16,2	7
Fördergebiete insgesamt	2 787	55,2	- 6,0	154 850	40,6	- 8,9	9
Nicht geförderte Gebiete	2 263	44,8	- 4,8	226 222	59,4	- 8,5	13
Rheinland-Pfalz	5 050	100,0	- 5,4	381 072	100,0	- 8,7	11

1) Teilbereich Rheinland-Pfalz.

Mit Ausnahme von Kaiserslautern und Pirmasens, wo die Beschäftigten um 3,5% bzw. 3,3% gegenüber 1978 zunahmen, ergab sich für alle Städte ein Rückgang. Die stärkste Abnahme verzeichnete Neustadt mit 27%. Mit 4,6 Arbeitskräften je 100 Einwohner lag das durch den Dienstleistungsbereich geprägte Neustadt mit der Dichteiffer unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte, für die sich 17,3 Industriebeschäftigte je 100 Einwohner errechnen.

Im Jahre 1984 waren in den kreisfreien Städten 1 042 Betriebe angesiedelt. Dies ist gut ein Fünftel der rheinland-pfälzischen Betriebe. Die kreisfreien Städte sind wirtschaftliche und kulturelle Mittel- bzw. Oberzentren, die auf Grund ihrer Infrastruktur hervorragende Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten bieten. Eine große Zahl von Berufspendlern arbeitet in den Betrieben dieser Städte.

Unterschiede in den verbandsfreien bzw. Verbandsgemeinden

1984 waren in den Verbandsgemeinden 2 956 Industriebetriebe mit rund 137 000 Beschäftigten. In den 38 verbandsfreien Gemeinden gab es 1 052 Betriebe mit 76 000 Beschäftigten. Entsprechend der Entwicklung in den kreisfreien Städten ist gegenüber den Jahren 1978 bzw. 1979 ein Rückgang sowohl der Betriebs- als auch der Beschäftigtenzahlen festzustellen. Die Zahl der Betriebe in den Verbandsgemeinden sank um 1,8%, in den verbandsfreien Gemeinden um 4%.

Am Beispiel von je zwölf nach der höchsten bzw. niedrigsten Zahl von Beschäftigten je 100 Einwohner ausgewählten Verbandsgemeinden bzw. verbandsfreien Gemeinden sollen die regionalen Unterschiede verdeutlicht werden. So weist die verbandsfreie Gemeinde Wörth eine Beschäftigtendichte aus, die höher als 50 ist. Bestimmend ist hier das Lastwagenwerk der Daimler-Benz AG. Das überragende Gewicht des Straßenfahrzeugbaus wirkt sich auch stark auf den Industrialisierungsgrad des Landkreises Germersheim aus. Mit 17 Industriebeschäftigten je 100 Einwohner liegt er unter allen Landkreisen von Rheinland-Pfalz an erster Stelle. Die übrigen elf Verbands- bzw. verbandsfreien Gemeinden mit der höchsten Beschäftigtenzahl je 100 Einwohner weisen – sieht man von der Sonderstellung der Stadt Ludwigshafen mit ihren fast 40 Beschäftigten je 100 Einwohner ab – Zahlen aus, die gleich hoch bzw. höher sind als die der übrigen kreisfreien Städte. Die Spanne reicht von 19 bis 28 Beschäftigte je 100 Einwohner.

In den Verbandsgemeinden Höhr-Grenzhausen und Ransbach-Baumbach beträgt die Industriedichte 27 bzw. 23. Die Zahl der Betriebe erhöhte sich dort von 1978 bis 1984 um 6 bzw. 7%, wogegen die Beschäftigtenzahl infolge der Technisierung des dort ursprünglich alten Handwerks mit Schwerpunkten im Bereich Steine und Erden sowie Feinkeramik und Glasgewerbe abnahm.

Andererseits gibt es Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden mit weniger als 0,8 Industrie-

Betriebe und Beschäftigte nach der Beschäftigtendichte 1984
(Industriebetriebe und Handwerksbetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Kreisfreie Stadt Verbandsgemeinde Verbandsfreie Gemeinde*	Be- triebe	Be- schäf- tigte	Be- schäf- tigte je 100 Ein- wohner
Kreisfreie Städte			
Ludwigshafen a.Rhein	108	61 404	39,5
Pirmasens	163	11 434	24,4
Frankenthal (Pfalz)	39	9 437	21,5
Kaiserslautern	92	17 338	17,7
Zweibrücken	27	5 122	15,4
Speyer	74	6 663	15,2
Worms	86	9 410	13,0
Mainz	144	23 488	12,5
Trier	127	9 756	10,4
Koblenz	86	9 102	8,2
Landau i.d.Pfalz	49	2 804	7,9
Neustadt a.d.Weinstr.	47	2 273	4,6
Gemeinden mit der höchsten Beschäftigtendichte			
Wörth am Rhein, Stadt*	19	11 672	68,2
Kirn, Stadt*	34	2 446	27,8
Höhr-Grenzhausen	70	3 283	27,1
Hauenstein	33	2 237	24,7
Ransbach-Baumbach	90	2 800	23,4
Budenheim*	13	1 596	22,4
Rheinböllen	11	1 755	22,2
Betzdorf	29	3 377	21,5
Wittlich, Stadt*	33	3 256	21,0
Ingelheim am Rhein, Stadt*	15	4 384	20,8
Wirges	60	3 522	20,4
Germersheim*	27	2 522	19,1

beschäftigte je 100 Einwohner. In der Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg überwiegen das Kurwesen, die Landwirtschaft sowie der Weinbau. Die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim und die verbandsfreien Gemeinden Altrip, Mutterstadt und Römerberg liegen in unmittelbarer Nähe der Industriestandorte Mainz, Frankenthal und Ludwigshafen. Die Zahl der Betriebe sowie die der Beschäftigten ist in diesen Gemeinden gering.

Wirtschaftsstruktur ausgewählter Gemeinden

So unterschiedlich wie die Beschäftigtendichte in den einzelnen Regionen ist auch die Wirtschaftsstruktur. Betriebe der im Landkreis Birkenfeld angesiedelten Gemeinden haben ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Edelsteingewerbe. Über 90% aller im Bundesgebiet bearbeiteten Edelsteine und Diamanten erhalten in rheinland-pfälzischen Betrieben ihren Schliff.

Schwerpunkt im Raum Pirmasens ist die Schuhindustrie. 1984 waren hier 62 Betriebe mit rund 5 500 Beschäftigten angesiedelt. Die Struktur dieses Wirtschaftsraumes wird in der kreisfreien Stadt Pirmasens, wo der Beschäftigtenanteil der Schuhindustrie 50% ausmacht, durch größere Betriebe des Maschinenbaues und der chemischen Industrie aufgelockert. Im Landkreis Pirmasens stehen neben der Schuhindustrie nur verhältnismäßig wenig Arbeitsplätze in

Betriebe und Beschäftigte im
(Industriebetriebe und Handwerks-

Kreisfreie Stadt Verbandsfreie Gemeinde Verbandsgemeinde	Be- triebe	Be- schäf- tigte	Be- schäf- tigte je 100 Ein- wohner	Kreisfreie Stadt Verbandsfreie Gemeinde Verbandsgemeinde	Be- triebe	Be- schäf- tigte	Be- schäf- tigte je 100 Ein- wohner
<u>Kreisfreie Stadt Koblenz</u>	86	9 102	8,2	<u>Landkreis Mayen-Koblenz</u>	355	16 145	8,7
<u>Landkreis Ahrweiler</u>	135	6 730	6,1	Verbandsfreie Gemeinde			
Verbandsfreie Gemeinde				Andernach, Stadt	65	4 715	17,7
Bad Neuenahr-Ahrweiler, Stadt	24	2 167	8,6	Bendorf, Stadt	29	1 530	10,1
Grafenschaft	8	47	0,6	Mayen, Stadt	46	2 438	12,9
Remagen, Stadt	17	1 077	7,6	Verbandsgemeinde			
Sinzig, Stadt	19	789	5,4	Andernach-Land	56	1 664	11,1
Verbandsgemeinde				Maifeld	19	683	4,2
Adenau	19	674	5,3	Mayen-Land	26	561	3,8
Altenahr	13	488	4,7	Mendig	21	666	5,6
Bad Breisig	12	454	4,2	Rhens	4	563	7,0
Brohlthal	23	1 034	6,7	Untermosel	8	134	0,8
				Vallendar	15	334	2,2
				Weißenthurm	66	2 857	10,4
<u>Landkreis Altenkirchen (Ww.)</u>	278	15 242	12,6	<u>Landkreis Neuwied</u>	290	17 565	11,3
Verbandsfreie Gemeinde				Verbandsfreie Gemeinde			
Herdorf	19	1 064	15,2	Neuwied, Stadt	124	8 633	14,7
Verbandsgemeinde				Verbandsgemeinde			
Altenkirchen (Westerwald)	38	1 540	8,3	Asbach	38	1 662	9,9
Betzdorf	29	3 377	21,5	Bad Hönningen	14	1 889	16,5
Daaden	43	1 808	16,3	Dierdorf	25	652	8,1
Flammersfeld	14	554	5,9	Linz am Rhein	19	1 980	12,8
Gebhardshain	25	430	4,4	Pudersbach	22	1 233	10,3
Hamm (Sieg)	26	1 647	15,6	Rengsdorf	25	721	5,4
Kirchen (Sieg)	57	3 241	13,2	Unkel	18	660	5,9
Wissen	27	1 581	10,9	Waldbreitbach	5	135	1,6
<u>Landkreis Bad Kreuznach</u>	197	13 730	9,5	<u>Rhein-Hunsrück-Kreis</u>	128	7 571	8,4
Verbandsfreie Gemeinde				Verbandsfreie Gemeinde			
Bad Kreuznach, Stadt	63	7 335	18,4	Boppard, Stadt	14	1 371	7,7
Kirn, Stadt	34	2 446	27,8	Verbandsgemeinde			
Verbandsgemeinde				Emmelshausen	25	853	7,0
Bad Kreuznach	8	93	1,2	Kastellaun	20	967	7,9
Bad Münster a.Stein-Ebernburg	4	55	0,5	Kirchberg (Hunsrück)	23	1 049	7,0
Kirn-Land	13	185	1,9	Rheinböllen	11	1 755	22,2
Langenlonsheim	17	1 279	11,0	Sankt Goar-Oberwesel	13	193	1,9
Meisenheim	8	316	3,6	Simmern	22	1 383	9,2
Rüdesheim	16	320	1,5	<u>Rhein-Lahn-Kreis</u>	155	7 699	6,6
Sobernheim	26	1 153	6,6	Verbandsfreie Gemeinde			
Stromberg	8	548	6,5	Lahnstein, Stadt	20	2 075	11,2
<u>Landkreis Birkenfeld</u>	407	7 467	8,6	Verbandsgemeinde			
Verbandsfreie Gemeinde				Bad Ems	24	1 058	5,9
Idar-Oberstein, Stadt	232	4 967	14,4	Braubach	5	250	3,1
Gutsbezirk Baumholder	-	-	-	Diez	32	890	4,1
Verbandsgemeinde				Hahnstätten	20	819	9,4
Baumholder	9	223	2,2	Katzenelnbogen	7	97	1,2
Birkenfeld	35	1 317	7,0	Nassau	12	1 079	10,0
Herrstein	119	873	5,3	Nastätten	31	1 184	8,9
Rhaunen	12	87	1,3	Loreley	4	247	2,4
<u>Landkreis Cochem-Zell</u>	63	2 784	4,7	<u>Westerwaldkreis</u>	519	18 834	11,1
Verbandsfreie Gemeinde				Verbandsgemeinde			
Cochem, Stadt	7	148	2,7	Bad Marienberg (Westerwaldkr.)	92	2 189	13,6
Verbandsgemeinde				Hachenburg	51	1 429	6,7
Cochem-Land	7	.	.	Höhr-Grenzhausen	70	3 283	27,1
Kaisersesch	10	509	5,0	Montabaur	42	1 686	5,2
Ulmen	3	.	.	Ransbach-Baumbach	90	2 800	23,4
Treis-Karden	8	257	2,9	Rennerod	27	935	6,6
Zell (Mosel)	28	1 438	9,6	Selters (Westerwald)	25	914	7,2
				Wallmerod	25	928	8,2
				Westerburg	37	1 148	5,6
				Wirges	60	3 522	20,4
				<u>RB Koblenz</u>	2 613	122 869	9,1

September 1984 nach Verwaltungsbezirken
betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Kreisfreie Stadt Verbandsfreie Gemeinde Verbandsgemeinde	Be- triebe	Be- schäf- tigte	Be- schäf- tigte je 100 Ein- wohner	Kreisfreie Stadt Verbandsfreie Gemeinde Verbandsgemeinde	Be- triebe	Be- schäf- tigte	Be- schäf- tigte je 100 Ein- wohner
<u>Kreisfreie Stadt Trier</u>	127	9 756	10,4	<u>Landkreis Alzey-Worms</u>	67	2 106	2,2
				Verbandsfreie Gemeinde			
				Alzey-Stadt	22	694	4,4
<u>Landkreis Bernkastel-Wittlich</u>	141	8 058	7,5	Osthofen, Stadt	7	395	6,4
Verbandsfreie Gemeinde				Verbandsgemeinde			
Morbach	18	1 254	13,0	Alzey-Land	5	130	0,7
Wittlich, Stadt	33	3 256	21,0	Eich	9	97	0,9
Verbandsgemeinde				Monsheim	8	226	2,6
Bernkastel-Kues	22	730	3,2	Westhofen	5	116	1,2
Kröv-Bausendorf	9	175	2,0	Wöllstein	5	192	2,4
Manderscheid	7	391	5,2	Wörrstadt	6	256	1,3
Neumagen-Dhron	6	308	5,0				
Thalfang	11	866	12,5	<u>Landkreis Bad Dürkheim</u>	113	6 836	5,8
Traben-Trarbach	8	353	3,7	Verbandsfreie Gemeinde			
Wittlich-Land	27	725	3,8	Bad Dürkheim, Stadt	27	961	6,3
				Grünstadt, Stadt	22	1 355	11,8
				Haßloch	15	844	4,7
<u>Landkreis Bitburg-Prüm</u>	96	4 785	5,4	Verbandsgemeinde			
Verbandsfreie Gemeinde				Deidesheim	4	.	.
Bitburg, Stadt	21	1 701	16,3	Freinsheim	4	116	0,9
Verbandsgemeinde				Grünstadt-Land	10	990	5,8
Arzfeld	8	267	2,5	Hettenleidelheim	4	556	5,6
Bitburg-Land	10	145	1,0	Lambrecht (Pfalz)	26	1 790	12,8
Irrel	8	126	1,6	Wachenheim a.d.Weinstraße	1	.	.
Kyllburg	11	388	4,9				
Neuerburg	12	373	3,9	<u>Donnersbergkreis</u>	73	6 899	10,2
Prüm	20	1 400	6,9	Verbandsgemeinde			
Speicher	6	385	5,5	Alsenz-Obermoschel	4	112	1,6
				Eisenberg (Pfalz)	24	1 844	15,6
<u>Landkreis Daun</u>	113	4 419	7,9	Göllheim	6	.	.
Verbandsgemeinde				Kirchheimbolanden	20	1 764	11,5
Daun	37	1 394	6,9	Rockenhausen	8	.	.
Gerolstein	26	1 289	10,0	Winnweiler	11	440	3,9
Hillesheim	16	607	7,6				
Kelberg	17	413	6,2	<u>Landkreis Germersheim</u>	115	17 262	17,0
Obere Kyll	17	716	8,6	Verbandsfreie Gemeinde			
				Germersheim, Stadt	27	2 522	19,1
<u>Landkreis Trier-Saarlautern</u>	81	6 246	5,0	Wörth am Rhein, Stadt	19	.	.
Verbandsgemeinde				Verbandsgemeinde			
Hermeskeil	11	.	.	Bellheim	5	.	.
Kell	11	1 267	14,2	Hagenbach	17	361	3,7
Konz	13	2 326	8,9	Jockgrim	12	221	1,7
Ruwer	5	.	.	Kandel	10	.	.
Saarlautern	16	464	2,5	Lingenfeld	10	.	.
Schweich	13	408	1,9	Rülzheim	15	559	4,5
Trier-Land	12	291	1,5				
RB Trier	558	33 264	7,1	<u>Landkreis Kaiserslautern</u>	75	5 002	5,3
				Verbandsgemeinde			
<u>Kreisfreie Städte</u>				Bruchmühlbach-Miesau	6	1 151	11,5
Frankenthal (Pfalz)	39	9 437	21,5	Enkenbach-Alsenborn	16	674	6,0
Kaiserslautern	92	17 338	17,7	Hochspeyer	2	.	.
Landau i.d.Pfalz	49	2 804	7,9	Kaiserslautern-Süd	5	412	4,3
Ludwigshafen a.Rhein	108	61 404	39,5	Landstuhl	18	1 220	8,5
Mainz	144	23 488	12,5	Otterbach	1	.	.
Neustadt a.d.Weinstr.	47	2 273	4,6	Otterberg	5	.	.
Pirmasens	163	11 434	24,4	Ramstein-Miesenbach	14	924	5,6
Speyer	74	6 663	15,2	Weilerbach	8	263	2,4
Worms	86	9 410	13,0				
Zweibrücken	27	5 122	15,4	<u>Landkreis Kusel</u>	57	3 884	5,2
				Verbandsgemeinde			
				Altenglan	9	.	.
				Glan-Münchweiler	3	.	.
				Kusel	10	410	3,0
				Lauterecken	12	830	6,9
				Schönenberg-Kübelberg	8	115	1,0
				Waldmohr	11	551	6,8
				Wolfstein	4	.	.

noch: Betriebe und Beschäftigte im September 1984
nach Verwaltungsbezirken

(Industriebetriebe und Handwerksbetriebe
mit 20 und mehr Beschäftigten)

Kreisfreie Stadt Verbandsfreie Gemeinde Verbandsgemeinde	Be- triebe	Be- schäf- tigte	Be- schäf- tigte je 100 Ein- wohner
<u>Landkreis Südliche Weinstraße</u>	95	5 305	5,6
Verbandsgemeinde			
Annweiler am Trifels	29	1 772	10,9
Bad Bergzabern	12	540	2,7
Edenkoben	15	1 735	10,2
Herxheim	17	705	5,6
Landau-Land	9	309	2,4
Maikammer	5	59	0,9
Offenbach a.d. Queich	8	185	2,0
<u>Landkreis Ludwigshafen</u>	98	3 441	2,7
Verbandsfreie Gemeinde			
Altrip	2	.	.
Bobenheim-Roxheim	12	661	7,9
Böhl-Iggelheim	6	409	4,1
Lambsheim	6	140	2,7
Limburgerhof	4	.	.
Mutterstadt	4	52	0,4
Neuhofen	13	159	2,3
Römerberg	6	58	0,8
Schifferstadt, Stadt	12	759	4,4
Verbandsgemeinde			
Dannstadt-Schauernheim	11	206	1,8
Dudenhofen	8	368	4,0
Heßheim	1	.	.
Maxdorf	9	214	2,2
Waldsee	4	.	.
<u>Landkreis Mainz-Bingen</u>	130	12 799	8,0
Verbandsfreie Gemeinde			
Bingen, Stadt	27	2 208	9,8
Budenheim	13	1 596	22,4
Ingelheim am Rhein, Stadt	15	.	.
Verbandsgemeinde			
Bingen-Land	9	181	1,3
Bodenheim	9	.	.
Gau-Algesheim	8	328	2,6
Guntersblum	5	136	1,8
Heidesheim am Rhein	7	494	6,4
Nieder-Olm	15	1 146	5,0
Nierstein-Oppenheim	10	176	0,8
Sprendlingen-Gensingen	14	1 340	12,6
<u>Landkreis Pirmasens</u>	225	12 032	12,3
Verbandsgemeinde			
Dahn	45	1 759	11,9
Hauenstein	33	2 237	24,7
Pirmasens-Land	27	1 588	12,7
Rodalben	54	2 498	16,8
Thaleischweiler-Fröschen	19	790	7,2
Waldfishbach-Burgalben	25	2 365	18,8
Wallhalben	8	.	.
Zweibrücken-Land	14	.	.
RB Rheinhessen-Pfalz	1 879	224 939	12,5
Rheinland-Pfalz	5 050	381 072	10,5
Kreisfreie Städte	1 042	168 231	17,3
Verbandsfreie Gemeinden	1 052	76 234	13,2
Verbandsgemeinden	2 956	136 607	6,6

anderen Branchen zur Verfügung. Drei Viertel aller Beschäftigten arbeiten hier in Schuhfabriken. Mehrere Gemeinden, wie Erfweiler, Hauenstein, Leimen, Lemberg, Münchweiler, Rodalben und Vinningen, sind ausschließlich oder überwiegend von der Schuhindustrie geprägt.

Die verbandsfreie Gemeinde Morbach im Landkreis Bernkastel-Wittlich liegt in den bewaldeten Höhen des Hunsrücks. Von den insgesamt 18 Betrieben mit 1 254 Beschäftigten sind fünf Betriebe und gut ein Drittel der Beschäftigten in der Holzwirtschaft tätig.

Unter den kreisfreien Städten des Landes verfügt Ludwigshafen über die stärkste Industrieballung. 1984 wurde dort ein Sechstel aller rheinland-pfälzischen Industriebeschäftigten registriert. Auch der Industrialisierungsgrad von 39,5 Beschäftigten je 100 Einwohner wird von keiner anderen Stadt auch nur annähernd erreicht. Insgesamt 108 Betriebe hatten rund 61 400 Beschäftigte, worunter die chemische Industrie mit 15 Betrieben und 54 200 Arbeitskräften rund 88% auf sich vereinigte.

Staatliche Förderung zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur

Wirtschaftsstarke und strukturschwache Regionen sind in nahezu allen Teilen der Bundesrepublik zu finden, wenn auch in verschiedener Form und unterschiedlicher Ausprägung. In unserem Land ist das Rheintal durch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur begünstigt. So entfielen 1984 auf die kreisfreien Städte und die großen kreisangehörigen Städte Neuwied, Andernach, Koblenz, Lahnstein, Bingen, Ingelheim, Mainz, Worms, Frankenthal, Ludwigshafen, Speyer und Würth insgesamt 807 Betriebe, das sind 16% aller Betriebe mit zwei Fünfteln der Beschäftigten.

In Rheinland-Pfalz erfolgt die Förderung strukturschwacher Räume durch drei regionale Aktionsprogramme, nämlich Mittelrhein-Lahn-Sieg, Eifel-Hunsrück sowie Saarland-Westpfalz. Ziel ist vor allem die Verstärkung des produzierenden Gewerbes, insbesondere durch Neuerrichtung und Erweiterung von Industriebetrieben, sowie die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze. Darüber hinaus wird angestrebt, die vorhandenen Arbeitsplätze durch Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu sichern. Im Jahre 1984 waren in den drei regionalen Aktionsräumen 2 787 Betriebe mit 154 850 Arbeitsplätzen ansässig. Dies sind 55% der rheinland-pfälzischen Betriebe und zwei Fünftel der Beschäftigten des Landes.

Diplom-Betriebswirt (FH) H.-G. Fuchs

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983		1984			1985			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 634	3 627	3 629	3 628	3 626	3 619	3 619
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 943	1 918	2 759	2 917	2 493	1 491 ^P	3 435 ^P	2 526 ^P	2 317 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,3	9,0	9,8	8,1	5,0 ^P	11,2 ^P	8,5 ^P	7,5 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 952	2 959	3 018	2 916	3 179	2 968 ^P	3 069 ^P	2 691 ^P	3 251 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,7	9,8	9,8	9,8	10,3	10,0 ^P	10,0 ^P	9,0 ^P	10,6 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 705	3 574	3 601	3 444	3 451	3 745 ^P	3 505 ^P	3 116 ^P	3 562 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	11,8	11,7	11,5	11,2	12,6 ^P	11,4 ^P	10,5 ^P	11,6 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	33	31	37	29	33	32 ^P	31 ^P	26 ^P	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	10,9	10,3	12,3	10,2	10,7	11,2 ^P	10,2 ^P	9,3 ^P	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 753	- 616	- 583	- 528	- 272	- 777 ^P	- 436 ^P	- 425 ^P	- 311 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,5	- 2,0	- 1,9	- 1,8	- 0,9	- 2,6 ^P	- 1,4 ^P	- 1,4 ^P	- 1,0 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 066	6 424	5 471	5 840	6 712	5 529
Ausländer	Anzahl	1 413	1 580	1 335	1 484	1 792	1 592
Erwerbspersonen	Anzahl	3 643
* Fortgezogene	Anzahl	6 565	6 600	5 814	6 197	8 136	5 746
Ausländer	Anzahl	1 725	1 982	1 649	2 058	2 907	1 281
Erwerbspersonen	Anzahl	3 542
* Wanderungssaldo	Anzahl	501	- 176	- 343	- 357	- 1 424	- 217
Ausländer	Anzahl	- 312	- 402	- 314	- 574	- 1 115	311
Erwerbspersonen	Anzahl	101
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	11 553	10 192	9 451	9 747	11 545	10 210
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	122 256	120 162	109 265	107 821	115 517	123 390	115 045	112 425	118 987
* Männer	Anzahl	69 433	67 230	60 161	58 513	61 525	70 328	63 882	60 964	62 777
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	.	.	.	1 697	.	.	.	1 919	.
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	7 392	.	.	.	9 261	.
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	.	.	.	39 264	.	.	.	39 621	.
Arbeitslosenquote	%	8,5	8,3	7,6	7,5	8,0	8,6	8,0	7,8	8,3
Offene Stellen	Anzahl	4 123	4 172	4 651	4 637	4 319	5 052	5 117	5 380	5 243
Männer	Anzahl
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	.	.	.	224	.	.	.	197	.
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	268	.	.	.	301	.
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	.	.	.	1 571	.	.	.	1 949	.
Kurzarbeiter	Anzahl	29 026	17 571	16 851	18 783	12 573	19 292	13 522	8 440	4 413
Männer	Anzahl	22 820	13 717	12 791	13 926	8 462	15 780	10 935	6 892	3 529
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	638	637	.	650	.	.	.	649	.
* Milchkühe	1 000	230	227	.	232	.	.	.	222	.
* Schweine	1 000	677	640	.	.	.	673	.	.	.
Mastschweine	1 000	249	227	.	.	.	215	.	.	.
* Zuchtsauen	1 000	76	75	.	.	.	78	.	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	48	48	.	.	.	50	.	.	.
Schlachtungen										
* Rinder	Anzahl	16 577	17 230	16 748	14 832	16 441	15 888	16 934	13 413	13 576
* Kälber	Anzahl	263	306	295	288	302	373	354	255	214
* Schweine	Anzahl	114 815	113 876	112 104	107 436	109 031	118 392	118 193	109 303	117 733
* Hausschlachtungen	Anzahl	11 148	10 236	8 738	5 645	5 113	9 146	7 164	5 572	4 100
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	14 275	14 366	14 298	13 206	13 690	14 454	14 756	12 882	13 584
* Kälber	t	4 840	4 999	4 963	4 388	4 774	4 683	4 979	3 918	3 982
* Schweine	t	9 302	9 210	9 181	8 669	8 777	9 609	9 629	8 849	9 498
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	82	80	92	85	84	82	90	84	86
* an Molkereien und Händler geliefert	%	95,4	95,0	96,0	96,0	96,0	94,6	95,3	95,2	95,1

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1)										
Betriebe	Anzahl	2 732	2 684	2 686	2 682	2 682	2 659	2 654	2 645	2 645 ^P
* Beschäftigte	1 000	362	361	358	358	360	361	361	362	365 ^P
* Arbeiter 2)	1 000	251	250	248	248	250	249	249	250	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 740	35 470	36 726	32 184	32 971	36 001	35 794	33 367	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 147	1 182	1 088	1 169	1 159	1 170	1 173	1 269	1 218 ^P
* Löhne	Mill. DM	675	693	646	666	693	676	700	727	...
* Gehälter	Mill. DM	472	489	442	503	466	494	473	542	...
* Kohleverbrauch	} Ab 1985 Vj.-Ergebnis	1 000 t SKE 3)	87	92	98	81	.	.	226	...
* Gasverbrauch 4)		Mill. cbm	205	216	191	215	.	.	608	...
* Heizölverbrauch		1 000 t	93	82	79	68	.	.	197	...
* leichtes Heizöl		1 000 t	16	15	14	11	.	.	39	...
* schweres Heizöl		1 000 t	77	67	65	57	.	.	158	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	958	991	985	948	962	1 017	1 013	1 024	...
* Stromerzeugung	Mill. kWh	181	177	168	147	136	160	142	146	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 388	6 658	6 847	6 057	6 385	7 183	6 979	6 848	6 870 ^P
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 185	2 366	2 416	2 091	2 261	2 700	2 580	2 591	2 440 ^P
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980=100	97 ^r	98	99 ^r	98	90	102	101	107 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980=100	98 ^r	99 ^r	99 ^r	97 ^r	89	105 ^r	102	108 ^P	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980=100	97 ^r	98 ^r	98	96	89	104	102	108	91 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980=100	96	101	98	103	98	111	107	110	101 ^P
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980=100	81	84	92	100	91	87	94	105	86 ^P
Chemische Industrie	1980=100	102	111	105	112	108	122	115	116	112 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	103 ^r	96 ^r	102 ^r	85 ^r	80	100 ^r	100 ^r	112	85 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980=100	99 ^r	94 ^r	113 ^r	98 ^r	81	97 ^r	95 ^r	108	85 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	92	93	94	92	80	97	95	100	79 ^P
Herstellung von Schuhen	1980=100	96	95	103	74	64	90	91	89	58 ^P
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980=100	97	99	96	105	95	104	104	109	90 ^P
Bauhauptgewerbe	1980=100	89	91	101	109	94	86	93	99	...
Handwerk 4)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	101	100	.	99	.	.	.	95	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	136	139	.	137	.	.	.	137	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	200	239	208	171	151	218	205
Strombezug 5)	Mill. kWh	2 285	2 366	2 284	2 207	2 167	2 017	2 356
Stromlieferungen 5)	Mill. kWh	766	758	807	789	790	630	821
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 720	1 763	1 685	1 588	1 528	1 606	1 740
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1
Gasbezug	Mill. cbm	335
Gasverbrauch	Mill. cbm	315	338	272	260	261	325	269
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	68 631	67 995	68 550	70 015	69 109	62 342 ^P	63 949 ^P	64 071 ^P	64 009 ^P
Facharbeiter	Anzahl	35 621	34 902	34 152	38 736	35 786	31 180 ^P	32 458 ^P	33 486 ^P	32 722 ^P
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 621	15 815	16 880	14 400	16 604	14 431 ^P	15 030 ^P	14 909 ^P	15 665 ^P
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 084	7 980	8 915	8 645	8 729	7 183 ^P	7 744 ^P	7 391 ^P	7 590 ^P
Privater Bau	1 000	5 209	5 184	5 725	5 588	5 687	4 410 ^P	4 670 ^P	4 478 ^P	4 479 ^P
* Wohnungsbau	1 000	3 360	3 295	3 657	3 609	3 552	2 691 ^P	2 903 ^P	2 731 ^P	2 619 ^P
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	54	59	61	70	72	68 ^P	49 ^P	51 ^P	65 ^P
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 795	1 830	2 007	1 909	2 063	1 651 ^P	1 767 ^P	1 696 ^P	1 795 ^P
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 875	2 796	3 190	3 057	3 042	2 773 ^P	3 074 ^P	2 913 ^P	3 111 ^P
Hochbau	1 000	660	636	719	636	658	656 ^P	726 ^P	670 ^P	743 ^P
Tiefbau	1 000	2 216	2 160	2 471	2 422	2 384	2 117 ^P	2 348 ^P	2 243 ^P	2 368 ^P
Straßenbau	1 000	1 203	1 172	1 318	1 323	1 283	1 127 ^P	1 273 ^P	1 253 ^P	1 271 ^P
Löhne und Gehälter	Mill. DM	185	185	195	195	200	164 ^P	182 ^P	176 ^P	189 ^P
* Löhne	Mill. DM	156	156	167	166	171	137 ^P	154 ^P	146 ^P	160 ^P
* Gehälter	Mill. DM	29	29	28	29	29	27 ^P	28 ^P	30 ^P	29 ^P
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	529	547	508	560	629	402 ^P	483 ^P	519 ^P	558 ^P

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 015	819	917	944	1 005	797	901	811	922
* mit 1 Wohnung	Anzahl	637	530	575	628	649	560	594	535	637
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	280	211	255	242	267	188	217	217	222
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	99	78	87	74	89	49	90	59	63
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 144	885	972	1 019	1 198	834	977	822	942
* Wohnfläche	1 000 qm	189	148	161	170	195	134	160	134	156
Wohnräume	Anzahl	8 950	7 017	7 572	7 953	9 286	6 431	7 562	6 285	7 310
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	356	278	305	317	381	257	312	259	296
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	2	4	-	3	1	3	3	1
Unternehmen	Anzahl	116	122	100	98	126	83	134	129	128
Private Haushalte	Anzahl	896	695	813	846	876	713	764	679	793
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	196	162	155	170	168	135	177	129	183
* Umbauter Raum	1 000 cbm	693	568	456	556	631	667	2 059	326	522
* Nutzfläche	1 000 qm	119	97	77	103	112	104	224	62	87
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	135	110	75	105	143	105	195	76	97
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	28	28	21	27	34	25	23	24	28
Unternehmen	Anzahl	165	131	130	139	133	107	151	105	149
Private Haushalte	Anzahl	3	3	4	4	1	3	3	-	6
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 254	1 740	1 842	1 917	2 389	1 519	1 817	1 508	1 752
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 133	2 338	2 490	2 106	2 283	2 668	2 774	2 540	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	139	169	172	164	183	192	183	173	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 994	2 169	2 317	1 942	2 100	2 476	2 591	2 368	...
* Rohstoffe	Mill. DM	19	21	21	22	23	26	26	30	...
* Halbwaren	Mill. DM	142	173	166	165	155	207	215	182	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 834	1 975	2 130	1 756	1 923	2 243	2 350	2 156	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	692	804	843	777	800	965	946	832	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	1 142	1 171	1 287	979	1 123	1 279	1 405	1 324	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	959	1 094	1 162	1 012	1 052	1 282	1 303	1 191	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	160	194	208	186	174	230	214	207	...
Dänemark	Mill. DM	35	40	46	37	31	50	54	52	...
Frankreich	Mill. DM	278	297	317	246	311	317	321	310	...
Griechenland	Mill. DM	19	23	23	20	18	22	24	21	...
Großbritannien	Mill. DM	164	195	195	180	189	220	241	203	...
Irland	Mill. DM	7	7	8	7	6	15	11	7	...
Italien	Mill. DM	153	179	198	188	178	237	242	215	...
Niederlande	Mill. DM	142	159	167	148	144	191	197	176	...
Österreich	Mill. DM	97	106	118	93	102	126	125	121	...
Schweiz	Mill. DM	107	120	118	102	111	152	165	133	...
USA und Kanada	Mill. DM	140	172	166	184	213	220	210	183	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	472	435	511	341	390	404	475	436	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	102	108	93	96	120	131	143	151	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 515	1 607	1 631	1 434	1 597	1 873	1 725	1 635	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	198	210	240	183	186	203	203	171	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 318	1 396	1 391	1 252	1 411	1 671	1 521	1 464	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	759	817	816	739	828	844	915	868	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	205	203	217	179	208	176	174	188	...
Dänemark	Mill. DM	15	18	16	12	17	17	19	22	...
Frankreich	Mill. DM	183	191	196	166	188	216	202	186	...
Griechenland	Mill. DM	6	10	10	8	9	7	16	6	...
Großbritannien	Mill. DM	48	59	59	58	48	69	70	70	...
Irland	Mill. DM	3	3	5	2	2	8	7	6	...
Italien	Mill. DM	136	140	135	126	149	160	146	124	...
Niederlande	Mill. DM	161	193	179	189	207	191	281	265	...
Österreich	Mill. DM	47	47	45	36	42	67	45	49	...
Schweiz	Mill. DM	36	40	38	36	43	69	42	58	...
USA und Kanada	Mill. DM	111	114	140	77	99	140	112	73	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	345	324	329	315	337	371	357	358	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	61	52	43	50	45	100	59	45	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	94	95	94	94	94	95	95	95	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	105	106	105	102	102	109	110	103	...
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	109	112	113	116	112	113	119	111	...
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	101	104	92	97	92	115	108	91	...
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	99	104	106	92	94	102	99	87	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	106	108	90	85	88	90	93	83	...
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	100	97	96	74	89	83	76	73	...
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	114	116	114	115	117	119	119	117	...
Tankstellen (Abs.,i.eig.Namen)	1980 = 100	114	136	161	153	144	133	139	124	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	107	115	134	108	112	136	140	126	...
Sonstige Waren	1980 = 100	101	98	96	91	97	101	102	99	...
Umsatz zu Preisen von 1980	1980 = 100	92	91	90	87	88	93	93	87	...
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	95	97	96	98	95	91	100	94	...
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	90	90	80	84	80	98	92	78	...
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	86	88	89	78	80	85	82	72	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	100	101	84	80	82	87	90	81	...
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	86	81	81	62	74	70	65	62	...
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	100	100	97	99	100	102	102	100	...
Tankstellen (Abs.,i.eig.Namen)	1980 = 100	100	117	140	132	126	109	113	101	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	95	99	115	92	96	107	109	98	...
Sonstige Waren	1980 = 100	89	85	83	79	84	86	87	85	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	97	97	98	100	101	98	102	102	...
Teilbeschäftigte	1980 = 100	99	106	106	109	110	103	109	113	...
* Umsatz	1980 = 100	105	104	113	116	113	104	119	118	...
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	113	115	134	137	127	114	145	144	...
Gaststättengewerbe	1980 = 100	96	97	100	104	106	98	103	102	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	429	438	542	625	599	376	575
* Ausländer	1 000	77	105	123	165	214	89	142
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 502	1 532	1 813	2 174	2 442	1 333	1 894
* Ausländer	1 000	237	316	334	472	740	263	396
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 475	1 495	1 553	1 453	1 554	1 590	1 556	1 513	1 698
* Güterversand	1 000 t	1 183	1 139	1 310	1 157	1 099	1 199	1 181	1 118	1 153
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 017	13 281	17 695	11 468	10 867	17 894	14 863	13 902	14 218
Krafträder	Anzahl	1 339	1 026	1 649	1 393	1 211	1 849	1 062	955	779
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 726	11 441	15 013	9 315	8 976	15 001	12 772	12 023	12 567
* Lastkraftwagen	Anzahl	538	506	672	460	430	570	567	517	520
Zugmaschinen	Anzahl	315	230	254	208	179	332	317	308	260
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 323	9 808	10 468	9 970	9 661	9 019	10 115	9 994	9 462
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 892	1 813	2 007	2 250	2 219	1 531	2 053	1 967	1 988
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 431	7 995	8 461	7 720	7 442	7 488	8 062	8 027	7 474
Verunglückte Personen	Anzahl	2 576	2 456	2 751	3 018	3 032	2 048	2 735	2 641	2 737
* Getötete	Anzahl	61	53	48	54	70	35	59	50	52
Pkw-Insassen	Anzahl	32	24	21	22	41	20	28	27	32
motorisierte Zweiräder	Anzahl	12	11	19	20	20	4	14	13	13
Fußgänger	Anzahl	11	12	4	4	7	8	13	7	4
* Verletzte	Anzahl	2 515	2 403	2 703	2 964	2 962	2 013	2 676	2 591	2 685
Pkw-Insassen	Anzahl	1 393	1 337	1 467	1 418	1 461	1 057	1 279	1 324	1 329
motorisierte Zweiräder	Anzahl	603	571	710	940	923	544	782	705	747
Fußgänger	Anzahl	224	212	212	190	175	168	242	213	178
Schwerverletzte	Anzahl	801	738	815	963	947	667	886	782	835
Pkw-Insassen	Anzahl	410	362	389	392	418	307	326	350	382
motorisierte Zweiräder	Anzahl	208	201	252	342	341	204	310	258	249
Fußgänger	Anzahl	96	93	87	92	77	74	98	79	84

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	72 923	76 876	73 799	74 706	74 660	77 442	77 729	78 576	78 132
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	71 328	75 111	72 216	73 003	72 960	75 563	75 859	76 707	76 274
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	58 913	62 953	60 077	60 827	60 833	63 407	63 579	64 356	63 929
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	12 416	12 158	12 139	12 176	12 127	12 157	12 280	12 351	12 345
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	15 322	16 246	15 577	16 073	15 792	15 977	15 880	16 478	15 835
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	14 209	15 357	14 492	14 977	14 723	15 198	15 162	15 713	15 160
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 113	889	1 085	1 096	1 069	779	718	765	674
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 676	9 309	9 324	9 424	9 417	9 085	8 997	9 006	8 883
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 712	7 591	7 693	7 772	7 748	7 430	7 339	7 382	7 291
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 964	1 718	1 631	1 652	1 670	1 654	1 658	1 624	1 592
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	46 331	49 556	47 315	47 506	47 751	50 502	50 982	51 224	51 557
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	36 993	40 005	37 892	38 078	38 362	40 778	41 078	41 261	41 478
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 338	9 551	9 423	9 428	9 389	9 724	9 904	9 962	10 079
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	59 426	63 350	59 543	59 150	59 306	62 766	63 751	63 659	63 636
* Sichteinlagen	Mill. DM	8 744	9 110	8 278	8 016	8 211	8 218	8 400	8 502	8 418
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	8 058	8 415	7 592	7 521	7 620	7 595	7 733	7 882	7 799
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	687	695	686	496	591	623	667	620	619
Termingelder	Mill. DM	20 136	22 330	21 095	20 934	21 102	22 507	23 342	23 147	23 329
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	18 562	20 791	19 272	19 274	19 508	21 057	21 261	21 205	21 517
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 574	1 539	1 822	1 661	1 594	1 450	2 081	1 942	1 812
* Spareinlagen	Mill. DM	30 546	31 910	30 171	30 199	29 993	32 042	32 010	32 009	31 889
bei Sparkassen	Mill. DM	17 917	18 916	17 880	17 866	17 741	19 046	19 043	19 023	18 950
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 702	1 636	1 274	1 254	1 664	1 417	1 328	1 242	1 782
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 569	1 526	1 309	1 267	1 872	1 515	1 360	1 247	1 903
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ³⁾	Anzahl	74	67	74	71	66	74	58	84	85
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	45 106	143 676	71 814	26 164	24 155	25 847	16 298	32 434	26 948
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	.	-	1	1	2	-	2	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 022	906	935	923	1 000	1 461	958	866	887
* Wechselsumme	1 000 DM	8 041	9 319	12 963	7 265	5 646	10 507	7 784	7 250	7 671
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 210 642	1 269 938	1 218 728	1 474 783	955 617	773 640	1 305 916	1 595 305	1 002 483
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	822 046	869 232	799 289	1 047 618	588 691	415 582	872 953	1 233 695	642 828
Lohnsteuer ⁴⁾	1 000 DM	581 559	614 530	760 022	444 449	518 696	442 167	799 340	486 752	568 156
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	108 984	114 308	328 999	-	-	-	340 313	-	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	102 263	99 625	43 642	333 035	42 156	61 272	57 796	375 278	52 045
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	14 531	20 737	3 939	14 160	92 940	10 534	7 046	12 232	124 570
* Körperschaftsteuer ⁴⁾	1 000 DM	123 694	134 341	78 970	255 974	19 211	24 153	124 363	359 433	2 147
Einnahmen aus der Körperschaft-steuerzerlegung	1 000 DM	27 817	22 578	74 408	-	-	-	98 389	-	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	388 596	400 706	419 439	427 165	366 926	358 058	432 963	361 610	359 655
Umsatzsteuer	1 000 DM	245 161	238 076	210 202	254 744	224 625	182 135	216 421	184 782	211 207
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	143 435	162 630	209 237	172 421	142 301	175 923	216 542	176 828	148 448
* Bundessteuern	1 000 DM	163 985	149 793	165 177	140 691	135 829	125 972	119 537	123 153	126 478
* Zölle	1 000 DM	10 187	11 822	11 586	10 970	10 501	11 161	14 595	12 019	9 400
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	150 748	134 430	148 496	127 513	122 098	111 293	102 127	108 388	114 476
* Landessteuern	1 000 DM	75 660	73 523	99 800	68 301	67 981	77 727	104 072	67 748	70 472
Vermögensteuer	1 000 DM	18 706	14 337	39 377	1 809	3 045	3 364	38 126	2 969	2 568
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	36 183	38 025	41 165	44 365	46 098	51 992	42 689	43 176	46 586
Biersteuer	1 000 DM	6 154	6 043	6 041	6 477	6 690	4 942	6 173	7 021	6 215
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	437 379	515 529	.	514 471	.	.	.	536 705	.
Grundsteuer A	1 000 DM	8 046	8 212	.	9 095	.	.	.	11 021	.
Grundsteuer B	1 000 DM	81 892	85 346	.	100 398	.	.	.	91 609	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	299 509	376 176	.	351 507	.	.	.	380 452	.
Lohnsummensteuer ⁶⁾	1 000 DM	- 17	28	.	9	.	.	.	10	.
Grunderwerbssteuer	1 000 DM	35 823	33 871	.	35 557	.	.	.	34 339	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Restzahlungen aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	791 067	802 134	785 950	885 998	661 176	565 974	784 046	912 209	672 517
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	359 736	381 054	345 917	465 498	258 605	179 224	380 862	552 196	282 706
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	258 426	262 471	274 740	279 800	240 343	234 535	283 596	236 860	235 580
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	8 920	8 816	116	9	26 399	26 243	51	-	27 753
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	615 866	649 308	627 545	747 139	528 277	450 530	687 369	803 533	561 563
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	357 758	378 715	343 774	463 880	255 519	176 427	378 645	550 069	279 630
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	173 528	188 254	183 855	214 949	178 379	170 133	204 601	185 716	183 708
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	8 920	8 816	116	9	26 399	26 243	51	-	27 753
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	693 761	780 404	.	738 533	.	.	.	777 242	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	248 246	319 713	.	298 582	.	.	.	323 368	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	307 645	321 309	.	276 988	.	.	.	297 621	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980=100	115,6	118,4	118,2	118,6	118,4	121,1	121,2	121,3	121,1
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980=100	114,3	116,0	116,8	117,1	116,7	118,0	118,1	117,8	117,2
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1980=100	111,2	114,0	114,2	.	.	.	114,2	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	622	636	.	.	643	654
* Männliche Arbeiter	DM	665	675	.	.	683	695
* Facharbeiter	DM	705	711	.	.	718	732
* Angelernte Arbeiter	DM	629	641	.	.	652	664
* Hilfsarbeiter	DM	542	561	.	.	571	584
* Weibliche Arbeiter	DM	438	452	.	.	455	469
* Hilfsarbeiter	DM	420	436	.	.	440	460
Bruttostundenverdienste	DM	15,10	15,49	.	.	15,63	16,00
* Männliche Arbeiter	DM	15,92	16,32	.	.	16,43	16,86
* Facharbeiter	DM	16,85	17,18	.	.	17,30	17,72
* Angelernte Arbeiter	DM	15,09	15,49	.	.	15,64	16,13
* Hilfsarbeiter	DM	13,20	13,60	.	.	13,69	14,34
* Weibliche Arbeiter	DM	11,17	11,52	.	.	11,62	11,95
* Hilfsarbeiter	DM	10,73	11,06	.	.	11,18	11,72
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,1	41,0	.	.	41,2	40,9
* Männliche Arbeiter	Std.	41,6	41,4	.	.	41,6	41,2
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,1	39,3	.	.	39,2	39,3
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	3 236	3 381	.	.	3 397	3 512
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 876	2 996	.	.	3 004	3 104
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 561	3 668	.	.	3 672	3 770
* männlich	DM	2 257	2 372	.	.	2 384	2 476
* weiblich	DM	4 021	4 195	.	.	4 224	4 332
* Technische Angestellte	DM	4 101	4 278	.	.	4 308	4 421
* männlich	DM	2 859	3 015	.	.	3 035	3 092
* weiblich	DM	3 738	3 881	.	.	3 902	4 009
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	3 385	3 504	.	.	3 513	3 599
* Kaufmännische Angestellte	DM	4 046	4 176	.	.	4 192	4 280
* männlich	DM	2 607	2 710	.	.	2 722	2 800
* weiblich	DM	4 076	4 232	.	.	4 260	4 379
* Technische Angestellte	DM	4 164	4 319	.	.	4 349	4 475
* männlich	DM	2 874	3 018	.	.	3 037	3 094
* weiblich	DM	2 525	2 642	.	.	2 646	2 744
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 514	2 626	.	.	2 631	2 730
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 125	3 208	.	.	3 205	3 301
* männlich	DM	2 057	2 172	.	.	2 181	2 273
* weiblich	DM		

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 423	61 175	61 235	61 214	61 181	61 009
Eheschließungen 1)	Anzahl	30 830	30 351 ^P	25 852 ^P	44 281 ^P	45 732 ^P	25 169 ^r	23 629 ^P	53 286 ^P	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	49 515	48 680 ^P	46 445 ^P	49 864 ^P	48 046 ^P	47 794 ^r	49 388 ^P	50 932 ^P	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 861	58 010 ^P	60 089 ^P	58 351 ^P	56 083 ^P	63 016 ^r	58 465 ^P	59 022 ^P	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	- 10 346	- 9 330 ^P	- 13 644 ^P	- 8 487 ^P	- 8 037 ^P	- 15 222 ^r	- 9 077 ^P	- 8 090 ^P	...
Arbeitslose	1 000	2 258	2 266	2 253	2 133	2 113	2 474	2 305	2 193	2 160
Männer	1 000	1 273	1 277	1 284	1 190	1 171	1 470	1 312	1 222	1 185
Offene Stellen	1 000	76	88	94	97	99	114	111	115	120
Männer	1 000
Kurzarbeiter	1 000	675	427	489	388	337	397	375	228	162
Männer	1 000	548	361	423	326	265	347	328	183	127
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	23 449	23 617	23 684	.	.	.	23 965	.	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	379	391	380	402	370	377	396	405	...
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980=100	95	99	99	100	92	104	105	103	103
ohne Baugewerbe	1980=100	96	100	99	100	90	108	106	104	104
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980=100	96	99	99	100	90	107	106	104	105
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1980=100	94	98	100	100	98	102	103	101	102
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1980=100	99	102	102	102	84	114	113	112	112
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1980=100	92	94	94	96	91	100	97	94	95
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980=100	99	101	97	111	100	101	103	100	102
Baugewerbe	1980=100	89	89	95	104	102	68	91	93	94
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	6 927	6 854	6 814	6 814	6 807	6 877	6 873	6 884	6 907
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	660	653	636	674	578	686	672	663	615
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	109 389	116 538	112 411	117 700	102 658	128 471	124 345	126 520	120 797
Auslandsumsatz	Mill. DM	29 603	33 544	31 316	33 655	28 246	39 158	37 381	37 042	36 296
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 939	27 599	27 028	26 331	23 603	31 896	28 028
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	2 971	2 922	2 901	3 056	3 957	3 080	2 772	2 584	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe	1 000	1 122	1 106	1 116	1 128	1 132	961 ^P	1 003 ^P	1 016 ^P	1 027 ^P
Beschäftigte	1 000	123	122	124	145	131	90 ^P	112 ^P	117 ^P	111 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. DM	8 866	9 079	7 642	9 064	9 484	5 832 ^P	6 705 ^P	7 838 ^P	8 210 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1 000	1 122	1 106	1 116	1 128	1 132	961 ^P	1 003 ^P	1 016 ^P	1 027 ^P
Baugenehmigungen	1 000	123	122	124	145	131	90 ^P	112 ^P	117 ^P	111 ^P
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	13 657	11 327	11 722	14 125	12 927	10 022	11 957	10 914	10 885
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	11 838	9 892	10 238	12 451	11 498	9 136	10 939	9 932	10 034
Wohnfläche	1 000 qm	2 804	2 230	2 336	2 693	2 378	1 791	2 103	1 911	1 854
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 215	2 509	2 399	3 009	2 839	2 182	2 675	2 795	2 778
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	34 964	28 020	29 262	33 223	28 922	21 428	25 215	23 222	21 904
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	36 028	40 684	38 211	41 493	35 413	48 873	45 001	46 890	...
EG-Länder	Mill. DM	17 312	19 406	18 242	19 843	16 802	23 328	21 854	22 382	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 653	2 838	2 842	2 992	2 122	3 332	3 272	3 247	...
Dänemark	Mill. DM	715	836	806	887	733	986	940	970	...
Frankreich	Mill. DM	4 630	5 112	4 738	4 841	4 710	6 193	5 480	5 663	...
Griechenland	Mill. DM	384	412	369	470	367	494	465	511	...
Großbritannien	Mill. DM	2 950	3 382	3 071	3 483	2 853	4 035	3 924	3 981	...
Irland	Mill. DM	151	176	171	166	152	250	230	240	...
Italien	Mill. DM	2 674	3 140	2 991	3 391	2 944	3 807	3 569	3 739	...
Niederlande	Mill. DM	3 154	3 510	3 255	3 612	2 921	4 231	3 974	4 031	...
Österreich	Mill. DM	1 844	2 028	1 945	2 142	1 726	2 350	2 294	2 300	...
Schweiz	Mill. DM	1 865	2 156	2 069	2 243	2 064	2 539	2 421	2 516	...
USA und Kanada	Mill. DM	3 002	4 263	3 698	3 955	3 241	5 561	5 064	5 510	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 599	5 633	5 607	5 756	5 058	6 203	5 426	5 526	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 884	1 944	1 789	1 987	1 886	2 363	2 070	2 540	...

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	32 530	36 185	35 656	36 666	34 141	42 500	35 504	39 425	...
EG-Länder	Mill. DM	15 958	17 336	17 299	17 981	15 827	21 360	18 753	18 811	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 341	2 403	2 521	2 655	2 011	2 478	2 426	2 444	...
Dänemark	Mill. DM	582	593	580	568	507	711	614	712	...
Frankreich	Mill. DM	3 714	3 825	3 895	4 027	3 305	4 902	4 565	3 927	...
Griechenland	Mill. DM	229	257	252	236	241	267	272	264	...
Großbritannien	Mill. DM	2 261	2 774	2 572	2 794	2 542	4 063	2 786	3 188	...
Irland	Mill. DM	183	222	205	223	239	333	264	307	...
Italien	Mill. DM	2 632	2 843	2 752	2 852	2 797	3 299	3 077	3 033	...
Niederlande	Mill. DM	4 016	4 419	4 520	4 627	4 184	5 308	4 750	4 937	...
Österreich	Mill. DM	1 050	1 144	1 108	1 212	971	1 343	1 337	1 266	...
Schweiz	Mill. DM	1 165	1 303	1 284	1 358	1 187	1 509	1 438	1 403	...
USA und Kanada	Mill. DM	2 587	2 933	2 756	2 896	2 779	3 406	3 400	3 312	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 265	5 818	5 768	5 719	5 875	6 485	6 142	6 135	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 853	2 198	2 232	1 961	2 121	1 994	2 175	2 427	...
Einzelhandel										
Umsatz	1980=100	108,4	111,2	111,4	111,2	104,4	113,9	115,1 ^r	113,8 ^p	104,7 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1980=100	107,0	108,9	106,6	116,8	116,9	103,3	107,4 ^r	122,9 ^p	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 769	1 872	1 771	1 779	1 793	1 892	1 892	1 899	1 910 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 333	1 419	1 339	1 348	1 362	1 430	1 430	1 436	1 452 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	436	453	432	431	431	462	462	462	458 ^p
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	1 187	1 254	1 172	1 178	1 180	1 239	1 244	1 253	1 263 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	548	569	544	543	542	572	571	570	571 ^p
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	24 650	25 770	18 698	19 861	32 996	31 967	19 857	19 688	36 486
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	15 462	16 218	9 124	10 277	24 206	24 215	10 375	10 726	27 315
Lohnsteuer	Mill. DM	10 741	11 362	9 607	9 942	10 644	9 955	10 404	10 740	11 996
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 356	2 197	- 867	- 747	6 951	7 558	- 1 048	- 846	7 416
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	8 823	9 207	8 771	9 317	8 788	7 743	8 667	8 694	9 169
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 932	4 625	4 058	4 635	4 294	2 857	3 329	3 827	4 300
Bundessteuern	Mill. DM	4 343	4 505	3 763	4 781	4 251	4 613	4 198	4 339	4 699
Zölle	Mill. DM	395	444	435	426	424	456	506	474	434
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 678	3 778	3 090	4 100	3 602	3 831	3 418	3 579	4 025
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1980=100	113,8	116,1	117,0	116,8	116,7	116,9	116,7	116,3	115,5
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1980=100	108,2	106,9	111,3	108,8	111,2	104,3	103,4	103,4	104,0 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1980=100	115,8	119,2	118,7	118,9	119,0	121,8	122,0	122,1	122,0
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980=100	111,4	114,3	.	114,3	.	.	.	114,8	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980=100	111,2	114,0	.	114,2	.	.	.	114,2	.
Preisindex für den Straßenbau	1980=100	99,5	100,8	.	100,8	.	.	.	102,4	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980=100	115,6	118,4	118,1	118,2	118,6	120,9	121,1	121,2	121,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980=100	114,3	116,0	116,7	116,8	117,1	117,4	118,0	118,1	117,8
Bekleidung, Schuhe	1980=100	113,0	115,7	115,1	115,5	115,5	117,8	118,0	118,1	118,1
Wohnungsmieten	1980=100	115,6	120,0	119,1	119,4	119,8	123,2	123,4	123,6	123,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980=100	124,5	128,8	127,7	127,3	127,9	136,7	133,9	132,2	131,0
Übriges für die Haushaltsführung	1980=100	113,7	115,9	115,7	115,8	115,9	117,2	117,4	117,6	117,7
Güter für										
Gesundheits- und Körperpflege	1980=100	115,6	118,0	117,8	117,9	117,9	119,4	119,5	119,6	119,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980=100	117,1	120,1	119,4	119,6	120,1	122,0	123,2	124,7	124,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980=100	111,4	114,2	113,9	113,9	114,3	116,6	116,2	116,0	116,1
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980=100	118,5	120,8	120,0	120,0	121,0	124,7	124,9	124,9	126,2

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baubeleistungen.

Exporte nahmen im Juni 1985 um 21% zu

Im Juni 1985 führte die rheinland-pfälzische Wirtschaft für mehr als 2,5 Mrd. DM Waren aus. Das sind 21% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Die Exporte der Bundesrepublik erhöhten sich um 19%.

Unter den Ausfuhren des Landes nahmen die Lieferungen von Rohstoffen (+ 36%) und von Enderzeugnissen (+ 35%) überdurchschnittlich zu. Die Exporte von Agrarprodukten stiegen um 5,2%.

Von Januar bis Juni 1985 wurden Güter im Wert von mehr als 15,6 Mrd. DM ausgeführt. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1984 erhöhten sich die Lieferungen um 12% (Bundesrepublik + 14%). Die rheinland-pfälzischen Exporte lagen im ersten Halbjahr 1985 um 53% über den Importen. Für die Bundesrepublik errechnet sich ein Ausfuhrüberschuß von 13%. pe

Produktion in den ersten sieben Monaten über Vorjahresstand

Im verarbeitenden Gewerbe lag die Produktion in den ersten sieben Monaten um 1,6% höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe erhöhte sie sich um 1,4%, darunter in der chemischen Industrie um 3,3%. Der Investitionsgüter produzierende Bereich (+ 3,6%) und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+ 5,5%) konnten ihre Produktion ebenfalls ausweiten. Niedriger war sie im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe (- 2,2%). fu

Über 60% der jährlich verbrauchten Baufläche liegen im Geltungsbereich von Bebauungsplänen

Im Durchschnitt der Jahre 1979 bis 1984 lagen 55% aller Grundstücksflächen, die für die Bebauung vorgesehen waren, im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans und 5,6% in Innenbereichen mit einfachem Bebauungsplan. In nicht überplanten Innenbereichsgebieten und im Außenbereich befanden sich 28 bzw. 12,4% der Flächen, auf denen genehmigte Neubauprojekte errichtet werden sollten. ju

Mehr über dieses Thema auf Seite 220

Autos werden im Durchschnitt zehn Jahre alt

Im Jahre 1984 haben in Rheinland-Pfalz 137 872 Kraftfahrzeughalter ihr Fahrzeug abgemeldet und im Zentralregister des Kraftfahrt-Bundesamtes löschen lassen. Das sind 1 800 oder 1,3% weniger als im Jahre 1983.

Abgemeldet wurden 109 491 Personenkraftwagen, 9 021 Kombis, 8 261 Krafträder, 6 811 Lastkraftwagen, 3 165 Zugmaschinen und 534 Omnibusse. Das durchschnittliche Alter der abgemeldeten Kraftfahrzeuge betrug 9,8 Jahre, wobei Zugmaschinen (18,3 Jahre) fast doppelt so lange gehalten wurden. gz

Wohngeld im 2. Vierteljahr 1985

Zur Jahresmitte 1985 bezogen in Rheinland-Pfalz 59 784 Haushalte Wohngeld. Damit blieb das Gesamtergebnis gegenüber Juni 1984 nahezu unverändert. Die Zahl der Mieter unter den Wohngeldempfängern erhöhte sich um 0,3% auf 54 047, die Gruppe der Empfänger von Lastenzuschuß ging um 2,1% auf 5 737 zurück.

Mit einer Wohngeldsumme von insgesamt 26,3 Mill. DM lag das Leistungsvolumen im 2. Quartal 1985 um 0,8 Mill. DM oder 3,1% unter dem des entsprechenden Vorjahresquartals. Mit 23,5 Mill. DM kamen fast neun Zehntel des Gesamtaufwandes Mieterhaushalten und rund 2,7 Mill. DM Eigentümerhaushalten zugute. Die durchschnittlichen monatlichen Wohngeldleistungen pro Haushalt überstiegen mit rund 111 DM den vergleichbaren Zuschuß im 2. Quartal 1984 um 3 DM. ju

Drei von fünf Industriebetrieben sind in Verbandsgemeinden

1984 gab es in Rheinland-Pfalz 5 050 Industriebetriebe und Handwerksbetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Jeder fünfte Betrieb befindet sich in einer kreisfreien Stadt oder verbandsfreien Gemeinde. Drei von fünf Industriebetrieben sind in den Verbandsgemeinden. fu

Mehr über dieses Thema auf Seite 224

14% mehr Neubauwohnungen im Jahre 1984

Im rheinland-pfälzischen Wohnungsbau wurden im Jahre 1984 insgesamt 23 400 Neubauwohnungen bezugsfertig. Das sind 14% mehr als im Vorjahr. Mit 11 522 Neubauten wurden fast 500 Häuser mehr gebaut als 1983. Das entspricht einer Zunahme um 4,5%. ju

Kräftige Zunahme der Hotelumsätze

Im Juli 1985 entsprachen die Umsätze des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes dem Wert vom Juli 1984. Hohe Steigerungen erzielten dabei die Hotels (+ 12%), gefolgt von den Bars und Tanzlokalen (+ 3,9%) sowie den Schankwirtschaften (+ 2,8%). Spürbare Umsatzrückgänge hatten die Gasthöfe (- 13%) und Speisewirtschaften (- 5,4%) zu verzeichnen.

Von Januar bis Juli 1985 nahmen die Umsätze des Gastgewerbes gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 2,5% zu. Unter den Betriebsarten lagen die Hotels mit einem Plus von 13% weitaus an der Spitze. In den ersten sieben Monaten 1985 erhöhte sich die Zahl der in den Hotels Beschäftigten um 12%, darunter die der Teilzeitkräfte um 15%. Für das Gastgewerbe insgesamt wurden Steigerungen von 2,1 bzw. 3,8% ermittelt. pe

Koblenz-Winningen und Worms bedeutendste Flugplätze in Rheinland-Pfalz

Auf den rheinland-pfälzischen Flugplätzen (Verkehrs- und Sonderlandeplätze) starteten im Jahre 1984 rund 126 800 Luftfahrzeuge gegenüber 119 000 im Jahr zuvor (+ 6,5%). Die Segelflugplätze verzeichneten bei fast 49 500 Flügen eine Zunahme um 9%. Am Jahresende waren auf Landeplätzen in Rheinland-Pfalz 375 Flugzeuge, 16 Hubschrauber, 47 Motorsegler und 199 Segelflugzeuge stationiert.

Eine beträchtliche Zunahme war im Motorflug zu verzeichnen, auf den 70% aller Starts entfallen. Ihre Zahl nahm um 3 000 Flüge oder 3,5% zu (Vorjahr – 4,7%). Für Motorsegler und im Segelflug gab es 28 bzw. 7,4% mehr Starts.

Die bedeutendsten rheinland-pfälzischen Landeplätze sind Koblenz-Winningen mit 15 700 und Worms mit 14 400 Starts. Pirmasens-Zweibrücken sowie Trier-Föhren verzeichneten jeweils mehr als 10 000.

Auf den Segelflugplätzen erfolgten 7 300 Starts im Motorflug gegenüber 9 500 im Jahre 1983 (– 23%). Mehr Flüge wurden bei Motorseglern (+ 31%) und im Segelflug (+ 15%) registriert. Dabei nahmen Bad Breisig-Mönchsheide, Landau-Ebernburg, Ludwigshafen-Dannstadt und Konz-Köhen die ersten vier Plätze ein. gz

14,2 Mill. t Güter im ersten Halbjahr 1985 auf Binnenschiffen umgeschlagen

Von Januar bis Juni 1985 wurden in den Rhein- und Moselhäfen des Landes 14,2 Mill. t Güter ver- oder entladen. Das sind 11% weniger als im ersten Halbjahr 1984. Diese Entwicklung ist maßgeblich auf die Verladungen von Steinen und Erden zurückzuführen (– 1,9 Mill. t), wobei vor allem die erheblichen Beeinträchtigungen der Binnenschifffahrt in den ersten Monaten 1985 durch Frost und Eisgang zu berücksichtigen sind.

Im ersten Halbjahr 1985 gingen die Verladungen von Steinen und Erden um 29% auf 3,3 Mill. t zurück, die Entladungen um 17% auf 2,6 Mill. t. Besonders stark betroffen war der Umschlag von Kalksteinen (– 45%), Bims Kies (– 41%) sowie von Sand und Kies (– 25%). Mineralölerzeugnisse sowie chemische Produkte und Düngemittel wurden dagegen um 2,5 bzw. 4,7% mehr ver- oder entladen. gz

TÜV kritisiert am häufigsten Fahrgestell und Antrieb

Im Jahre 1984 wurden vom Technischen Überwachungsverein (TÜV) und den anderen Stellen der Verkehrsüberwachung in Rheinland-Pfalz 870 756 Kraftfahrzeuge und 53 430 Fahrzeug-Anhänger auf Verkehrssicherheit bzw. vorschriftsmäßigen Zustand überprüft. Das sind 7,6 bzw. 17% mehr als im Jahre 1983.

Unter den geprüften Kraftfahrzeugen befanden sich 715 760 Personenkraftwagen, 63 001 Lastkraftwagen,

52 097 Zugmaschinen, 23 416 Krafträder und 6 905 Kraftomnibusse. Mehr als drei Viertel aller untersuchten Kraftfahrzeuge hatten keine Mängel (45%) bzw. geringe Mängel (33%). Fast jeder vierte Personwagen mußte wegen erheblicher Mängel nochmals zur Untersuchung vorgeführt werden. 1 558 Pkw waren verkehrsunsicher und mußten aus dem Verkehr gezogen werden.

Jede vierte Beanstandung betraf Fahrgestell oder Antrieb. Es folgen die lichttechnischen Einrichtungen und die Bremsanlagen (je 20%) sowie die Fahrzeug-ausrüstung (11%). Weniger häufig wurden Geräusch- und Abgasverhalten (9,2%), Lenkanlage (7,2%) und Bereifung (4,2%) beanstandet. gz

Rückgang am Gebrauchtwagenmarkt

Von Januar bis Juni 1985 wechselten in Rheinland-Pfalz 192 197 gebrauchte Kraftfahrzeuge den Besitzer. Damit wurde der Stand vom ersten Halbjahr 1984 – das war die bisherige Höchstzahl in den ersten sechs Monaten eines Jahres gewesen – um 9 144 unterschritten (– 4,5%). Die stärkste Abnahme ergab sich bei den Personenkraftwagen, deren Zahl um 8 119 auf 154 151 zurückging (– 5%). Überdurchschnittlich sanken die Besitzumschreibungen von Kraftomnibussen (– 18%), Lastkraftwagen (– 11%) und von Ackerschleppern (– 5,2%). Insgesamt 15 158 gebrauchte Krafträder fanden einen neuen Besitzer (– 2,4%).

Bei der am stärksten besetzten Personenwagen-Klasse von 1 500 bis 2 000 cm³ Hubraum war das Kaufinteresse an Gebrauchtwagen um 2,4% geringer. Für Autos unter 1 000 cm³ und von 1 000 bis 1 499 cm³ ergaben sich Rückgänge um 5,5 bzw. 6,6%. Die Zahl der Käufe von gebrauchten Personenwagen über 2 000 cm³ Hubraum nahm um fast 12% ab. Leichte Steigerungen wurden bei Kombis (+ 1,2%) und Sonderkraftfahrzeugen (+ 0,8%) festgestellt. gz

Wesentlich weniger Verkehrstote

Im Juli 1985 ereigneten sich in Rheinland-Pfalz 1 957 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden, die 50 Menschenleben forderten. Jeder dritte tödlich Verletzte stammte nicht aus Rheinland-Pfalz. Von insgesamt 2 634 Verletzten mußten 822 stationär behandelt werden.

Gegenüber Juli 1984 wurden 12% weniger Unfälle und 11% weniger Verletzte registriert. Die Zahl der Getöteten verringerte sich um 29%. Die im Juli 1985 ermittelte Zahl an Verkehrstoten ist die niedrigste Julizahl seit mehr als 20 Jahren. Im Juli 1971 waren noch 137 Personen bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben gekommen.

Von den im Juli 1985 tödlich verletzten Verkehrsteilnehmern kamen 30 als Insassen von Personewagen zu Schaden. 13 Personen wurden als Fahrer oder Mitfahrer von motorisierten Zweirädern getötet, zwei als Radfahrer und vier als Fußgänger. gz

Zeichenerklärungen

-	= nichts vorhanden	D	= Durchschnitt
0	= Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p	= vorläufige Angabe
.	= kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r	= berichtigte Angabe
...	= Angabe fällt später an	s	= geschätzte Angabe
()	= Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.